Nr. 247.

15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 21. Oktober 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Den Umstürzlern ins Stammbuch.

Das Hauptorgan des preußischen Krautjunkerthums, dem das deutsche Schlotjunkerthum sich zum gemeinsamen Raubzug gegen das deutsche Volk zugesellt hat — kurz, das Hauptorgan des staatsstreichlüsternen Interessen-Syndikats, welches das Deutsche Reich als seine Beute, das deutsche Volk als sein leibeigenes Gesinde betrachtet — die „Kreuz-Zeitung" erdreistet sich, in ihrer vorgestrigen Abendnummer zu schreiben:

Berlin, 18. Oktober. Es macht einen eigenthümlichen Eindruck, daß die sozialdemokratische Presse, ohne von irgend einer Seite dazu provozirt zu sein, bei jeder Nachricht von einem Attentat nervös wird und sich bemüht, die Mordthat, wenn sie ausgeführt ist, als von einem Wahnsinnigen ausgeübt, wenn sie verhindert wird, als „Spitzelmache" hinzustellen. Kaum ist die in Alexandrien erfolgte Verhaftung italienischer Anarchisten bekannt geworden, so fühlt auch schon der „Vorwärts" sich gedrungen, das Wort zu ergreifen und die Verhaftung als eine „Mache" des „Polizei-Anarchismus" auszugeben. Weshalb so hitzig? Die Nervosität, womit die sozialdemokratische Presse jedes Attentatsgerücht aufnimmt, sieht doch sehr verdächtig aus. Augenscheinlich ist es das schlechte Gewissen, welches sich spontan in den Spalten sozialdemokratischer Blätter zum Wort meldet.

Da haben wir die von der „Kreuz-Zeitung" vertretene Gesellschaft, wie sie leibt und lebt. Unwissend, frech und verlogen.

Zeichen eines bösen Gewissens soll es sein, daß wir hinter den anarchistischen Bombenattentaten die Hand von Polizei-Lockspitzeln vermuthen. Nach der „Kreuz-Zeitungs"-Logik hat der Schutzmann ein böses Gewissen, der bei einem Einbruchsdiebstahl auf einen „schweren Jungen" Verdacht hat, der schon ein paar Dutzend ähnliche Einbrüche auf dem Kerbholz hat.

Wir kennen unsere „schweren Jungen". Wir kennen unseren Andrieux und seine „Bekenntnisse einer schönen Seele", mit den Rezepten für Bomben und Attentate, und mit minutiösesten Verhaltungsregeln, nach denen die Polizei im Dienste der kapitalistischen Gesellschaft zu verfahren hat, um „die Gesellschaft" an eine anarchistische Gefahr glauben zu machen, und Ausnahmegesetze und Polizeidiktatur zu ermöglichen. Oder kennt die „Kreuz-Zeitung" die Memoiren des Polizeipräfekten Andrieux nicht? — dann sind wir auf Wunsch bereit, ihr die Adresse zu nennen, wo sie das Buch bestellen kann. Und kennt die „Kreuz-Ztg." etwa die Thaten dieses Andrieux nicht, der in den 80er Jahren die französische Republik regieren half, und seine Lehren so gut in die Praxis umsetzte, daß sein Polizei-Anarchismus ihm schließlich — 1892 — über den Kopf wuchs und zu einer wirklichen Gefahr für die Republik und die zu rettende Gesellschaft wurde? Wir dächten, die Ravachol, Henry, Vaillant sollten doch selbst auf dem Redaktionsbureau der „Kreuz-Zeitung", wo man freilich Grund hat, sich in der Kunst des Vergessens zu üben, noch nicht vergessen sein.

Hat die „Kreuz-Zeitung" nicht von einem Ihring-Mahlow gehört, einen Berliner Polizeibeamten, der zur Zeit, wo Andrieux in Paris den Polizei-Anarchismus züchtete, in Berlin zu Bombenattentaten am Schloß aufforderte?

Hat die „Kreuz-Zeitung" nichts gehört von dem berühmten Walsall-Bombenattentat in England, als dessen Urheber der berühmte Londoner Allerweltsspitzel und Attentatsfabrikant Melville en gros entlarvt ward?

Hat man auf der Redaktion der „Kreuz-Zeitung" nicht den Prozeß Parnell kontra „Times" gelesen, in welchem aufs schlußkräftigste der Beweis erbracht ward, daß die Polizei fenische Bombenattentate angestiftet hatte?

Ist es dem Gedächtniß der „Kreuz-Zeitung" entfallen, daß vor zwei Jahren von dem schon genannten Melville anläßlich der Reise des russischen Zaren nach Berlin und Paris eine fenisch-anarchistische Bombenverschwörung entdeckt ward, die, wie ein Ei dem andern, der neuesten Bombenverschwörung in Egypten gleicht?

Hat die unschuldige „Kreuz-Zeitung" nie von einem „Baron" Ungern-Sternberg gehört, der, wie vor einem belgischen Schwurgericht nachgewiesen ward, im Auftrage der russischen Regierung „internationale" Bombenattentate fabrikmäßig betrieb, und den die russische Regierung, nachdem sie zu seiner Verhaftung gezwungen war, sofort wieder auf freien Fuß setzte und nach Westeuropa und in den Orient schickte?

Hat die unschuldige „Kreuz-Zeitung" nie von dem belgischen Vorgänger des russischen Bombenbarons gehört, von dem Polizei-Halunken Pourbaix, der im Auftrag der belgischen Pfaffenregierung vor 11 Jahren den Streik der belgischen Bergarbeiter durch Massenproduktion von Bombenattentaten in der öffentlichen Meinung zu diskreditiren, und durch Entfachung des Bürgerkriegs (nach Bismarck'schem Rezept) die Sache der „Ordnung" zu fördern bestrebt war?

Ist es der unschuldigen „Kreuz-Zeitung" aus dem Gedächtniß entschwunden, daß der konservative Musterminister, ein Mann ganz nach ihrem Herzen, Herr von Puttkamer, einst im Reichstag erklärt hat: „Die Anarchisten sind mir weit lieber als die Sozialdemokraten!"?

Und was die für zarte Ordnungsgemüther „beängstigende" Häufigkeit der jetzt auftauchenden Bombenattentate betrifft — ist es der „Kreuz-Ztg." denn ganz entfallen, daß vor nun 20 Jahren und etwas mehr, zur Zeit wo es galt das Sozialistengesetz unter Dach und Fach zu bringen — daß damals jeden Tag neue Attentate und neue Bombensammlungen „entdeckt" wurden — allerdings nur auf dem Papier? Denn hintennach, als das Sozialistengesetz „durchgedrückt" war, stellte sich heraus, daß all' diese „Entdeckungen" Lügen und Fälschungen gewesen waren.

Ist die Reptilpresse, sind die Wauwau-Politiker, die mit dem „Rothen Gespenst" zu Reaktionszwecken manipuliren, heute weniger verlogen als damals?

Doch mit der Böswilligkeit läßt sich nicht argumentiren. Alles was wir hier sagen, weiß die „Kreuz-Zeitung" so gut wie wir. Sie hat so gut wie wir die Verhandlungen des Tausch-Prozesses gelesen; und sie weiß so gut wie wir, daß der ganze jetzige Anarchisten-Spektakel Mache ist, um nach dem Vorbild von 1878 ein neues Sozialistengesetz, ein Knebelgesetz gegen die Arbeiter dem Reichstag abtrotzen zu können.

Die Personen und Zeitungen — wir wenden uns hiermit nicht blos an die „Kreuz-Zeitung", sondern auch an ihre Neben-, Hinter- und Vordermänner — die Personen und Organe, die seit dem Attentat auf die österreichische Kaiserin in Anarchistenhatz und Heraufbeschwörung des rothen Gespenstes machen, sie denken gar nicht daran, die Anarchisten treffen zu wollen. Abgesehen von den untergeordnetsten Werkzeugen wissen sie durch die Bank, daß die „internationale Anarchisten-Verschwörung", von der sie faseln, eine von den gemeinsten Beweggründen eingegebene Tendenzlüge ist. Und so wenig Einsicht und Ueberblick wir auch dem Gros unserer politischen Gegner zutrauen, für so dumm halten wir doch keinen, daß er, wie die „Kreuz-Zeitung" das in einer an unsere Adresse gerichteten Notiz thut, im Ernst glauben könnte, durch Polizeimaßregeln und Ausnahmegesetze irgend welcher Art ließen sich Mordthaten und andere verbrecherische Gewaltthätigkeiten verhindern. Giebt denn die menschliche Gesellschaft sich nicht seit Jahrtausenden die erdenklichste Mühe, um solche Verbrechen zu unterdrücken? Seit Jahrtausenden haben die Völker sich abgequält, Gesetze zur Ausrottung des Verbrechens zu schmieden — tausende von Gesetzen sind geschaffen worden, zum theil Gesetze „mit Blut geschrieben" — und das Verbrechen konnte nicht ausgerottet werden, weil die Quelle blieb, aus der es herausfließt. Finden nicht in den fortgeschrittensten Kulturländern und in den Ländern mit den „allerstärksten" Regierungen, und den allerzahlreichsten und allerschneidigsten Polizeiheeren Tag für Tag Mordthaten und sonstige Verbrechen statt? Wie viel Mordthaten, gerade so verbrecherisch wie die Erdolchung der österreichischen Kaiserin, kommen nicht allein in Berlin vor. Und bleiben zum großen Theil unbestraft!

„Ja, aber gemeine Mordthaten und anarchistische Mordthaten — das ist ganz was anderes!"

Dummes Zeug.

Wodurch unterscheidet sich die Ermordung der Kaiserin von Oesterreich von der Ermordung einer beliebigen anderen Frau? Nur — und das ist ein juristisch wie ethisch irrelevanter Punkt — nur durch den höheren Rang des Opfers, das aber trotz seines Ranges der politischen Thätigkeit und dem politischen Einfluß so vollständig entrückt war, wie nur irgend eine gewöhnliche Frau aus dem Volke.

Der unpolitische Charakter jener Mordthat war so augenfällig, so handgreiflich, daß sogar ein aus dem preußischen Staatsministerium inspirirtes Blatt wie der „Hamburgische Correspondent" sich am ersten Tage verpflichtet sah, ausdrücklich den absolut unpolitischen Charakter der That zu betonen.

„Nach Tisch las man freilich anders" —; als von den Bombenpolitikern das Signal zur „Fruktifizirung" erscholl, mußte die ehrliche Einsicht sich der „Staatsraison" beugen. Indeß hat der „Hamburgische Correspondent" sich einigermaßen in Schranken gehalten.

Eine besondere Ungeschicklichkeit und — Unvorsichtigkeit ist es, wenn die „Kreuz-Zeitung" an anderer Stelle von einem „anarchistischen Komplott zur Ermordung aller Fürsten" spricht. Da hätte ihr doch ein gewisses Komplott zur Ermordung sämmtlicher deutschen Fürsten einfallen sollen — ein Komplott, an das gewisse, der „Kreuz-Zeitung" nahestehende Herren sicher nicht gerne erinnert sind. Wir meinen das Niederwald-Denkmal-Komplott aus den schlimmsten Zeiten des Sozialistengesetzes und der Bismarck'schen Reichs-Spitzelei. Dieses Komplott hat das Leben eines Menschen gekostet, der auf dem Schaffot endete — Reinsdorf. Das Komplott war an sich echt — es waren Zündschnüre gelegt, die allerdings nicht zündeten, und auch Dynamit, das allerdings so schlecht hergestellt war, daß es nicht explodiren konnte. Es ward aber auch anderes entdeckt — nämlich gewisse Spitzel (Palm u. s. w.), die dem Tölpel Reinsdorf bei allen Vorbereitungen geholfen hatten, und außer diesen unteren Spitzeln ein Elberfelder Polizeikommissar namens Gottschalk, in dessen Händen die Fäden des Komplotts zusammenliefen und dessen Handeln so eigenthümlich war, daß es wiederholt im Reichstag zur Sprache kam.

Es ist dies derselbe Polizeikommissar Gottschalk, der im Prozeß Ziethen eine so merkwürdige Rolle gespielt hat, und der von dem Schriftsteller Gustav Landauer vor kurzem öffentlich unter der Aufforderung, sich zu rechtfertigen und vor Gericht zu gehen, schwerer Vergehen angeklagt worden ist, — eine Anklage, die sowohl Polizei-Kommissar Gottschalk als auch seine Vorgesetzten, zuwider allen preußischen Behördentraditionen, bisher ruhig hingenommen haben, anstatt den Ankläger vor die Schranken des Gerichts zu fordern.

Also daß wir gegen Attentate mißtrauisch sind, dazu haben wir gute Gründe — noch weit, weit mehr Gründe, als wir hier andeuten konnten.

Angesichts solcher Thatsachen gehört eine eiserne Stirn dazu, sich über das Mißtrauen zu wundern, oder gar gemeine, verbrecherische Motive zu wittern.

Doch wir kennen ja das alte Sprichwort: wer hinter dem Ofen gesessen hat, sucht andere hinter ihm.

„Das böse Gewissen" ist nicht auf unserer Seite; — freilich es ist auch nicht bei der „Kreuz-Zeitung" und ihren Hinter-, Vorder- und Nebenmännern. Denn wo kein Gewissen ist, da ist auch kein böses Gewissen.

Hat denn die unschuldige „Kreuz-Zeitung" den Prozeß Waldeck vergessen? Sind ihr die Namen Gödsche, Piersig, Ohm unbekannt? Wenn der heutige Redakteur noch das Flügelkleid weltfremder Kindlichkeit trägt, so befrage er seinen Vorgänger — der nicht schwer zu erreichen ist —, dieser wird ihm genau sagen können, wie man Komplotte schmiedet, wer Komplotte schmiedet und zu welchem Zwecke man Komplotte schmiedet.

Doch lassen wir das und packen wir ohne Umschweife den springenden Punkt.

Wozu der Attentatsspektakel? Wozu die planmäßige Aufregung der öffentlichen Meinung? Wenn es sich um die Verhütung von Verbrechen handelte, so geböte die einfachste Klugheit ein ruhiges, leidenschaftloses Vorgehen; denn darin, daß Verbrechen verhütet werden, sind alle Menschen und Parteien einig — mit einziger Ausnahme der Verbrecher und derer, die ein Interesse an Verbrechen haben.

Wer und was die sogenannten Anarchisten sind, die von der Reaktionspresse geflissentlich zu Popanzen aufgeputzt werden, das wissen die Vorder-, Hinter- und Nebenmänner der „Kreuz-Zeitung" nicht nur ebenso gut wie wir, sondern viel besser; und ebenso gut und viel besser als wir wissen sie, daß es für die Polizei ein Kinderspiel ist, mit den wirklichen, echten Anarchisten fertig zu werden.

Aber — mit den Sozialisten, aber mit der modernen Arbeiterbewegung, aber mit dem demokratischen Geist der Neuzeit kann die Polizei nicht fertig werden. Und das ist der Feind, gegen den sich die jetzige Anarchistenhatz richtet. Die Anarchistenhatz ist Schwindel, in Szene gesetzt wie die Sozialistenhatz des Jahres 1878, um dem verbündeten Schlot- und Krautjunkerthum die absolute Herrschaft über Deutschland zu sichern. Die „Post" des Herrn Stumm, die „Berliner Neuesten Nachrichten" der Kardorffe und die „Kreuz-Zeitung" der Kanitze haben verrathen, wem der Kreuzzug der Kreuz- und sonstigen Ritter gilt. Nieder mit dem Koalitionsrecht! heißt's dort, Nieder mit den Sozialisten, Demokraten und sogar Fortschrittlern! heißt's hier. „Anarchist" sagt man, und Sozialist, Demokrat und Fortschrittler meint man. Diktatur des Schlot- und Krautjunkerthums, Knebelung und Ausplünderung des deutschen Volkes — das ist das Ziel.

Gestern Abend hatte die „Kreuz-Zeitung" schon die Kühnheit, den Staatsstreich offen zu predigen, eine sofortige „Abänderung der Gesetze" über den Kopf des Reichstags hinaus durch Oktroyirung!

Wem solche Kundgebungen die Augen nicht öffnen über das Wesen und den Zweck der Anarchistenhatz, der ist hoffnungslos blind. Wir aber erfüllen nur unsere Pflicht gegen die Wahrheit, gegen das deutsche Volk und gegen das deutsche Vaterland, indem wir den Urhebern dieser elenden politischen Verbrecher-Komödie die Maske vom Gesicht reißen.

Zum Schluß noch ein Wort an die „Kreuz-Zeitung". Sie thut wieder, als habe sie und ihre Sippe die Königstreue gepachtet. Hat die „Kreuz-Zeitung" — um nicht weiter zurückzugreifen — die Hatz gegen Kaiser Friedrich vergessen? Hat sie das Dossier Hammerstein mit den ungezählten Majestätsbeleidigungen vergessen? Hat sie nicht Kenntniß von dem Inhalte des neuesten Busch-Buches und weiß sie nicht, was der größte Führer ihrer Partei über die preußischen und anderen deutschen Monarchen gesagt hat? Weiß sie nicht, daß die Aeußerungen Bismarck's speziell über die Hohenzollernkönige eine fortgesetzte, boshafte, berechnete Majestätsbeleidigung sind? Mehr als Majestätsbeleidigung — Majestätszerschmetterung.

Pfui über die Komödie und die Komödianten!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Oktober.

Das egyptische Anarchisten-Komplott verdunstet, gerade wie das franko-belgisch-englische Fenier- und Anarchistenkomplott des Oberspitzels Melville vor zwei Jahren verdunstet ist. Und nur ein mephitischer Niederschlag bleibt übrig, der die sauberen Urheber verräth. Das verhindert natürlich die Organe der staatsstreichlüsternen Schlot- und Krautjunker: „Post", „Kreuz-Zeitung", „Reichsbote" u. s. w. im Schweiße ihres Angesichts weiter zu lügen, zu denunziren und zu hetzen.

Auf den Ursprung des Komplottschwindels und Schwindelkomplotts wird Licht geworfen durch nachstehenden Artikel des

„Egyptischen Kouriers", eines in deutscher Sprache zu Alexandrien erscheinenden Wochenblattes. Dasselbe schreibt in seiner Nummer vom 8. Oktober:

„Nicht nur unter den Deutschen in Egypten, die mit stolzer Freude dem nahen Besuch ihres geliebten Herrschers entgegensahen, sondern auch unter den Nichtdeutschen hat die Nachricht, daß der Kaiser von dem geplanten Aufenthalte in Egypten abstehe, tiefes Bedauern erregt. Dieser so plötzliche Programmwechsel hat hier so manche schöne Hoffnung in bittere Enttäuschung umgewandelt. Wir müssen nun ganz offen eingestehen, daß wir nicht genügend Glaubensstärke besitzen, um die bis nun bekannt gewordene Begründung des Nichtkommens ernst nehmen zu können. Im Gegentheil, es eröffnet sich uns ein sehr weites Feld für Vermuthungen, unter denen die Annahme, daß es sich um ein Machwerk Englands handelt, wohl das Richtige sein dürfte. Man blicke nur ein Vierteljahr zurück und bringe sich die damaligen englischen Preßstimmen in Erinnerung, und man ist fast zweifellos auf richtiger Fährte. In London, in erster Reihe aber in den hiesigen leitenden englischen Kreisen, scheint man jedenfalls befürchtet zu haben, daß ein Aufenthalt des Kaisers in Egypten den Zielen der englischen Politik im Nilthale gefährlich werden könnte. Der scharfe Blick des Kaisers hätte möglicherweise das so großen Nutzen bringende Kulturwerk in Egypten nicht in genügend englischer Beleuchtung gesehen. Weiter sah man nur ungern den Enkel der Königin als Gast des Chediw, da das hieraus zwischen den beiden Herrschern sich ergebende Verhältniß England in Zukunft eine Art Reserve gegenüber dem Vizekönig aufgezwungen hätte und hierdurch gewisse Pläne einen unliebsamen Aufschub erlitten haben würden. Der Besuch des Kaisers in Egypten mußte somit unterbleiben, und England hat es, um dieses Ziel zu erreichen, an entsprechenden Mitteln und den erforderlichen krummen Wegen sicher nicht fehlen lassen. Unserer Ansicht nach hat hier Großbritannien neuerdings einen nicht hoch genug zu schätzenden Triumph in seiner afrikanischen Politik errungen."

So der „Egyptische Kourier". Daß wir es mit einem Machwerk Englands zu thun haben, ist eine unerwiesene Annahme. Aber gewiß ist, daß die englische Regierung die Reise des deutschen Kaisers nach Egypten sehr ungern sah. Und Herr Melville, der englische Stieber, welcher sich der Regierung nützlich erweisen will, hat ihr in seiner Weise gedient. Daß er in Egypten viele Verbindungen hat, sagten wir schon, und in Alexandrien und Kairo ist der schmutzigste Bodensatz der internationalen Welt des Kapitalismus zusammengeronnen, so daß für die Herren Melville und Kompagnie dort das denkbar günstigste Operationsfeld ist. Bemerkenswerth ist, daß englische Blätter, und zwar gerade solche, die von Herrn Melville als Ablagerungsstätten benutzte, zuerst die Nachricht von dem egyptischen Attentat brachten, und sofort auch, daß es dem deutschen Kaiser gegolten habe.

In einer Korrespondenz der „Vossischen Zeitung" aus London wird dargelegt, daß das „Anarchistenkomplott" sehr fraglicher Natur sei, „sich in immer dichteres Dunkel zu hüllen beginne" und „daß persönliche wie politische Gesichtspunkte in die Sache hineinspielen". Kurz Spitzelarbeit.

Daß der „Reichs-Anzeiger" bei so bewandten Umständen sich nicht dazu hergiebt, den Stumm, Kardorff, Limburg und Konsorten Schlepperdienste zu leisten, und den Stempel des Reichs auf die Mache der Falschmünzer zu drücken, das versteht sich von selbst. —

Die Faschoda-Frage wird wieder brennend — oder wohl richtiger: sie wird wieder als brennend an die Wand gemalt. Vor einigen Tagen schon erhielten wir mysteriöse Andeutungen, die Franzosen bereiteten ihre Flotte zur Aktion vor, und am Mittwoch Abend hielt der englische Schatzkanzler Hicks Beach eine Rede, in der er die Faschoda-Frage besprach. Er führte aus:

Es scheine ihm unmöglich, daß die Franzosen dabei bleiben könnten, daß sie politische Rechte in Faschoda hätten. Die Franzosen hätten natürlicher und angemessener Weise Zeit verlangt, den Empfang der Marchand'schen Berichte abzuwarten, doch stehe er an zu glauben, daß Frankreich anderes als das, was England wünsche, thun könne. Es sei möglich, daß das, war er hoffe, nicht geschehen werde, und dann würde die Angelegenheit ein so ernstes Gesicht bekommen, wie es zwischen zwei großen Ländern nur möglich wäre. Es könnte nur zwei Gründe für Frankreich geben, diese Haltung anzunehmen; sie können den Wunsch haben, mit England in Streit zu gerathen, doch weise er es von sich, nach den wiederholten freundlichen Versicherungen Frankreichs diese Lösung als möglich anzunehmen; der andere Grund wäre, daß Frankreich durch Gereiztheit bezüglich der Stellung Englands in Egypten beeinflußt sein könnte, indessen sei er, Redner, der Ansicht, daß England bei weitem mehr Grund zur Gereiztheit gegen Frankreich habe, als umgekehrt. Die Regierung sei von durchaus friedlichem Geiste gegen die große französische Nation beseelt und wünsche nicht, Frankreich zu demüthigen. England wünsche aber nach Recht und Billigkeit behandelt zu werden. Seine Arbeit in Egypten sei noch nicht gethan. Afrika sei groß genug für beide Nationen. Er hoffe und glaube, daß diese Frage einer freundlichen Lösung fähig sei. Aber England habe seine Stellung genommen. Wenn unglücklicherweise anderswo eine andere Anschauung gefaßt werden sollte, so würden die Minister der Königin wissen, was ihre Pflicht erheische. Es würde ein großes Unglück sein, wenn nach mehr als achtzigjährigem Frieden die freundlichen Beziehungen gestört und England in einen großen Krieg gestürzt werden sollte; allein es gebe größere Uebel als den Krieg, und die Regierung werde vor nichts zurückschrecken, da sie wisse, daß sie durch ein geeintes Volk unterstützt werde."

So Herr Hicks Beach. Zum Glück ist derselbe ein Hitzkopf, der seine Zunge nicht zu beherrschen vermag und die starken Ausdrücke liebt. Gewiß ist, daß England sich seine Stellungen am Nil nicht nehmen lassen wird, und unter den jetzigen Verhältnissen auch nicht nehmen lassen kann. Gewiß ist des weiteren, daß Faschoda in die englische „Machtsphäre" gehört. Unter solchen Umständen wird man in Frankreich zweifellos nachgeben und von England anderweitig Entschädigungen fordern und nehmen. Die jetzige Regierung Frankreichs sucht eifrig eine Verständigung mit England, da sie die Nachtheile und das Demüthigende des russischen Bündnisses empfindet. Natürlich bemüht sich Rußland, die Faschoda-Frage als Keil zwischen England und Frankreich zu schieben, um letzteres tributpflichtig zu halten. Indeß, es ist kaum anzunehmen, daß ihm dies gelingen wird. —

Deutsches Reich.

Der Bundesrath ertheilte in seiner heutigen Sitzung dem Ausschußberichte, betreffend den Etat der Grenzzoll- und Salzsteuer-Verwaltung für das Königreich Preußen, und dem Ausschußberichte, betreffend den Etat der Grenzzoll- und Salzsteuer-Verwaltung für das Königreich Bayern, seine Zustimmung. Die Vorlage, betreffend die Statistik der Auswanderung, wurde dem zuständigen Ausschusse überwiesen. —

Ueber die Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz verlautet offiziös, daß die örtlichen Rentenstellen als Beschlußbehörden unter Zuziehung von Beisitzern aus dem Stande der Arbeitgeber und der Versicherten über die Rentenansprüche befinden sollen. Gegen die Entschließungen der örtlichen Rentenstelle soll der Versicherungsanstalt und dem Rentensucher die Berufung an das Bezirks-Schiedsgericht offen stehen. Die Revision an das Reichs-Versicherungsamt bleibt unverändert bestehen.

Aus dem sonstigen Inhalt der Vorlage wird noch folgendes hervorgehoben:

Die Versicherungspflicht wird auf den Betriebsbeamten ähnliche sonstige Beamte sowie auf (männliche und weibliche) Lehrer und Erzieher, denen eine Pensionsanwartschaft nicht zusteht, ausgedehnt.

Die Befreiung vorübergehender Dienstleistungen von der Versicherungspflicht wird in weiterem Umfange, wie bisher, zugelassen.

Die Wartezeit (5 bezw. 30 Beitragsjahre zu je 47 Wochen) wird auf eine runde und niedrigere Summe von Beitragswochen, nämlich für die Invalidenrente auf 200, für die Altersrente auf 1200 Beitragswochen, herabgesetzt, und die Wartezeit für die im Falle vorübergehender Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente von 52 auf 26 Wochen verkürzt.

Die den Versicherungsanstalten gestattete vorbeugende Krankenpflege wird weiter ausgestaltet und den Versicherungsanstalten die Befugniß zur Einleitung eines geeigneten Heilverfahrens auch zu dem Zwecke eingeräumt, um dem Empfänger einer Invalidenrente die Erwerbsfähigkeit wieder zu verschaffen.

Die Aufnahme der Rentenempfänger in ein Invalidenhaus auf Kosten der Versicherungsanstalt wird zugelassen.

Die Markenverwendung, deren Ueberwachung den örtlichen Rentenstellen obliegen soll, wird namentlich durch Einführung von Marken für größere Zeiträume erleichtert.

Durch die Ausscheidung einer fünften Lohnklasse für diejenigen, bisher in die vierte Lohnklasse fallenden Versicherten, bei denen der anrechnungsfähige Jahresverdienst den Betrag von 1150 M. übersteigt, wird hochgelohnten Arbeitern und Betriebsbeamten der Erwerb einer ihren Verhältnissen entsprechenden höheren Rente gegen Entrichtung höherer Beiträge ermöglicht.

Die freiwillige Versicherung in einer höheren als der maßgebenden Lohnklasse wird wesentlich erleichtert.

Eine günstigere Berechnung der Renten soll stattfinden.

Die jetzt nach besonderen Bestimmungen zu berechnende Altersrente wird einheitlich auf den Grundbetrag der Invalidenrente bemessen.

Das Verfahren bei Rückerstattung von Beiträgen an weibliche Versicherte, welche eine Ehe eingehen, und an hinterlassene Wittwen und Waisen Versicherter wird erheblich vereinfacht.

Das Vermögen der Versicherungsanstalten soll in größerem Umfange, wie bisher, für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter und für andere Einrichtungen zum Vortheil der versicherungspflichtigen Bevölkerung nutzbar gemacht werden können.

Die in der Praxis von den Unternehmern vielfach beklagten Härten der Strafvorschrift bezüglich der unzulässigen Eintragungen und Vermerke in den Quittungskarten werden beseitigt. (Wünscht das Herr Kühnemann?) Die Organisation soll vereinfacht werden. —

Reichstags-Ersatzwahl. Der Reichstags-Abgeordnete für Pleschen-Jarotschin-Wreschen Rechtsanwalt Dr. v. Dziembowski (Pole) hat sein Mandat niedergelegt infolge des moralischen Druckes der polnischen Volkspartei, welche seine rechtmäßige Aufstellung bemängelte. Rechtsanwalt Dr. v. Dziembowski gehört der sogenannten polnischen Hofpartei an. —

Ein Gesetzentwurf betr. das Militärpensionswesen soll dem Reichstage in seiner ersten Session vorgelegt werden. Insbesondere sollen die Pensionssätze für die Hinterbliebenen erhöht werden. Sodann soll die Belassung der Militärpension neben dem Zivil-Diensteinkommen einheitlicher geregelt werden. Die Kosten werden auf 6 Millionen Mark veranschlagt. —

Die Kolonialschwärmer, die in der deutschen Kolonialgesellschaft ihr Wesen treiben, hatten am 3. Oktober eine Eingabe beim Reichskanzler gemacht, er möge ihnen den Inhalt des neuen deutsch-englischen Afrika-Abkommens mittheilen, wegen dessen man sich in den Kolonialkreisen bekanntlich sehr stark beunruhigt hatte. Der Reichskanzler hat jetzt geantwortet und sagt in seinem Schreiben:

„Diesem Gesuche zu willfahren, bin ich nicht in der Lage, da sowohl feststehende diplomatische Gepflogenheiten wie auch wichtige politische Rücksichten dem für jetzt noch entgegenstehen. Die kaiserliche Regierung wird mit der Veröffentlichung nicht zögern, sobald ihr eine solche ohne internationale Bedenken wie ohne Gefährdung der eigenen Interessen Deutschlands möglich und angemessen erscheint."

Bekanntlich wurde schon früher mitgetheilt, daß sich die beiden Staaten England und Deutschland gegenseitig zum Stillschweigen über das Abkommen verpflichtet haben. —

Thörichter Schwatz. Dem nationalliberalen Klatschblatt „Magdeburg. Zeitung" wird aus Stuttgart geschrieben:

„Hier hat es den Sozialdemokraten so gut gefallen, daß sie auf den Gedanken kamen, auch ihren nächsten internationalen Parteitag nach der schwäbischen Hauptstadt auszuschreiben. Sie richteten in diesem Sinne eine Anfrage an den Minister des Innern, der, wie es heißt, folgendes zur Antwort gab: Die württembergische Gesetzgebung beschränke die Freiheit des Vereinsrechts in keiner Weise; es stehe somit ihrem Wunsche nichts im Wege, nur mache er sie darauf aufmerksam, daß er das Recht besitze, Ausländer, und zwar ohne Angabe von Gründen, auszuweisen, und daß er sich nicht geniren werde, von diesem Rechte Gebrauch zu machen. — Nach diesem Bescheide verzichteten die Führer der Partei auf ihre Absicht."

So das nationalliberale Blatt. Zur Charakterisirung des Klatsches genügt es, an die Thatsache zu erinnern, daß der Gedanke, den nächsten internationalen Arbeiterkongreß in Deutschland abzuhalten, schon Monate vor dem Parteitage aufgegeben war, und zwar aus den seinerzeit im „Vorwärts" ausführlich veröffentlichten Gründen.

Grenzverletzung durch russische Offiziere. Ueber einen Vorgang an der deutsch-russischen Grenze melden bürgerliche Blätter folgendes: „In dem königlichen Forst Dzadlen bemerkten zwei preußische Forstbeamte, daß mehrere russische Offiziere auf preußischem Gebiet jagten. Der Aufforderung der beiden Förster, die Gewehre abzugeben, wurde nicht stattgegeben, die Offiziere verhöhnten vielmehr die beiden Beamten. Nachdem diese ihre Aufforderung noch mehrmals vergeblich wiederholt hatten, schossen sie und verletzten einen der Offiziere. Diese ergriffen nunmehr die Flucht und nahmen den verwundeten Kameraden mit. Hinter dem Grenzgraben angelangt, befahlen sie dann den russischen Grenzsoldaten, auf die beiden Förster zu schießen; die Soldaten thaten dies auch, trafen aber nicht."

Kampf gegen Konsumvereine und Waarenhäuser. Der Verband vogtländischer Gewerbevereine beschloß, bei dem Bundesrath, dem Reichstag und der sächsischen Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Militär- und Beamten-Konsumvereine aufgelöst, die Wirthschaftsvereinigungen und großkapitalistischen Unternehmungen im Kleinhandel aufs höchste besteuert werden und das Dividenden- und Rabattsystem im Kleinhandel verboten wird; bei dem Reichstage zu beantragen, daß die genannte Körperschaft durch Einführung einer progressiven Umsatz-, Mieths-, Personal- und Branchesteuer „geeignete" Maßnahmen zur Bekämpfung der großen Waarenhäuser treffe. — Das ist gewiß alles, was man verlangen kann! —

Die Fleischnoth, die von den Agrariern beharrlich in Abrede gestellt wird, herrscht in allen Gegenden Deutschlands vor. So hat sich jetzt der Augsburger Magistrat veranlaßt gesehen, gleich wie der der Stadt Fürth an das königl. Staatsministerium zu petitioniren, daß die Einfuhr von Schlachtvieh aus Italien gestattet und für das aus Oesterreich-Ungarn eingeführte Schlachtvieh eine längere Schlachtfrist gewährt werde. Die Eingabe weist in der Hauptsache darauf hin, daß das Angebot von Schlachtvieh nicht mit der wachsen-

Berlin vor 20 Jahren.

Heut vor 20 Jahren, am 21. Oktober 1878, nachmittags 4 Uhr, verkündete der „Reichs-Anzeiger" das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Die Schläge prasselten dann auf die Genossen hageldicht herunter, und das Schandgesetz hat dem Volke zahllose Opfer an Geld und Gut, Freiheit und Menschenleben abgepreßt.

Aber zu erinnern ist auch daran, daß die kämpfende Proletarierpartei vor dem Sozialistengesetz ebenfalls nicht auf Rosen wandelte. Das Sozialistengesetz sollte, so log man sich nachher heraus, nur die Folge der „attentäternden Schandthaten der Sozialdemokraten gewesen sein. Aber lange bevor Unter den Linden Hödel's Pistole und Nobiling's Schrotflinte knallten, hatten die bekannten Parteigenossen unter unaufhörlichen Verhaftungen, Verurtheilungen, Haussuchungen und anderen Chikanen zu leiden. Das damalige Berliner Parteiblatt, die „Berliner Freie Presse", erzählt zum Beispiel in der Nummer vom 8. Mai 1878, daß in den zwei Jahren des Bestehens der Zeitung 115 Prozesse gegen sie anhängig gemacht worden sind und gegen die Redakteure auf über 77 Monate Gefängniß erkannt worden ist. Und beim Durchblättern desselben Jahrganges, der uns gerade vorliegt, sehen wir, daß der verantwortliche Redakteur in dem einen Jahr neunmal gewechselt hat, weil immer einer nach dem andern verhaftet und verurtheilt wurde. Die Namen dieser im Jahre 1878 nach einander zeichnenden Redakteure waren: Dentler, Grottkau, Rich. Fischer, Most, Auer, Schapira, Pulkrabek, Neumann und Manz. Das schon vor dem Sozialistengesetz arg verfolgte Blatt befand sich damals am Kaiser Franz Grenadierplatz Nr. 8a.

Handelt es sich im obigen allein um Bestrafungen wegen Preßvergehens, so kann man sich einen Begriff davon machen, wie schwer die Partei schon vor den Attentaten unter den Verfolgungen der Aera Tessendorff zu leiden hatte. Freilich ungleich schwerere standen ihr bevor. Der Hödel'sche Schuß gab das Signal dazu. Aber das Nobiling'sche Attentat löste alle und jede Bande der Gesittung und eine beispiellose Hetze brach über die Partei herein.

Am Sonntag den 2. Juni hatte Nobiling geschossen. Sofort wurde verbreitet, daß er Sozialist sei, und die „Hatz auf das Rothwild" begann. Unter diesem Titel berichtet die erste nach dem Attentat erschienene Nummer der „Berliner Freien Presse" über die am Montag Abend stattgefundenen Haussuchungen:

„Soeben, 6 Uhr abends, kommen 14 Mann Kriminalpolizei unter Führung des Kriminalkommissarius Höfft auf unser Geschäftslokal, um allda Haussuchung zu halten. Kisten und Kasten wurden durchsucht, alte längstverschollene Manuskripte wurden aus ihren Schlupfwinkeln hervorgesucht, und mancher Gegenstand, der von uns selbst schon lange vermißt wurde, bei dieser Gelegenheit wiedergefunden. Aber nicht nur die Papiere der Redaktion wurden bei dieser Gelegenheit auf das gründlichste untersucht, auch die Geschäftsbriefe und Skripturen der Expedition wurden einer genauen Prüfung unterzogen und sammt und sonders eingepackt und mitgenommen. Als endlich diese Nachsuchung beendigt und trotz massenhaft mitgenommenen beschriebenen Papiers doch der Plan zur Verschwörung des Nobiling noch nicht gefunden war, ging es fort nach den Privatwohnungen von Schapira, Rackow, Most, Auer, Fritzsche ... Daß die ganze Razzia erfolglos gewesen und daß man bei uns keine von Dr. Nobiling herrührenden Papiere gefunden hat, brauchen wir wohl nicht erst zu betonen. Auf unserer Redaktion sowohl, wie bei sämmtlichen Parteigenossen, die wir bisher zu befragen Gelegenheit hatten, ist Nobiling eine unbekannte Persönlichkeit. Der Königsmörder hat mit uns in keinerlei Verbindung gestanden. Was wir von ihm wissen, ist nur die Nachricht aus Dresden, daß er dort als Nationalliberaler und Mitarbeiter der sozialistenfeindlichen „Sozial-Korrespondenz" in Volksversammlungen aufgetreten und unsere Genossen bekämpft hat."

Die Hetze gegen die Sozialdemokraten währte dann den ganzen Sommer hindurch bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Sie wurde von der Regierungs- und Kapitalistenpresse künstlich genährt und erstreckte sich bis in das wirthschaftliche und Privatleben der Arbeiter. Große bürgerliche Zeitungen verlangten damals von den Unternehmern, sie sollten alle sozialdemokratischen Arbeiter entlassen. Und dieser Anregung wurde nur allzu häufig Folge gegeben.

In dieser überhitzten Sitzung war dann endlich am 19. Oktober das Schandgesetz zu stande gekommen und wurde am 21. Oktober verkündet. Die „Berliner Freie Presse" brachte es nur noch zu einer vom 23. Oktober datirten Nummer. Am 25. wurde das in Leipzig unter Liebknecht's Redaktion erscheinen Zentralorgan verboten. Inzwischen war aber noch eine Nummer hergestellt worden, und diese letzte Nummer des alten „Vorwärts" enthält bereits die erste Liste der auf grund des Gesetzes vom Polizeipräsidium in Berlin verbotenen Broschüren. Ein Witz der Weltgeschichte wollte es, daß an der Spitze dieser polizeilichen Liste die Gedichtsammlung steht „Es werde Licht!" — Wenige Tage später wurde auch das „Hamburg-Altonaer Volksblatt" unterdrückt.

Der „Vorwärts", das Berliner und das Hamburger Blatt waren die drei bedeutendsten Zeitungen der Partei und hatten einen Abonnentenstand von etwa 45 000. Mit diesen Blättern, die alle das Eigenthum von Genossenschaften waren, wurde ein Vermögen von mehreren hunderttausend Mark vernichtet und einige hundert Personen brotlos gemacht. Die Genossenschaften mußten liquidiren, wobei in Berlin die Antheile der Genossenschafter (meistens Arbeiter) fast ganz verloren gingen, während Leipzig auszahlte, so weit die Antheile verlangt wurden; nur Hamburg konnte später glatt reguliren.

Es folgten nun Schlag auf Schlag weitere Verbote der politischen und der gewerkschaftlichen Blätter, ebenso der sozialdemokratischen Broschürenliteratur. Kein Tag verging, ohne daß der „Reichs-Anzeiger" ganze Spalten von Verboten veröffentliche. Nach drei bis vier Wochen existirten von den 42 sozialdemokratischen Zeitungen nur noch zwei, das eine in Offenbach, das andere in Nürnberg, welche beide ihre Titel vor Erlaß des Gesetzes geändert hatten. An anderen Orten wurden auch Blätter verboten, welche dieselbe Manipulation vorgenommen hatten. Der Versuch, an stelle der verbotenen Zeitungen sogenannte farblose Blätter herauszugeben, gelang für den Anfang nur an wenigen Orten. So wurde beispielsweise in Berlin versucht, schon am nächsten Tage, nachdem die „Freie Presse" verboten war, eine „Berliner Tagespost" herauszugeben, 14 Tage später versuchte man es mit einem Blatt „Berliner Nachrichten." Aber alles dieses wurde als Fortsetzung der alten Parteizeitung betrachtet und verboten. Auch die vom Abgeordneten Hasselmann in Berlin herausgegebenen farblosen Blätter verfielen der Sichel des Ausnahmegesetzes.

Und mit derselben Promptheit wie in Berlin war die Polizei überall in Deutschland vorgegangen, wo es sozialdemokratische Unternehmungen zu zerstören gab. — Die Zeitungen waren unterdrückt, alle Arbeitervereine, alle Gewerkschaften mit wenigen Ausnahmen verboten. Das Partei- und Versammlungsleben war fürs erste gänzlich erloschen. Die Partei war also thatsächlich mundtodt gemacht.

Die Stimmung der Genossen war natürlich allen diesen Verfolgungen gegenüber äußerst gedrückt. Jedenfalls herrschte auf der ganzen Linie die größte Ruhe, und nicht das geringste Komplott war im gange, durch das die Sicherheit des Staates hätte gefährdet werden können. Für alle Welt überraschend war es daher, als Mitte November ein Berliner Blatt die Nachricht brachte, daß im Bundesrath von Seite Preußens der Antrag eingebracht worden sei, auf grund des § 28 des Sozialistengesetzes über Berlin den kleinen Belagerungszustand zu verhängen. Die Nachricht erregte ungeheueres Aufsehen und selbst die bürgerliche Presse erklärte, daß auch nicht eine der Voraussetzungen zutreffe, unter denen nach dem Gesetze der kleine Belagerungszustand verhängt werden dürfe. Die Nachricht fand auch in den sozialdemokratischen Kreisen nur wenig Glauben.

Aber man hatte die Regierung überschätzt. Am 28. November veröffentlichte der „Reichs-Anzeiger" die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin und Umgebung, und schon am nächsten Tage wurde 67 der bekanntesten Parteigenossen — mit nur einer Ausnahme Familienväter — die Ausweisungsordre zugestellt. Es waren gedruckte Formulare hergestellt worden, sodaß die

den Bevölkerungszahl Schritt gehalten habe; namentlich fehle es an Schlachtvieh erster und zweiter Qualität, am meisten aber mache sich der Mangel an Schweinen fühlbar. Es seien dadurch unhaltbare Zustände geschaffen, unter denen namentlich die zahlreiche Arbeiterbevölkerung am meisten leide, weil sie zum Enthalten des Fleischgenusses hingedrängt, oder gezwungen wird, minderwerthiges Fleisch zu kaufen. Die beiden Augsburger Bezirksthierärzte konstatiren in ihrem Gutachten zunächst, daß in diesem Jahre über 2200 Schweine weniger als im Vorjahre zu Markte gebracht worden wären und daß der herrschende Schweinemangel nur durch Einfuhr vom Auslande behoben werden könne; ebenso sei eine Erweiterung der Schlachtfrist von österreichischem Vieh von zwei auf drei Tage für angezeigt zu erachten. Sie weisen darauf hin, daß keine Gefahr für die Landwirthschaft bestehe, wenn man verlange, daß die Schweine aus Italien in plombirten Wagen transportirt und gleich auf den Schlachthof überführt und dort geschlachtet würden. — Wie lange wird das deutsche Volk noch petitioniren müssen, ehe es die Regierung einmal wagen wird, den Wünschen der Junker entgegen die Grenzen für das Schlachtvieh zu öffnen.

Zeichen der Zeit. Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht die Ernennung des Chefredakteurs der „Schlesischen Ztg.", Dr. v. Falck, zum Direktor des literarischen Bureaus im Staatsministerium, also zum Chef der offiziösen Presse. Herr v. Gerlach hat unlängst bei einer Charakterisirung der konservativen Presse die „Schlesische Ztg." als das illoyalste aller Blätter dieser Richtung bezeichnet. —

„Rektifizirt". Aus Kiel wird uns geschrieben: Wie den Lesern des „Vorwärts" erinnerlich sein dürfte, berichteten wir seiner Zeit über die Verhaftung zweier Genossen am 1. Mai bei einer Flugblattverbreitung in Dänischenhagen. Die Genossen waren gefesselt zum Amtsvorsteher transportirt, ihrer Arbeitsstätte, der kaiserlichen Torpedowerkstatt in Friedrichsort, war von „unbekannter Seite" Nachricht zugegangen und darauf sind die beiden Genossen wegen sozialistischer Umtriebe entlassen worden. Beschwerde beim Landrath über den Gendarmen hatte keinen Erfolg, indem der Landrath den Beschwerdeführern mittheilte, daß der Gendarm noch gar keine offizielle Ahnung gehabt habe, daß die Reichstagswahl ausgeschrieben sei, indem sein Amtsblatt ihm erst später zugegangen sei. Mit diesem famosen Bescheid begnügten sich die Beschwerdeführer nicht und wandten sich an den Schleswiger Regierungspräsidenten. Die Genossen mußten dann jedoch Friedrichsort verlassen, um anderweitige Arbeit anzunehmen und so kam es denn, daß erst jetzt der Bescheid des Regierungspräsidenten zu ihrer Kenntniß kam. Derselbe theilt ihnen mit, daß er den Landrath in Eckernförde beauftragt habe, den betreffenden Gendarmen zu „rektifiziren" und daß damit die Angelegenheit für ihn erledigt sei. Nun ja, das ist sie denn ja auch! Die Genossen sind inzwischen auch vom Schöffengericht freigesprochen von der Anklage, eben bei der Verbreitung ohne Erlaubniß Druckschriften vertrieben zu haben. Nun gesellt sich für die Genossen zu dieser gerichtlichen auch noch die regierungspräsidentliche Bescheinigung, Unrechtes nicht begangen zu haben, und damit ist die Sache erledigt. Scherereien, wer weiß wie viel, brotlos gemacht, Unkosten, Aerger und Entrüstung für die beiden Genossen, und der Gendarm wird vom Landrath, der zuerst an seinem Thun nichts auszusetzen hat, „rektifizirt". Das ist so ein kleines Bild aus dem regierungsseitig geführten Kampfe gegen die Sozialdemokratie. —

Die Freie Vereinigung badischer Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen beschloß auf ihrer Generalversammlung zu Baden-Baden, an die badische Regierung wegen der Verschiedenartigkeit der Auslegungen des Krankenversicherungs-Gesetzes das Ersuchen zu richten, sie möge bei der Reichsregierung die Errichtung eines Reichsamts als höchsten Gerichtshof für die aus dem Krankenversicherungs-Gesetze entstehenden Streitigkeiten beantragen.

Beim Punkt: Stellungnahme zur Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes, legte der Referent, Fabrikant Meyer aus Pforzheim, Verwahrung gegen das Projekt der Regierung ein, den ostpreußischen schlecht fundirten Versicherungsanstalten das in Süddeutschland durch eine rationelle Wirthschaft zusammengebrachte Geld zuzuweisen. —

Schutz vor Schutzleuten. Es scheint, daß kein Tag mehr vergehen soll, an welchem nicht aus irgend einem Theile des Reiches über einen schweren Uebergriff der unteren Polizei-Organe berichtet wird. Der neueste Fall dieser Art wird uns aus Straßburg i. E. mitgetheilt. Dort wurde dieser Tage eine Kellnerin, als sie um die Mitternachtsstunde nach Schluß des Geschäftes sich nach ihrer Wohnung begeben wollte, unmittelbar vor der Hausthüre von einem Schutzmann aufgehalten, der sie fragte, wohin sie wolle. Die Antwort des Mädchens lautete, sie gehe nach Hause. Der Schutzmann erwiderte: Sie warten auf einen Soldaten. Als das Mädchen diese Behauptung der Wahrheit gemäß als unrichtig bezeichnete, erklärte der Schutzmann sie kurzer Hand für verhaftet, nahm ihr den Hausschlüssel ab, ergriff sie beim Handgelenk und führte sie auf das Polizeirevier. Dort wurde das Mädchen, das durchaus unbescholten, völlig unbestraft und vor allem noch niemals mit der Sittenpolizei in Konflikt gekommen ist, in der unsanftesten Weise zur Thüre hineingestoßen. Dann nahm man ihr die Uhr ab und führte sie in den Arrest. Trotzdem die Verhaftete betheuerte, daß nicht die geringste Veranlassung zu ihrer Festnahme vorgelegen habe, wurde sie bis morgens 8 Uhr eingesperrt gehalten. Es war bitter kalt und das Arrestlokal nicht geheizt, zudem die Fenster desselben offen. In der Frühe um 8 Uhr führte man das Mädchen nach dem Bürgerspital, wo es sich von einem Arzte untersuchen lassen mußte. Dann erst wurde es entlassen. Wie groß die Entrüstung ist, die dieser neueste Fall eines behördlichen Uebergriffes hervorgerufen, ist daraus zu erkennen, daß selbst die regierungsfromme „Straßburger Post", die derartige Vorkommnisse mit Vorliebe todtzuschweigen sucht, eine strenge Untersuchung des vorliegenden Falles und eine amtliche Aufklärung durch die zuständige Behörde verlangt.

Aus Elsaß-Lothringen, 18. Oktober. (Eig. Ber.) Drei Versammlungsverbote und eine Versammlungsauflösung an zwei Tagen, das ist das Fazit der letzten Woche für die reichsländische Arbeiterbewegung. In Mülhausen Auflösung einer sozialdemokratischen Parteiversammlung, weil, wie unser Partei-Organ mittheilt, der Berichterstatter über den Stuttgarter Parteitag erzählte, daß und wie dort unter anderem geschildert wurde, die Arbeiter Englands lebten unter günstigeren Verhältnissen als diejenigen des unvergleichlichen Deutschen Reiches. In Straßburg am gleichen Tage Verbot einer öffentlichen Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen, weil in dieser Versammlung eine Frau, nachdem sie in Baden, Bayern und in anderen deutschen Gauen öffentliche Vorträge gehalten, auch in der Hauptstadt des Reichslandes über das Proletariat in seinem wirthschaftlichen Kampfe sprechen wollte. In Schiltigheim am folgenden Tage Verbot einer ebensolchen Versammlung, in welcher diese nämliche Frau Steinbach ihre Ansichten über die Lage der Arbeiter vorzutragen gedachte; und im benachbarten Bischheim endlich an demselben Tage Verbot einer öffentlichen Maurerversammlung, zu welcher ein Maurer aus Hessen, Herr Thöne von Kassel, von den Kollegen im Elsaß eingeladen worden war, um über das Thema „Die Unternehmer-Verbände und die Arbeiter-Organisationen" seine Gedanken zu entwickeln. Die „Begründung" dieses letzteren Verbotes ist für die im Lande der Diktatur herrschenden Zustände so bezeichnend, daß wir sie der weiteren Oeffentlichkeit nicht vorenthalten wollen; sie lautet:

„Auf die Anzeige vom 10. d. M. über die Abhaltung einer öffentlichen Maurerversammlung vom 14. d. M., in welcher übrigens die Bezeichnung der hierfür bestimmten Wirthschaft fehlte, erwidere ich Ihnen, daß ich die Genehmigung hierzu nicht befürworten kann, da der Herr Bezirkspräsident die Veranstaltung einer gleichartigen Versammlung, die am selben Tage in Schiltigheim stattfinden sollte, nicht zugelassen hat. Der Kreisdirektor."

Es wird auf grund der Vorkommnisse der letzten Tage von den gewerkschaftlichen und politischen Vertretungen der reichsländischen Arbeiterschaft neuerdings erwogen werden müssen, welche Maßregeln zu ergreifen sind, um den auf die totale Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse hinauslaufenden behördlichen Maßregeln ein Ziel zu setzen. —

Deutscher Handelshafen in Kleinasien. Wie das „B. T." erfährt, ist die Konstantinopeler Meldung der „Daily News", der deutschen Verwaltung der Eisenbahnlinie Haidar-Pascha-Angora sei die Konzession zum Bau eines Handelshafens in Haidar-Pascha bei Skutari ertheilt worden, zutreffend. Die genannte deutsche Bahnverwaltung wünschte schon seit längerer Zeit einen Hafenanschluß an ihre Bahnlinie, um die per Achse eintreffenden Güter sofort auf die Schiffe verladen zu können und umgekehrt. Eine politische Bedeutung kommt im übrigen dem Bau des Handelshafens nicht zu.

Im Zusammenhang hiermit sei die folgende Petersburger Meldung verzeichnet: „Die „Nowoje Wremja" tritt den Gerüchten entgegen, wonach Deutschland von der Türkei Landgebiete zu erwerben hoffe, und erklärt, sie zweifele nicht, daß eine territoriale Abtretung den Beginn der Theilung des türkischen Reiches beziehungsweise seines Unterganges bedeuten würde. Das Blatt ist vollkommen überzeugt und hofft, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland einerseits und zwischen Rußland und der Türkei andererseits ebenso unverändert vorzüglich, wie sie bisher waren, auch künftighin bleiben werden." —

Schweiz.

Der italienische Spitzel Mantica. Aus Genf wird berichtet: Der Spitzel Mantica ist in Genf auf freien Fuß gesetzt worden. Mit welchem Burschen man es da zu thun hat, ersieht man neuerdings aus einem Brief, welchen der frühere Genfer Arbeitersekretär Vergnanini an den „Genevois" richtet. Mantica hatte in der „Tribune de Genève" einen Brief veröffentlicht, auf welchen Vergnagnini nun antwortet. Mantica, der damals noch den Namen de Sanctis führte, hatte sich alle Mühe gegeben, in den sozialistischen Italienerklub einzutreten, hatte aber zur Bedingung gemacht, daß sein Name nicht ins Mitgliederverzeichniß eingetragen werde. Nach dem Attentat Luchenis las Vergnagnini in der römischen „Tribuna" eine Genfer Korrespondenz, in welcher er, Vergnagnini, beschuldigt wurde, der Komplice Lucheni's zu sein. Vergnagnini reiste darauf sofort nach Bern, um sich den Behörden zur Verfügung zu stellen, „entschlossen, sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen neuen Schurkenstreich zu vertheidigen." Der Korrespondent der „Tribuna" war — Mantica. Vergnagnini erklärt, daß er Lucheni weder in Genf noch anderswo je gesehen und von seiner Existenz erst nach dessen Attentat gehört habe. Mantica gab sich gegenüber den italienischen Sozialisten in Genf als Sohn eines reichen Mailänder Handelsmannes aus und wurde nie müde, sie seiner Sympathien zu versichern. „Wie verachtungswürdig," sagt der „Genevois", „ist die Polizei, die sich solcher Banditen bedient! Wir verstehen nicht, daß ein schweizerisches Blatt ihnen seine Spalten öffnet und sich dazu hergiebt, sie zu interviewen; denn jeder Verkehr mit solchen Leuten ist entwürdigend."

Mantica hatte in seinem Brief an die Genfer „Tribune" auch behauptet, Lucheni habe während einer gewissen Zeit im Lokal der italienischen Kolonie in Genf (Rue du Rhone 5) verkehrt. Ebenfalls im „Genevois" publizirte das Komitee der italienischen Kolonie eine Erklärung, in welcher gesagt wird, eine genaue Untersuchung habe ergeben, daß Lucheni niemals in dem Lokal gesehen worden sei; Mantica alias de Sanctis habe wissentlich gelogen.

Nun ist der Bursche wieder auf freiem Fuß, doch bleibt er immerhin noch zur Verfügung der eidgenössischen Behörden.

Ferner bringt der „Avanti", das Organ der italienischen Sozialdemokratie, folgende höchst sensationelle Mittheilung:

„Der in der Schweiz verhaftete Lieutenant Mantica ist in Novara dadurch äußerst bekannt, daß er mit einem Tandem eine arme alte Frau durch Ueberfahren getödtet, wofür er zu einigen Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, die er in der Festung Bard abfaß.

Mantica sandte an den „Corriere di Novara" das Telegramm über die Ermordung der Kaiserin zu einer Zeit, als noch kein einziges Blatt, nicht einmal die „Sera" die Nachricht brachte!"

Dieser Lockspitzel Mantica wußte also vom Mord zuerst. Wußte er vielleicht schon davon, ehe er geschehen war? War er vielleicht der Graubärtige, mit dem Lucheni kurz vor dem Mord gesehen wurde?"

Frankreich.

Paris, 20. Oktober. In parlamentarischen Kreisen verlautet, der Ministerpräsident Brisson wolle gleich beim Zusammentritt der Kammer eine Interpellation über die innere Politik annehmen und sodann selbst im Falle eines Vertrauensvotums erklären, daß ihn persönliche Gründe zum Rücktritt veranlassen. Präsident Faure werde hierauf Bourgeois beauftragen, die von der Kammer gebilligte Politik fortzusetzen. —

Der „Matin" meldet, der Kassationshof, welcher aus dem Bericht des Obersten Picquart erfahren habe, daß das Kriegsministerium geheime Akten in der Dreyfus-Angelegenheit verwahre, werde das Justizministerium um Uebermittelung der Akten ersuchen.

Der Sozialist Dejeantes wird in der Kammer über die Haltung der Regierung zur internationalen Anarchisten-Konferenz interpelliren. Das sozialistische Komitee zur Vertheidigung der Republik hielt gestern seine erste Sitzung ab.

Der Redakteur des „Temps" de Pressensé, welcher vor eine Kommission von Mitgliedern des Rathes der Ehrenlegion geladen war, um über Dinge, die seine Ehre antasten könnten, Erklärungen abzugeben, sandte dieser Kommission ein Schreiben, in welchem es heißt: Der Vorwurf, daß unter dem Vorwande, die Unschuld eines Verurtheilten zu beweisen, heftige Angriffe gegen französische Offiziere gerichtet worden seien, ist kindisch. Es handelt sich nur darum, zu wissen, ob jene Offiziere schuldig sind. Sind sie es, so ist es Pflicht jedes guten Staatsbürgers um der Ehre der Armee halber, sie mit Verachtung zu strafen und ihre Bestrafung zu fordern. Inzwischen habe ich dasselbe Recht, Henry anzugreifen, wie die Freunde Esterhazy's und du Paty de Clam's das Recht haben, Picquart zu verläumden. Was die Frage anbetrifft, ob das Vorgefallene, wenn erwiesen, meine Ehre antasten könnte, so muß ich es ablehnen, Ihre Zuständigkeit für die Beantwortung derselben anzuerkennen. Meine Ehre gehört mir und ist so beschaffen, daß sie sich durch Verlust der Ordensdekoration in keiner Weise getroffen fühlt. —

Paris, 20. Oktober. Im heutigen Ministerrath theilte der Minister des Auswärtigen Delcassé ein Telegramm des französischen Gesandten in Peking mit, in welchem dieser meldet, daß der Pöbel in Pak-lung einen französischen Missionar und mehrere katholische Chinesen tödtete und ihre Leichen verbrannte. Der französische Gesandte, welcher unverzüglich energische Vorstellungen machte und Geldentschädigung verlangte, erhielt die Anweisung, dem Tsung-li-Yamen zu erklären, daß die französische Regierung sich vorbehält zu handeln, wenn China nicht in kürzester Frist Maßnahmen trifft, welche völlige Sicherheit für das Leben der Missionen gewährleisten. —

Spanien.

Madrid, 19. Oktober. Nach einer amtlichen Depesche aus Manila kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Amerikanern und den Tagalen, da Admiral Dewey den letzteren untersagt hatte, in Manila die republikanische Flagge zu hissen; beide Theile erlitten Verluste. Die Amerikaner kaperten Fahrzeuge der Tagalen.

Rußland.

Warschau, 20. Oktober. Wegen sozialistischer Propaganda wurden in der vergangenen Nacht wiederum zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten sind meist Techniker, Privatbeamte und Universitätshörer. —

Wie der Zar in Deutschland reist. Der „Lübecker Volksbote" berichtet: Auf der Rückreise von Kopenhagen, wo er der Beisetzung seiner Großmutter beigewohnt hatte, passirte der Zar gestern Abend auch unsere Stadt mittels des russischen Hoftrains. Der Bahnhofsperron war selbstverständlich hermetisch abgeschlossen und jeder andere Verkehr ruhte auf dem Bahnhofe. Wie ein hiesiges Blatt gehört haben will, waren sogar am Bahndamm und an den nach dem mecklenburger Rangirbahnhof ausmündenden Straßen polizeilicherseits Doppelposten stationirt. Armer Zar!

Türkei.

Von Kreta. Wie die „Politische Korrespondenz" meldet, kamen die vier Mächte überein, die Gesammtzahl ihrer Truppenkontingente auf Kreta auf 14 500 Mann zu erhöhen. Infolge dessen werden weitere 3000 Mann, darunter 1200 Engländer, demnächst nach Kreta abgehen. —

Amerika.

Buenos Ayres, 19. Oktober. Nach Meldungen aus Santiago de Chile hat das chilenische Kabinet seine Entlassung gegeben. —

Preußische Landtagswahlen.

Eine glänzend besuchte Versammlung der Arbeiter in Brandenburg

nahm nach dem Referat des Stadtv. Borgmann aus Berlin einstimmig folgende Resolution an:

„Nachdem schon Versammlungen in Brandenburg, Rathenow und Werder die Aufstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten für die preußischen Landtagswahlen als erwägens- bezw. wünschenswerth erklärt haben, macht die Wiederaufrichtung des freisinnig-nationalliberalen Kartells die Aufstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten jetzt unerläßlich. Die heutige Versammlung beschließt daher mit dem Zentral-Wahlkomitee, den Berliner Stadtverordneten Hutmacher Hermann Borgmann als sozialdemokratischen Kandidaten im Landtags-Wahlkreise Brandenburg-Westhavelland-Zauch-Belzig aufzustellen. Die Versammlung fordert nunmehr alle städtischen und ländlichen Genossen im Kreise auf, mit allen Kräften auf den Sieg des Genossen Borgmann hinzuarbeiten, demgemäß am 27. Oktober pünktlich an den Wahltischen zu erscheinen und auf die Wahl der aufgestellten sozialdemokratischen Wahlmänner hinzuwirken."

Polizei nur den Namen des Auszuweisenden und das Datum einzutragen brauchte, an welchem der Ausgewiesene das Belagerungsgebiet verlassen haben mußte.

Selbst die konservativen Blätter fanden keine Worte, diese Maßregel zu rechtfertigen. Sie suchten sie nur zu entschuldigen mit dem Hinweis auf das „theure Haupt", daß es in Berlin zu schützen gelte. Nur ein einziges Blatt der Reichshauptstadt verstieg sich zu der Gemeinheit, über die Ausgewiesenen Witze zu machen, — die „Berliner Wespen" des Herrn Julius Stettenheim, — des heutigen Witzemachers des „Kleinen Journals".

Die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin und die Ausweisungen übten eine geradezu niederschmetternde Wirkung aus. Wir halten uns bei Schilderung der Wirkung dieser brutalen Maßregel an die 1889 in London erschienene Geschichte des Sozialistengesetzes „Nach zehn Jahren". Da es eine organisirte Partei mit flüssigen Mitteln nicht mehr gab, so war die Noth und das Elend unter den Ausgewiesenen ungemein groß. Nur den wenigsten war eine dreitägige Aufenthaltsfrist festgesetzt. Die meisten mußten innerhalb 48 Stunden, einige sogar innerhalb 24 Stunden die Stadt verlassen haben. Gesuche um Aufschub lehnte der damalige Polizeipräsident von Madai in der rohesten Form ab. Unter den Ausgewiesenen befanden sich natürlich alle damals in Berlin lebenden Führer der Partei, alle Agitatoren, Redakteure u. s. w. Uebrigens waren unter den Ausgewiesenen auch Personen, die schon seit Jahren keine Rolle mehr in der Partei gespielt hatten.

Die an der Herrschaft befindliche Reaktion hatte geglaubt, indem allen Helfern und Wortführern der Partei die Existenz vernichtet wurde, die Partei selbst vernichtet zu haben. Man hatte sich geirrt. Die äußerste Niedertracht, der Druck bis aufs Blut weckte den Widerstand der verfolgten Arbeiter. Es erschien ein Flugblatt, das erste unter dem Ausnahmegesetz, das zwar verboten, aber doch heimlich in großer Zahl verbreitet wurde. Es lautete:

„An unsere Freunde und Parteigenossen in Berlin.

Durch Verfügung der Polizei zu Personen gestempelt, von welchen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu besorgen ist, sind wir sämmtliche Unterzeichnete aus Berlin und dessen Umkreis verwiesen.

Bevor wir dieser Verfügung nachkommen und bevor wir unsere Heimath und unsere Familien verlassen und in die Verbannung gehen, halten wir es für unsere Pflicht, an Euch, Genossen, noch ein paar Worte zu richten.

Man wirft uns vor, daß wir die öffentliche Ordnung gefährden. Genossen und Freunde, Ihr wißt, solange wir unter Euch waren und durch Wort und Schrift zu Euch sprechen konnten, war es unser erstes und letztes Wort: Keine Gewaltthätigkeiten, achtet die Gesetze, vertheidigt aber innerhalb des Rahmens derselben Eure Rechte!

Diese Worte möchten wir Euch zum Abschied noch einmal zurufen und Euch auffordern, sie jetzt mehr als je zu befolgen. Mag auch die nächste Zukunft bringen was sie will:

Laßt Euch nicht provoziren!

Vergeßt nicht, daß ein infames Lügensystem in der Presse es fertig gebracht hat, uns in der öffentlichen Meinung als diejenigen hinzustellen, welche zu jeder Schandthat fähig sind, deren Ziel nur Umsturz und Gewaltthat sein sollte.

Jeder Fehltritt eines einzigen von uns würde für alle die schlimmsten Folgen haben und gäbe der Reaktion eine Rechtfertigung für ihre Gewaltstreiche.

Parteigenossen! Arbeiter Berlins! Wir gehen aus Eurer Mitte ins Exil. Noch wissen wir nicht, wie weit uns die Verfolgungswuth treiben wird. Aber daß seid versichert, wo wir auch weilen mögen, stets werden wir treu bleiben der gemeinsamen Sache, stets werden wir die Fahne des Proletariats hochhalten. Von Euch aber verlangen wir: Seid ruhig! Laßt unsere Feinde toben und verleumden. Schenkt ihnen keine Beachtung! Weist die Versucher ab, die Euch zu geheimen Verbindungen oder Putschen reizen wollen! Haltet fest an der Losung, die wir Euch so oft zugerufen: An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zu grunde gehen!

Und nun noch ein Wort, Freunde und Genossen. Die Ausweisung hat bis jetzt mit Ausnahme eines einzigen, nur Familienväter getroffen. Keiner von uns vermag seinen Angehörigen mehr als den Unterhalt der nächsten Tage zurückzulassen.

Genossen, gedenkt unserer Weiber und Kinder!

Parteigenossen, bleibt ruhig!

Es lebe das Proletariat! Es lebe die Sozialdemokratie!"

Die alsbald vorgenommenen Sammlungen hatten Erfolg. Und diese Sammlungen, die natürlich im Geheimen vorgenommen werden mußten, gaben den ersten Anlaß, die Kräfte wieder zusammen zu fassen und nach Formen zu suchen, wie trotz des Gesetzes eine Parteithätigkeit möglich sei. Später wurde der kleine Belagerungszustand noch über Hamburg-Altona-Harburg, Leipzig, Frankfurt a. M., Hanau, Stettin und Spremberg verhängt, und im ganzen sind nahe an 900 Ausweisungen verfügt worden.

Aber die Fäden waren schon wieder unter den Parteigenossen geknüpft worden. Der „Sozialdemokrat" wurde als Wochenblatt der Partei gegründet und über ein Jahrzehnt lang mit der größten Pünktlichkeit heimlich verbreitet. Im Auslande fanden mehrere Kongresse statt. Und siehe da: Bei den im letzten Jahre der Herrschaft des Sozialistengesetzes erfolgenden Reichstagswahlen wurden an stelle der 1878 gezählten 437 000 sozialdemokratischen Stimmen 1 427 000 solcher Stimmen abgegeben.

Das waren die Erfolge zwölfjähriger Herrschaft des Schandgesetzes!

Und doch ist man wieder drauf und dran, die Arbeiterbewegung nun definitiv zu vernichten!

In Landsberg a. W.
beschloß eine Volksversammlung nach dem Referat des Parteigenossen Pätzel aus Berlin die Betheiligung an der Wahl und zwar zu gunsten der freisinnigen Partei, da diese aus Selbsterhaltungsgründen für die augenblicklich besonders auf dem Spiel stehenden schwerwiegenden Rechte der Arbeiter eintreten müsse.

In Elmshorn
werden unsere Parteigenossen die Wahl des freisinnigen Kandidaten Carstens unterstützen.

Betheiligung an der Landtagswahl
beschlossen die Parteigenossen in Görlitz und Salza. In letzterem Orte, einem industriellen Dorfe bei Nordhausen i. Th., werden eigene Wahlmänner aufgestellt werden. Ueber die Art der Betheiligung in Görlitz ist näheres noch nicht bekannt.

In Heide,
Kreis Norderdithmarschen, beschloß eine Parteiversammlung einstimmig die Nichtbetheiligung, weil sich die Freisinnigen betreffs der Bedingungen, die an deren Kandidaten laut Beschluß der sozialdemokratischen Kreiskonferenz gestellt worden war, mehr oder weniger ablehnend geäußert hatten. Der Beschluß der Heider Versammlung ist für den ganzen Kreis bindend.

Partei-Nachrichten.

Betheiligung an den Stadtverordneten-Wahlen beschlossen die Parteigenossen Elmshorns.

Eine Parteiversammlung für die beiden Wahlkreise Leipzig Stadt und Land, die sich mit den Verhandlungen des Stuttgarter Parteitags beschäftigte, nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung betont ausdrücklich, daß sie in dem unverbrüchlichen Festhalten an der altbewährten proletarischen revolutionären Taktik eine Lebensbedingung für den Fortschritt der Partei erblickt.

Die politische und die wirthschaftliche Aktion im kapitalistischen Staate, darauf gerichtet, die Arbeiterklasse politisch und materiell zu heben, sind unentbehrliche Werkzeuge und vorbereitende Stadien in dem proletarischen Klassen- und Befreiungskampfe, dessen Zweck und Endziel ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Zertrümmerung der Lohnsklaverei, die Beseitigung des Kapitalismus.

Die Parteiversammlung ist bereit, mit aller Energie und in alter Weise den Kampf gegen die Entrechtungs-, Auspowerungs- und Unterdrückungspolitik des Klassenstaates fortzuführen. Sie wird dahin wirken, daß die Sozialdemokratie den Anschlägen auf das Koalitionsrecht und allen Versuchen, das werkthätige Volk unter Ausnahmegesetze zu stellen, als geschlossene taktische Einheit entgegentritt."

Im 8. hannoverschen Wahlkreise (Hannover Stadt) nahm der Vertrauensmann im vergangenen Verwaltungsjahr 16 314,01 M. ein. Davon wurden 7000 M. an die Hauptkasse der Partei gesandt. Die Wahlunkosten im 8. Kreise betrugen rund 4000 M., die Nachbarkreise wurden mit rund 2500 M. unterstützt. An den Wahltagen waren zirka 600 Parteigenossen aus dem 8. Kreise im Dienste der Partei thätig. Als Vertrauensmann wurde einstimmig Lohrberg wiedergewählt.

Staatliche Unterstützung sozialdemokratischer Vereine in der Schweiz. Die St. Galler Kantonsregierung hat von ihrem Antheil am Reingewinn aus dem eidgenössischen Alkoholmonopol, wovon 1/10 zur Bekämpfung der Trunksucht verwendet werden muß, 3000 Fr. an katholische Vereine, Gewerbe-, Lese- und Friedensvereine 2c. verabfolgt, davon 450 Fr. an die Grütlivereine in den Orten St. Gallen, Rorschach, Flums, Wattwil, Niederuzeil, Gokau und Straubenzell. Die Grütlivereine stehen laut Statut auf dem Boden der Sozialdemokratie.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Redakteur Müller von der Magdeburger „Volksstimme" war vom Landgericht daselbst wegen Beleidigung der preußischen Richter zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Das Urtheil ist jetzt vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache an dasselbe Gericht zurückverwiesen worden.

— Ein überaus hartes Urtheil ist wieder gegen den aus Schlesien gebürtigen, zuletzt in Jüterbog beschäftigt gewesenen Weber Pawera gefällt worden. Pawera, der sich früher in Hohenstein-Ernstthal i. S. aufhielt und vom Landgericht in Zwickau im Jahre 1895 wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr und im Jahre 1897 wegen Beamtenbeleidigung zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist, hat Anfang dieses Jahres in einem Schreiben an die Amtshauptmannschaft Glauchau den Gendarmerie-Brigadier Fritzsche einer falschen Aussage gegen ihn bezichtigt. Wegen dieses Schreibens wurde Pawera am 19. Oktober vom Landgericht in Zwickau zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt und sofort in Haft genommen. Die Verurtheilung erfolgte, wie uns mitgetheilt wird, auf grund des § 186 des Strafgesetzbuches, welcher lautet: „Wer in Beziehung auf einen anderen eine Thatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, wird, wenn nicht diese Thatsache erweislich wahr ist, wegen Beleidigung mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre, und wenn die Beleidigung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen ist, mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft." Da es sich bei Pawera's Vergehen um keine öffentliche Beleidigung handelt, hat das Zwickauer Gericht also auf das höchste Strafmaß erkannt, das angewendet werden konnte!

— In Hildesheim erhielt der Parteigenosse Evers ein auf 15 M. lautendes polizeiliches Strafmandat, weil er einen andern Parteigenossen, den Malermeister Stephan, „bestimmt und veranlaßt" habe, „einen öffentlichen Aufzug von einigen hundert Personen mit Musik vom alten Schützenhause aus in der Richtung nach dem Moritzberg zu führen, ohne daß dazu die polizeiliche Genehmigung eingeholt gewesen wäre." Es handelte sich um eine Landpartie. Stephan, der sie angeführt hat, empfing kein Strafmandat. Die Hildesheimer Polizei scheint demnach die Anstiftung einer Uebelthat für schlimmer zu halten als die Uebelthat selbst.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins! In Verfolg des Beschlusses, die Sammelkarten der Streikschulden-Tilgung zur allgemeinen Kontrolle abzustempeln, bitten wir die Vertrauensmänner, welche den Vertrieb der Marken besorgen, daß sie im Monat November an einem ihnen selbst überlassenen Sonnabend die Karten zur Kontrolle resp. Abstempelung mitbringen. An diesen Abenden werden im Lokale von Zubeil, Lindenstr. 106, und Heinrich, Naunynstraße 78, je zwei Kommissionsmitglieder anwesend sein. Die Kommission.

Achtung, Vergolder! Die Differenzen bei der Firma Neumann, Hennig u. Komp. sind beigelegt.

Der Verband der Vergolder (Filiale Berlin) veranstaltet am nächsten Sonntag in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29, eine Matinee zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kollegen. In anbetracht des guten Zweckes werden alle Freunde und Genossen dazu höflichst eingeladen.

Deutsches Reich.

Ein Verband der Kellner und Gasthofangestellten „auf christlicher Grundlage" wurde dieser Tage in Köln ins Leben gerufen. Er soll zunächst am Orte der Gründung ausgebaut, dann über ganz Deutschland ausgebreitet werden. Die eigentlichen Veranstalter waren katholische Geistliche. Als erster Redner trat ein Graf von der Schulenburg auf. Die ultramontanen Herren gingen sehr geschickt vor. Sie beliebten in der Kritik der schändlichen Zustände im Wirths- und Gasthofsgewerbe mehrfach einen derben Ton; auch an Schmeicheleien für die Kellner ließen sie es nicht mangeln, so daß die dreihundertköpfige Versammlung einige Male in lärmenden Beifall ausbrach.

Wer die Kölner Klerikaldemagogen kennt, wird in diesem ihren neuesten Unternehmen nichts als den ersten Schritt in der Agitation für die nächstens stattfindenden Gewerbegerichts-Wahlen sehen. Auch vor den letzten Gewerbegerichts-Wahlen gab man sich von klerikaler Seite bedeutende Mühe um die Gewinnung der Kellner; und es gelang auch in der That, in der Gruppe der Nahrungsmittel-Industrie die christlich-sozialen Kandidaten durchzubringen. Man hatte aber arges Pech mit dem gewählten Vertreter der Kellner, denn der Herr verbüßt zur Zeit eine längere Gefängnißstrafe wegen Betrügereien.

Es ist nicht leicht, Kellner zu organisiren. Nur wenn es den Gründern des neuen christlich-sozialen Verbandes gelingt, die Stellenvermittelung in die Hand zu bekommen, dürfte er eine Zukunft haben. Die Stellenvermittelung ist unserer Meinung die einzige Seite, wo die infolge ihres Gesundheit und Charakter gleichermaßen schädigenden Berufs vielfach energielos gewordenen Kellner zu interessiren sind. Eine Organisation, die sie der maßlosen Ausbeutung durch die Placirungsbureaus zu entziehen vermag, wird die Kellner dauernd an sich fesseln. Ob die Gründer dazu den Willen und die Macht haben, muß abgewartet werden.

Im übrigen aber haben wir uns an den Ausführungen der Einberufer der Versammlung überzeugt, daß der neue Verband wieder ein Mittel sein wird, das den Zwecken der Zentrumspartei dient. Sonst schien man über sein Wesen noch nicht klar zu sein; denn der Vorsitzende der Versammlung, Oberkellner Barsch, meinte, er solle „ein freier politischer Verein" sein; Kaplan Heßdörffer will die Mitglieder nicht gefragt wissen, welcher Religion oder welcher Partei sie seien; Pfarrer Dreßen aber wünscht das „Christliche" schon im Namen festzulegen. Und während nach ihm alle konfessionellen und parteipolitischen Erörterungen ausgeschlossen sein sollen, wird in dem Programm des Vereins die Vorbereitung und Durchführung der Gewerbegerichts-Wahlen in christlich-sozialem Sinne als eine Hauptaufgabe genannt.

Ausland.

Der Streik der Wiener Buchbinderei-Arbeiter ist noch nicht beigelegt. Die Unternehmer wollen die Ausständigen zur bedingungslosen Unterwerfung zwingen und rechnen mit dem Elend, in dem sich die Buchbinderei-Arbeiter befinden. Von den Löhnen, die sie vor dem Ausstand bezahlten, konnte kein Arbeiter Ersparnisse machen, das wissen die Meister genau. Sie wissen auch, daß eine größere Unterstützung nicht gewährt werden kann, und denken, der nahe bevorstehende Miethzins müsse die Ausständigen mürbe machen. Dagegen läßt die Stimmung in den Kreisen der Streikenden eine solche Schlußfolgerung keineswegs zu.

Der Verein der schweizerischen Telegraphen-, Post- und Zollangestellten hat an die Bundesversammlung, welche sich mit der Revision des Gesetzes betreffend die Arbeitszeit bei den Transportanstalten beschäftigt, eine Eingabe gerichtet mit folgenden Forderungen: Unterstellung des sämmtlichen Personals mit 9stündiger täglicher Arbeitszeit unter das Gesetz, Beschränkung der täglichen Arbeitszeit der Beamten auf 10, höchstens 11 Stunden, Beschränkung des Nachtdienstes der Angestellten innerhalb 14 Tagen auf höchstens 7 Nächte, Verlängerung der Ruhetage auf mindestens 36 Stunden, jährlicher Urlaub der Beamten und Angestellten auf 8 Tage, Beschränkung der Kompetenz des Bundesrathes zu ausnahmsweiser Verordnung betreffend den Güterdienst und Schaffung eines Inspektorats für den Vollzug des Gesetzes.

Wie aus Santiago gemeldet wird, sind die Angestellten der Eisenbahnen und Salpeterwerke in den Ausstand getreten.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. In der Brikettfabrik auf Meurostolln bei Senftenburg wurde der Hilfspresser A. Schiller von einem Schwungrade erfaßt, durch die Grube, in welcher das Schwungrad läuft, geschleudert und dabei vollständig zerschmettert. Vermuthlich ist auch dieser betrübende Unglücksfall eine Folge des Mangels an genügenden Schutzvorrichtungen.

Volksvorstellungen zum Einheitspreise von 40 Pf. pro Billet hat die Intendanz des Hoftheaters in Koburg auf Veranlassung des Gewerkschaftskartells eingeführt. Am 1. Oktober wurde die Oper „Der Waffenschmied" gegeben. Der großartige Erfolg dieses Versuchs hat die Intendanz veranlaßt, die zweite Vorstellung bereits auf den 23. Oktober anzuberaumen. Es wird Sudermann's „Schmetterlingsschlacht" aufgeführt werden.

Gerichts-Zeitung.

Den Werth eines menschlichen Trommelfells hatte gestern die I. Strafkammer des Landgerichts I bei Gelegenheit der Verhandlung einer Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung zu bemessen. Angeklagt war der Eigenthümer und Restaurateur Buchow. Dieser hatte sich dazu hinreißen lassen, einem Bauunternehmer, der etwas schlechtes über ihn geäußert hatte, bei einem Zusammentreffen in einem Lokal einen Faustschlag in das Gesicht zu versetzen. Derselbe hatte die bösesten Folgen. Dem Geschlagenen war das Trommelfell geplatzt und die Verletzung war eine so starke, daß nach Bekundung des behandelnden Arztes es sehr fraglich ist, ob nicht noch weitere Komplikationen eintreten werden. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 2 Monaten Gefängniß und legte ihm auch eine an den Verletzten zu zahlenden Buße von 3000 M. auf.

Eine Anklage wegen versuchten bezw. vollendeten Betruges, welche namentlich in Konfektionskreisen Interesse erregte, gelangte gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Aus der Untersuchungshaft wurden der Kaufmann Ludwig Weinert und der Konsul Leopold Auerbach vorgeführt. Weinert wurden vier Fälle des versuchten Betruges zur Last gelegt, an deren einem sich Auerbach betheiligt haben soll. Außerdem soll sich Weinert noch eines vollendeten Betruges zum Nachtheile des Mitangeklagten Auerbach schuldig gemacht haben. Weinert war Mitbesitzer der Tuch-Engros-Firma Weinert u. Cohn. Im Frühjahr dieses Jahres ist sowohl Weinert als auch Cohn wegen Verdachts des betrügerischen Bankrotts verhaftet worden, bald folgte ihnen der Konsul Auerbach unter dem Verdacht der Beihilfe in das Untersuchungsgefängniß nach. Bei dem jetzigen Prozeß handelt es sich nicht um diese Bankrottssache, sondern um selbständige Vergehen. Ein Kaufmann Tepper, der im Januar 1897 in der städtischen Irrenanstalt Herzberge verstorben ist, stand in Geldverkehr mit Weinert u. Cohn und einige Wechsel desselben sind zu billigem Preise von dem Angeklagten Auerbach erworben worden. Es entstanden höchst verwickelte geschäftliche und finanzielle Transaktionen, deren Wiedergabe den Rahmen eines Gerichtsberichts weit überschreiten würde. Der in Herzberge verstorbene Kaufmann Tepper hatte sich bei der Berlinischen Lebensversicherungs-Gesellschaft mit 30 000 M. eingekauft und auf einen Theil dieser Summe erhoben die Angeklagten Anspruch, obgleich die ihnen zustehende Forderung an Tepper durch anderweitige Regulirungen bereits beglichen war und sie keinen Anspruch mehr an ihn hatten. Die Anklage warf den Angeklagten vor, daß sie dolose gehandelt haben, da ihnen die wirkliche Sachlage bekannt sein mußte, und stützte sich dabei wesentlich auf das Gutachten des gerichtlichen Bücherrevisors Engelmann, dem die mühsame Aufgabe zugefallen war, aus den Büchern die verwickelte Sachlage zu erklären. Die Rechtsanwälte Dr. Wurm, Hugo Sachs und Dr. Philipp Fränkel suchten in längeren Ausführungen den Nachweis zu erdringen, daß die Angeklagten in gutem Glauben gehandelt haben und nur zivilrechtliche Fragen vorliegen, die vom Strafrichter nicht zu entscheiden seien. Der Gerichtshof erachtete auf grund der umfangreichen Beweisaufnahme den Angeklagten Weinert des versuchten Betruges in zwei Fällen und des vollendeten Betruges in einem Falle, den Angeklagten Auerbach des versuchten Betruges in einem Falle für schuldig und verurtheilte Weinert zu neun Monaten, Auerbach zu drei Monaten Gefängniß.

Gegen die Direktion der Diskonto-Gesellschaft schwebt zur Zeit ein Prozeß, der in Börsenkreisen viel von sich reden macht. Das Verfahren ist angestrengt von den Erben des Konsuls U. zu Dresden. Diese gründen ihren Anspruch darauf, daß die Direktion der Diskonto-Gesellschaft, welche bekanntlich die Dortmunder Union finanzirt hat, zu einer Zeit, wo ihr bereits die mißlichen Verhältnisse dieser Gesellschaft bekannt waren, günstige Nachrichten über die Gesellschaft in die Zeitungen lancirt und dadurch die Kläger, welche im Besitz von Stammprioritäten der Dortmunder Union waren, veranlaßt habe, von einem beabsichtigten Verkauf dieser Papiere abzusehen. In der Presse war ursprünglich die Nachricht erschienen, daß die „Dortmunder Union" an dringendem Geldbedarf leide und sich ohne neue erhebliche Kapitalzuschüsse nicht werde helfen können. Bald darauf folgte ein Dementi dieser Nachricht, durch das die Kurse wieder zum Steigen gebracht wurden. Nach einiger Zeit bestätigte sich jedoch die erste Nachricht und die Kurse sanken rapide. Die Kläger haben schließlich die Papiere zu einem sehr niedrigen Kurse verkaufen müssen. Seitens der Kläger wird nun behauptet, daß das Dementi, durch welches sie von dem geplanten Verkauf abgehalten und zum weiteren Halten der Papiere bewogen worden seien, von der Diskonto-Gesellschaft, als dem Bankhause der „Dortmunder Union" inspirirt worden sei und daß diese an dem bei dem späteren Verkaufe der Papiere entstandenen Verlust die Schuld trage. Die Diskonto-Gesellschaft bestreitet, das fragliche Dementi irgendwie veranlaßt zu haben, ohne den darüber zugeschobenen Eid bis zu einer weiteren Präzision desselben vorläufig annehmen zu können. Sie behauptet aber auch, daß die in dem „Dementi" enthaltene Nachricht richtig gewesen sei, da darin nur die Mittheilung enthalten gewesen sei, daß „vorläufig" die Beschaffung neuer Geldmittel nicht beabsichtigt sei. Ueber diese Punkte wird erst durch Vernehmung der Direktionsorgane bezw. der Börsenredakteure Klarheit geschafft werden können. Die Angelegenheit gewinnt dadurch um so mehr an Interesse, als, wie man sich erinnern wird, bereits vor mehreren Jahren einmal die Diskonto-Gesellschaft wegen unberechtigter Empfehlung von Dortmunder Union zu Schadenersatz verurtheilt ist. Der vorliegende Prozeß dürfte für die wichtige Frage, betr. die Haftbarkeit für Zeitungsmeldungen, von weittragender Bedeutung sein. Die Kläger werden von Rechtsanwalt Dr. Jul. Lubszynski, die Diskonto-Gesellschaft von Justizrath Fr. Ernst vertreten.

Für die heute vor dem Schwurgericht stattfindende Verhandlung des Prozesses Grünenthal wird gleich nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses und Feststellung der Personalien der beiden Angeklagten Elly Goltz und Wwe. Eichler die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden, möglicherweise wird von der Staatsanwaltschaft auch der Antrag gestellt werden, den Geschworenen und den übrigen an der Verhandlung Betheiligten ein Schweigegebot aufzuerlegen. Da die beiden Angeklagten nur wegen Begünstigung des Grünenthal angeklagt sind, muß natürlich zunächst festgestellt werden, daß überhaupt strafbare Handlungen des Grünenthal vorliegen. Die Verhandlung wird sich deshalb trotz des inzwischen erfolgten Ablebens des Grünenthal auf dessen gesammte Fälscherthätigkeit erstrecken und es werden alle Einzelheiten der Herstellung der Reichsbanknoten, der Aufbewahrungs- und Vernichtungsart der bei der Herstellung entstehenden Fehldrucke und Ueberschüsse u. s. w. den Geschworenen vorgeführt werden müssen und aus diesem Grunde ist der Ausschluß der Oeffentlichkeit geboten. Für diesen Theil der Verhandlung sind der Ober-Betriebsinspektor Hermsen, der Geheime Regierungsrath Wendt von der Reichsdruckerei und der Postrath Dibelius als Sachverständige geladen.

Es giebt noch milde Richter. Die Strafkammer III des Hamburger Landgerichts verurtheilte den zweiten Offizier des in Hamburg beheimatheten Dampfers „Senta", Theodor Ferd. Pohle, der auf hoher See den 15jährigen Schiffsjungen A. wegen einer Vergeßlichkeit so mit einem Tauende geprügelt hatte, daß der linke Arm gebrochen war, und der dem Jungen, als der Schiffsarzt ihm den Arm in die Schlinge gelegt hatte, die Schlinge mit einer rohen Bemerkung wieder fortgerissen hatte, zu einer — Geldstrafe von 150 M. Der Staatsanwalt hatte die Rohheit der That betont und 6 Monate Gefängniß beantragt. Das Gericht nahm jedoch an, daß der Angeklagte die schwere Folge der Mißhandlung nicht beabsichtigt hatte und daß sie auch nicht vorauszusehen war. Mit diesem Urtheil gegen den rohen Schiffsoffizier, der nicht berechtigt war, dem Schiffsjungen auch nur einen einzigen Backenstreich zu versetzen, vergleiche man einmal die Urtheile gegen Matrosen und Feuerleute, gegen die es gleich Monate Gefängniß hagelt, wenn sie infolge schlechter Behandlung vom Schiff desertiren oder wenn sie, weil sie schlechte Nahrung erhalten, einmal für einen Moment die Arbeit verweigern!

Magdeburgisches. Kaum eine Woche vergeht jetzt, ohne daß die fast weltbekannt gewordenen drei Ordnungs- und Gerechtigkeitsfaktoren zu Magdeburg, so Polizei, Staatsanwalt und Gericht benamset sind, sich nicht irgend eine unangenehme Korrektur ihres Eifers gefallen lassen müssen. Der Vorsitzende der Zahlstelle Hamburg des Verbandes der Maurer, Hugo Kober, war durch amtsrichterlichen Strafbefehl zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt, weil er „unbekannten Thätern" Beihilfe zum Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung dadurch geleistet haben sollte, daß er ein während des Magdeburger Bauarbeiterstreiks an italienische Maurer, die als Streikbrecher herangezogen werden sollten, gerichtetes Flugblatt als verantwortlicher Verleger gezeichnet hatte. Das Verfahren war auf Betreiben der Magdeburger Staatsanwaltschaft gegen ihn eingeleitet worden. Kober erhob gegen den Strafbefehl Widerspruch und erzielte seine kostenlose Freisprechung. Selbst der Staatsanwalt sah von einem Strafantrag ab, weil er absolut nicht finden konnte, worin das Vergehen gegen § 153 G.-O. liegen sollte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mecheln, 20. Oktober. (W. T. B.) Zwischen Mecheln und Terneuzen stieß heute Vormittag ein Personenzug mit einem Güterzuge zusammen. Ungefähr zwanzig Personen wurden verwundet, unter ihnen einige schwer; der Materialschaden ist bedeutend.

Paris, 20. Oktober. (W. T. B.) Der „Temps" bemerkt zu der Rede, welche der englische Schatzkanzler Hicks-Beach gestern in North Shield's hielt: Es wäre kindisch, die ernste Bedeutung der Rede zu leugnen. Wenn die englische Regierung sich den Anschein giebt, als ob sie die Brücken hinter sich verbrennen würde, muß sie wissen, daß ihre Haltung auf die öffentliche Meinung in Frankreich eine Rückwirkung ausüben und die ohnehin schwierige Aufgabe der Diplomatie immer schwieriger gestalten wird.

Paris, 20. Oktober. (W. T. B.) In einer Kundgebung des Munizipalrathes von Paris heißt es, da Forschungsreisen und Kolonialexpeditionen den Nationen immer als Werke der Zivilisation hingestellt würden, so wünsche der Munizipalrath, daß die französische Regierung, ohne die materiellen und moralischen Interessen des Landes zu vernachlässigen, alles aufbiete, um einen schweren Konflikt mit England wegen der Faschoda-Frage zu vermeiden.

Nordenham, 20. Oktober. (W. T. B.) Der zwischen Gourdon und Johnshaven gescheiterte Dampfer, von welchem man Wrackstücke und zwei Bojen gefunden hatte, ist der Fischdampfer „Wiesbaden-Bremen" der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee" in Nordenham. Der Dampfer war auf Fischfang gegangen; die Besatzung bestand aus dem Kapitän Croon, einem Steuermann und neun Mann. Genauere Meldungen sind bei der Gesellschaft noch nicht eingetroffen. Sämmtliche in der letzten Zeit zurückgekommene Fischdampfer berichten einstimmig über langanhaltendes furchtbares Unwetter in der Nordsee. — Heute früh wurden am Weserufer in der Nähe von Nordenham eine Menge Schiffstrümmer und ein Rettungsboot aufgefunden. Sie stammen von dem Schleppkahn „Hameln Nr. 9", welcher wahrscheinlich gestern Abend auf dem Strom vor Anker gegangen und in der Nacht von einem größeren Schiffe überrannt worden ist. Der Kahn hatte 230 Registertons und in der Regel eine Besatzung von einem Schiffsführer und einigen Schiffsknechten, welche jedenfalls den Tod in den Wellen gefunden haben, da das Rettungsboot nicht in Gebrauch gewesen zu sein scheint.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Bericht der Berliner Delegirten
über den Stuttgarter Parteitag.

In der Versammlung des **ersten Wahlkreises**, die in den Arminhallen tagte, gab zunächst der Vertrauensmann Chr. Bohne seinen Rechenschaftsbericht. Er verwies darauf, daß das verflossene Jahr ein sehr arbeitsreiches gewesen ist, das alle Kräfte in Anspruch genommen hat und dankte den Genossen, die sich in anerkennenswerther Weise während dieser Zeit bethätigt haben. Die Abrechnung von der Reichstagswahl ergab eine Einnahme von 1796,81 M. und eine Ausgabe von 1875,90 M. Mithin war ein Zuschuß von 79,09 M. erforderlich. Die Einnahmen des Vertrauensmannes betrugen inklusive des alten Bestandes von 210,80 M. insgesammt 2069,96 M., die Ausgaben, darunter 500 M. zur Agitation in der Provinz Brandenburg, 1806,28 M., sodaß ein Kassenbestand von 263,68 M. verbleibt. Nachdem Seiler namens der Revisoren die Abrechnung für richtig erklärt hatte, wurde dem Vertrauensmann einstimmig die Entlastung von der Versammlung ertheilt. Dem Bericht der Lokalkommission, den Kenkel erstattete, war zu entnehmen, daß die Kommission eine rege Thätigkeit entfaltet hat, um den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Redner macht sodann noch darauf aufmerksam, daß Kaufmann's Variété der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht und demzufolge auch von den Genossen die Billets, die in Massen verbreitet werden, zurückzuweisen sind.

Ueber die Thätigkeit der Preßkommission berichtete Woldt. Er führt an, daß von den Genossen des ersten Kreises keine Beschwerden gegen den „Vorwärts" an die Preßkommission gelangt sind und es demnach den Anschein hat, daß sie mit dem „Vorwärts" zufrieden waren. Er ersucht sodann die eventuellen Wünsche den Mitgliedern der Preßkommission zu unterbreiten und das nutzlose kritisiren am Biertisch zu vermeiden. Der Redner gab hierauf einen Ueberblick über die gepflogenen Verhandlungen in den Kommissionssitzungen und über die Erledigung der eingelaufenen Beschwerden. Täterow, der in längeren Ausführungen an den Verlauf der verflossenen Reichstagswahlen erinnerte und für eine rege fortgesetzte Bethätigung der Parteigenossen plädirte, um Aufklärung unter den Indifferenten zu schaffen, ergänzte noch in einigen Punkten den Bericht über die Thätigkeit der Preßkommission. Da eine weitere Diskussion über die Berichterstattung nicht beliebt wurde, nahm die Versammlung die Wahlen vor, über deren Ergebniß wir gestern bereits berichteten.

Hierauf erstattete Preuß den Bericht über den Stuttgarter Parteitag. Der Redner berichtete in eingehender Weise über den den Delegirten zu theil gewordenen guten Empfang, über den Verlauf der Verhandlungen bei den einzelnen Punkten der reichhaltigen Tagesordnung, wobei er auf die vorzüglichen Referate der Genossen Fischer, Kautsky und Schippel hinwies und gab im weiteren seiner Befriedigung über die vom Parteitag gefaßten Beschlüsse Ausdruck.

Bohne bedauerte, daß die von den Parteigenossen des ersten Kreises beantragte Herausgabe eines Flugblatts nach Schluß jeder Session des Reichstages abgelehnt worden ist, und der weitere Antrag, nach welchem der Parteivorstand beauftragt werden sollte, über die Herausgabe eines Abendblattes neben dem „Vorwärts" mit den hierzu berufenen Parteigenossen Berathungen zu pflegen, nicht genügende Würdigung auf dem Parteitage fand. Bittner spricht sich in längeren Ausführungen in ähnlicher Weise aus und hält die Herausgabe einer Abendzeitung, die im stande ist, der Klatschpresse, die durch ihre Billigkeit und ihren lokalen Charakter leider noch vielfach in Arbeiterkreisen gelesen wird, Konkurrenz zu bieten, für sehr nothwendig. Die Sprache des „Vorwärts" sei für die Genossen zwar verständlich, aber für die breiten Bevölkerungsschichten, die wir erst zu uns heranbilden wollen, zu hoch. Auer erinnert daran, daß viele Klagen, die heute gegen den „Vorwärts" erhoben werden, schon gegen die „Berliner Freie Presse" seinerzeit geltend gemacht wurden, die nur ein Lokalorgan der Berliner Genossen und nicht wie der „Vorwärts" ein Zentralorgan war. Es wird eben niemals möglich sein, alle Wünsche, weil dieselben zu verschiedenartig sind, völlig zu befriedigen. Denn z. B. was für die Genossen in dem einen Vororte von Interesse ist, wird von den Genossen anderer Vororte gar nicht beachtet, und es ist daher ausgeschlossen, daß in einem Organ für die große Stadt Berlin und den sämmtlichen Vororten alles was gewünscht wird, gebracht werden kann. Ganz nebensächlich aber für den Inhalt ist es, ob der „Vorwärts" Zentralorgan oder nur das Lokalorgan für die Berliner Genossen ist. Dadurch, daß Berlin der Zentralpunkt des politischen Lebens für Deutschland ist, wird der Inhalt und die Schreibweise des „Vorwärts" bedingt. Das Berliner Partei-Organ wird niemals ein sozialdemokratischer „Lokalanzeiger" werden und kann infolgedessen nach dieser Richtung hin mit den Blättern dieser Art nicht in Konkurrenz treten. Allen möglichen Anforderungen, die gestellt werden auf unentgeltliche Abgabe von Agitationsbroschüren, Verbilligung der Parteiliteratur u. s. w. steht die Thatsache entgegen, daß zahlreiche Partei-Orte die Abführung der Gelder an die Parteikasse vergessen und demzufolge die Partei auf die Ueberschüsse aus den Parteigeschäften angewiesen ist. Wenn die Genossen in anderen Orten ihre Organe verbilligen und sich Verschiedenes leisten, sei unter diesen Umständen an die Herabsetzung des Abonnementspreises für den „Vorwärts" und das „Hamburger Echo" vorderhand nicht zu denken und sind die Berliner und Hamburger Genossen gezwungen, bis eine Aenderung auch hierin platz greift, den größten Theil der für die Partei nothwendigen Mittel aufzubringen. Täterow stimmt den Ausführungen Auer's im wesentlichen zu und betont dabei, daß der Antrag zunächst eine Anregung sein sollte, derselbe aber wohl realisirbar sei und von Genossen nach jeder Richtung hin genau auf seine Durchführung erörtert worden ist. Die Haltung des „Vorwärts" könne kaum eine andere sein, was auch von den Genossen anerkannt worden sei und deshalb mache sich die Schaffung eines Abendblattes nothwendig, in welchem der Indifferentismus der Massen, an die wir uns wenden müssen, mehr berücksichtigt werden kann. Gutmann ist der Meinung, daß die Agitation auch an anderer Stelle einzusetzen ist und der Versuch gemacht werden muß, durch die Schaffung eines geeigneten Blattes in weitere Kreise einzudringen. Der Redner beantragt sodann, den Antrag, die Herausgabe eines Abendblattes betreffend, der Preßkommission zu überweisen. Eingehend begründet und sehr warm empfohlen wurde der Antrag noch von dem Genossen Diehler, der auf die Neugründungen der verschiedenen Blätter hinweist und die Schaffung eines Organs, das den lokalen Bedürfnissen Rechnung tragen kann und durch populären Inhalt zur Agitation dient, für sehr nothwendig erachtet. Der Antrag, diese Angelegenheit der Preßkommission zu überweisen, wurde, nachdem Täterow dagegen gesprochen hatte, schließlich von der Versammlung abgelehnt. Mit einem Appell an die Versammelten, die Vertrauensmänner wie bisher recht thatkräftig zu unterstützen und auch für die Aufbringung der finanziellen Mittel für die Partei Sorge zu tragen, schloß hierauf Bohne die Versammlung.

Die Parteiversammlung für den **zweiten Wahlkreis**, die unter Vorsitz des Genossen Antrick tagte, nahm zunächst den Bericht des Vertrauensmannes entgegen. Genosse Werner gab darin eine Uebersicht über die Parteithätigkeit des Kreises im abgelaufenen Berichtsjahre. Die Stadtverordneten-Wahlen brachten, soweit der zweite Kreis in Frage kam, keine Erfolge; bei den Genossen zeigte sich auffällige Interesselosigkeit. Ueberhaupt ließ die Unterstützung, die der Vertrauensmann in seiner Thätigkeit bei den Genossen fand, manches zu wünschen übrig, ein Fehler, der hoffentlich jetzt beseitigt wird. Im Laufe des Jahres fanden 6 Parteiversammlungen und 26 Agitations-Versammlungen statt. Zurückgegangen ist leider der Verkauf von Parteibroschüren. Die Hauptthätigkeit der Partei galt den Reichstagswahlen. Im zweiten Wahlkreise fanden 14 Versammlungen statt; 6 Flugblätter in einer Gesammtauflage von 605 000, 218 000 Aufforderungen, zur Wahl zu erscheinen, und 47 000 Handzettel wurden vertheilt. Am Tage der Hauptwahl waren 924 Genossen in 132 Bezirken thätig, durchschnittlich also 7 Mann in jedem Bezirk, doch gab es einige wenige Bezirke, wo nur 2, 3 und 4 Mann aufgestellt waren. Zu dieser Schaar traten noch die Hilfskräfte, die nachmittags Schlepperdienste verrichteten. Der Wahlkreis ist verloren gegangen, aber wir können sagen, die nothwendigen Kräfte waren vorhanden und es ist gearbeitet worden. (Zustimmung.) Nach der Niederlage sind von verschiedenen Seiten Vorwürfe erhoben, die sich selbst widersprachen. Dem einen waren die Flugblätter nicht scharf genug, dem andern zu scharf, dem einen wurden zu wenig Flugblätter vertheilt, dem andern fanden wieder zu wenig Versammlungen statt. Wieder andere behaupteten, daß die Organisation nichts tauge. Zu ihnen hat sich leider auch Genosse Bebel gesellt, insofern als er in Stuttgart sagte, ihm hätten Leute, die im zweiten Wahlkreise für uns gestimmt haben, mitgetheilt, sie hätten weder Flugblätter noch Stimmzettel erhalten. Die Angaben, auf die sich Bebel stützt, sind durchaus irrig. Aehnliche Klagen sind an das Wahlkomitee gelangt, bei genauer Untersuchung der Fälle aber hat sich herausgestellt, daß eine ganze Reihe solcher Beschwerden auf Unwahrheit beruhten. Unser Sieg wurde uns im Jahre 1893 dadurch erleichtert, daß die Konservativen nicht wie diesmal mit den Freisinnigen Hand in Hand gingen, sondern sich bei der Stichwahl theils der Stimme enthielten, theils vereinzelt sogar für uns stimmten. Auch die Taktik der Gegner war diesmal sehr geschickt. Sie verhielten sich lange ganz still. Wir hatten schon drei Flugblätter verbreitet, unser Pulver sozusagen verschossen, und auf der Gegenseite regte sich nichts. Da kurz vor der Wahl wurde es mobil, und nun folgte Tag um Tag ein gegnerisches Flugblatt dem andern. Auch die Siegesgewißheit der Genossen war vom Uebel. Sonst tüchtige Männer, die auswärts arbeiteten, hielten es nicht für nöthig, am Wahltage in Berlin zu sein. Was kann nun in Zukunft geschehen, um den zweiten Kreis wieder zu erobern? Die äußerste Kraftentfaltung ist nothwendig, denn die Untersuchung der Wahllisten zeigt, daß die Gegner eine größere Reserve-Armee hinter sich haben als wir. Von 18 710 Wahlberechtigten, die in der Stichwahl nicht stimmten, ließ sich aus unseren Abstimmungslisten der Beruf feststellen. Darnach stehen 7635 Arbeitern etwa 11 075 Angehörige anderer Gesellschaftsschichten gegenüber, die von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben. So stimmten zum Beispiel nicht: 4198 Regierungsräthe, Geheimräthe, Offiziere q. D., Aerzte, Redakteure, Schriftsteller, Rechtsanwälte, Assessoren, Architekten, Ingenieure, Techniker, Chemiker, Apotheker, Photographen, Unternehmer; 2232 Beamte und Lehrer; 3662 Kaufleute. Viele Arbeiter sind zu dem thatsächlich verhindert, ihr Wahlrecht auszuüben, die Omnibus- und Pferdebahnkutscher und Kondukteure, die Bahnarbeiter 2c. So können wir nur durch unermüdliche Agitation siegen, und wenn die Wahl des Herrn Kreitling kassirt und wir im Frühjahr Neuwahl haben sollten, dann müssen sich dem Vertrauensmanne doppelt und dreimal soviel Genossen als bisher zur Verfügung stellen. (Zustimmung.) Redner giebt nunmehr die Abrechnung über das Sommerfest, das einen Ueberschuß von 177,40 M. ergeben hat; über die Reichstagswahl, bei der einer Einnahme von 5444,74 M. eine Ausgabe von 5157,94 M. gegenübersteht, so daß ein Ueberschuß von 286,80 M. verbleibt, und schließlich die gesammte Jahresabrechnung, die in Einnahme und Ausgabe mit 8715,08 M. bilanzirt. Die Abrechnung ist von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden. — An den Bericht knüpfte sich eine kurze Debatte. Willnitz hob hervor, daß die Genossen es bei der Reichstagswahl nicht an Eifer haben fehlen lassen. Noch immer trifft man aber auf Gegnerschaft unter den Frauen der Arbeiter. Hier muß die Agitation einsetzen. Richard Fischer: Es wäre überflüssig, wollten wir heute Abend uns Vorwürfe darüber machen, weil der zweite Wahlkreis verloren gegangen ist. Fassen wir lieber den Vorsatz, das nächste Mal alles zu thun, was in unsern Kräften steht, um die Scharte wieder auszuwetzen. (Zustimmung.) Werner hat Bebel's Aeußerung in Stuttgart zu tragisch genommen. Bebel lag es ganz fern, die Thätigkeit des Wahlkomitees und des Vertrauensmannes anzugreifen. Das geht aus dem Wortlaut seiner Ausführungen hervor. Aber wir müssen doch sagen, in der Organisation hat nicht alles so geklappt, wie wir wünschten, und am Wahltage hatten wir Schwierigkeiten bei der Besetzung der Wahllokale. Das ist natürlich kein Tadel gegen Werner und die, welche, wie er Tag und Nacht thätig waren, sondern gegen die, die sich um die Partei-Arbeiten nicht gekümmert haben. Seien wir also nicht so empfindlich und sorgen wir dafür, daß es besser wird. (Zustimmung.) Werner: Ich fühle mich nicht beleidigt, aber andere Genossen waren durch Bebel's Worte verletzt.

Damit schließt die Diskussion. Namens der Revisoren beantragt Ohnesorge die Entlastung für den Vertrauensmann; sie erfolgt einstimmig. Die Neuwahl des Vertrauensmannes und seines Stellvertreters hatte folgendes Resultat: Vorgeschlagen zum Vertrauensmann wurden Werner, Lankow, Dochow und Wolderski. Die drei letzten lehnten eine Wahl ab. Werner wurde mit allen gegen sieben Stimmen zum Vertrauensmann wiedergewählt. Für den Posten des Stellvertreters kamen in Vorschlag Glashagen, Lankow, Nicolai, Kitzing, Jacob und Arent. Die drei letzten lehnten ab. Auf Glashagen fielen 153, auf Lankow 73 und auf Nicolai 33 Stimmen. Glashagen ist somit als Stellvertreter gewählt.

Hierauf erstattete Ewald Bericht über die Thätigkeit der Preßkommission, der der Hamburger Parteitag einen erweiterten Wirkungskreis eingeräumt habe. Es sei das natürliche Bestreben der Kommission gewesen, die Rechte der Berliner Genossen zu wahren und zu erweitern. Ein Schritt auf diesem Wege sei der Antrag gewesen, der dem Stuttgarter Parteitage vorgelegen habe und der der Preßkommission das Recht verschaffen wollte, einen Vertreter auf die Parteitage aus ihrer Mitte zu entsenden. Einige Vorstandsmitglieder hatten erklärt, daß sie nichts gegen diesen Antrag einzuwenden hätten. Um so überraschender kam Auer's Widerspruch, der den Antrag zu Fall brachte. Aber nicht nur Auer spulte uns dabei in die Suppe, sondern auch die Delegirten des dritten und ein Theil der Vertreter des sechsten Wahlkreises. Die Berliner Genossen sind offenbar über die Tragweite des Antrages noch nicht genügend informirt. Er muß deshalb diskutirt und von neuem gestellt werden. (Beifall.) Nachdem Grohmann der Meinung Ausdruck gegeben hatte, daß der „Vorwärts" über das Genfer Attentat zu ausführlich berichtet habe, erstattete Wüstenhagen Bericht über die Thätigkeit der Lokalkommission. Dann wurde zur Wahl geschritten. In die Preßkommission wurden Ewald und Schrader entsandt. Pollack, Wolderski und Gaugert lehnten eine Wahl ab. In die Lokalkommission wurden Faller mit 162 und Max Behrend mit 126 Stimmen gewählt; auf Schwan fielen 46 Stimmen, auf Arent 29. Saß, Jakob, Wüstenhagen und Zwanzig lehnten eine Wahl ab.

Nunmehr erfolgte die Berichterstattung der Delegirten vom Stuttgarter Parteitag. Jakob schilderte den Empfang, der den Delegirten in Stuttgart geworden. Es war, als sei man nicht mehr in Preußen-Deutschland. Zwei kleine rothe Fahnen bezeichneten den Empfangsraum, der im Bahnhof selber von der Verwaltung zur Verfügung gestellt war. Am Gewerkschaftshause war der Balkon nach der Straße zu roth dekorirt. Außerordentlich sympathisch berührte uns die Aufnahme, die uns die Stuttgarter Genossen bereiteten. Herrlich war das Vorfest. Genossen, die schon oft an Parteitagen theilgenommen haben, erklärten, daß sie solchen Empfang noch nicht erlebt hatten. — Redner gab nun ein Bild von den Verhandlungen, soweit sie sich auf den Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes bezogen. Was den „Vorwärts" betrifft, so meinte Liebknecht zwar, daß sich auf die Dauer seine beiden Funktionen, Lokalblatt und Zentralorgan zu sein, nicht vereinigen ließen. Wir aber sind damit zufrieden, daß beide Funktionen mit einander verbunden sind. Gewiß haben wir Opfer dafür zu bringen, aber wir haben auch Vortheile davon. — Der zweite Delegirte Lankow schilderte eingehend die Verhandlungen des Parteitages über das Koalitionsrecht, die Landtagswahlen und den Bergarbeiterschutz. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In der unter dem Vorsitz von Dimmick tagenden, äußerst zahlreich besuchten Versammlung des **dritten Wahlkreises** erstattete zunächst der bisherige Vertrauensmann Fritz Bericht über das abgelaufene Jahr. Aus demselben geht u. a. hervor, daß allein während des Wahlkampfes im Kreise 34 Versammlungen stattfanden. Die Einnahmen betrugen 11 733,81 M., darunter 4440,26 M., die für die Wahl eingingen, die Ausgaben beliefen sich auf 11 595,60 M., wovon 3215,25 M. für die Zwecke der Wahl verwendet wurden. An diesen Bericht schloß sich eine lebhafte, mehrstündige Diskussion, die theils rein persönlicher Natur war, theils die verschiedenen, im Kreise vorhandenen Strömungen zum Ausdruck brachte. Thieme und Mahle warfen dem Vertrauensmann vor, daß er nicht alle Genossen, die dazu bereit waren, zur Arbeit herangezogen und daß er die Beschlüsse der Majorität nicht immer geachtet habe. Viele Genossen seien von ihm direkt vor den Kopf gestoßen worden. Mahle tadelte es namentlich, daß Fritz nichts dazu beigetragen habe, damit die von dem Genossen Heinze der Fraktion gegenüber abgegebenen Erklärungen weiteren Kreisen bekannt würden. Nachdem Fritz die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als unberechtigt zurückgewiesen hatte, richtete Metallarbeiter Cohen unter lebhaftem Widerspruch dieselben Angriffe von neuem gegen den bisherigen Vertrauensmann, worin er von Muschek unterstützt wurde. Auch Tschernig bezeichnete das Verhalten von Fritz im letzten halben Jahre als eines Vertrauensmannes unwürdig, während Hoch mit warmen Worten für Fritz eintrat, der stets die Majorität geachtet und seine Schuldigkeit in überaus reichem Maße gethan habe. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Vertrauensmann es allen recht mache. Nach weiterer unerheblicher Debatte, an der sich Wilhelm, Fritz, Pausch, Thieme und Schlegel betheiligten, wurde auf Antrag des Revisors Kräker dem Vertrauensmann Decharge ertheilt.

Bei der nun folgenden Neuwahl des Vertrauensmannes knüpfte sich eine längere Debatte an einen Antrag Fröhlich, in Zukunft zwei Vertrauensmänner zu wählen und die Wahl durch Stimmzettel zu vollziehen; der Antrag wurde abgelehnt. Vorgeschlagen wurden zum Vertrauensmann Fritz, Mahle, Wilhelm und Wagner. Die beiden letzteren verzichteten auf eine Wahl. Fritz erhielt 192, Mahle 78 Stimmen.

Hierauf erstattete Wartenberg den Bericht der Preßkommission. Seitens der Redaktion des „Vorwärts" und seitens des Parteivorstandes habe die Preßkommission stets großes Entgegenkommen gefunden. Auch an der Haltung des „Vorwärts" sei nicht viel auszusetzen gewesen, er habe namentlich während der Wahl sich in ganz ausgezeichneter Weise bewährt. Nach der Wahl sei er nicht mehr so frisch gewesen, und gelegentlich der Ermordung der Kaiserin Elisabeth habe er nach Art der bürgerlichen Blätter zu viel über die Leichenfeierlichkeiten u. drgl. gebracht. Der Zuwachs an neuen Abonnenten sei nicht ganz so groß gewesen, wie bei früheren Wahlen. Redner schloß mit einem Appell an die Genossen, darauf hinzuwirken, daß die sogenannte parteilose Presse aus Arbeiterkreisen verschwindet und daß die Genossen, die mit dem „Vorwärts" nicht zufrieden sind, sich in Zukunft vertrauensvoll an die Preßkommission wenden, nicht aber ihre Beschwerden ohne weiteres in öffentlichen Volksversammlungen anbringen mögen. Ahlbold beantragt, von der Wahl von Mitgliedern für die Preßkommission Abstand zu nehmen, da die Mitglieder dieser Kommission doch nur Puppen wären (Widerspruch); er habe diese Erfahrung als Vertrauensmann der Hausdiener machen müssen. Kräker glaubt, daß die Beschwerden über den „Vorwärts" nicht eher aufhören werden, als bis das Blatt reines Berliner Lokalblatt wird. Der Fall Stadthagen habe bewiesen, wie diejenigen heruntergemacht werden, die etwas sagen, was den Redakteuren nicht paßt. Auch sei es zu tadeln, daß der „Vorwärts" die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Bernstein und Kautsky der „Neuen Zeit" zuweist. Jeder Arbeiter könne sich doch diese Zeitschrift nicht halten, für solche Fragen müsse Raum im „Vorwärts" geschaffen werden. Millarg tadelt die Aufnahme von Anzeigen der Firma Tack u. Komp. Wilhelm fragt an, aus welchem Grunde die Vertreter des dritten Wahlkreises in der Preßkommission nicht für den Antrag eingetreten sind, daß ein Mitglied dieser Kommission das Recht der Delegation auf den Parteitag haben solle. Franc ist der Ansicht, daß der „Vorwärts" zu abhängig von dem Parteivorstande sei und daß er zu wenig bringe. Es empfehle sich, den Antrag Ahlbold anzunehmen. Schölzel vertheidigt die Preßkommission gegen die verschiedenen Angriffe. Den Antrag, betr. Entsendung eines Vertreters auf den Parteitag hätten die Vertreter des dritten Kreises deshalb nicht unterstützt, weil der Wahlkreis, nicht aber die Preßkommission über so wichtige Aenderungen zu entscheiden habe. Eine große Anzahl von Mitgliedern des dritten Kreises, mit denen er Rücksprache genommen habe, sei gegen diesen Antrag gewesen. Dr. Braun legt in längeren Ausführungen den Standpunkt der Redaktion des „Vorwärts" zu allen in der Debatte aufgeworfenen Fragen dar und weist ziffernmäßig nach, daß der „Vorwärts" seit der letzten Reichstagswahl um 4000 Abonnenten, seit dem ersten Quartal 1890 bis heute von 13 500 auf 52 000 Abonnenten gestiegen sei. Der Einfluß der Berliner Genossen auf das Zentralorgan sei in Wirklichkeit weit größer als der Einfluß irgend welcher Genossen in anderen Städten auf ihr Lokalblatt. Nach einigen weiteren Richtigstellungen von Wartenberg wird die Debatte geschlossen und nachdem der Antrag Ahlbold mit großer Mehrheit abgelehnt ist, zur Neuwahl von zwei Mitgliedern der Preßkommission geschritten.

Vorgeschlagen werden Wartenberg, Hinze, welche sich zur Annahme bereit erklären, Ahlbold, welcher ablehnt, und Franc, welcher die Erklärung abgiebt, er würde eine Wahl annehmen, obgleich er die Preßkommission nur für eine Schattenkommission hält. (Heiterkeit.) Es erhalten Stimmen: Wartenberg 120, Hinze 105, Franc 71. Die beiden erstgenannten sind damit gewählt.

Hierauf wird gegen 3/4 1 Uhr die Erledigung des Restes der Tagesordnung auf eine demnächst einzuberufende neue Versammlung vertagt.

Der vierte Wahlkreis hielt seine Versammlung in Stechert's Saal in der Andreasstraße ab. Zunächst wurde der Rechenschaftsbericht der Vertrauensleute erstattet. Vogt, welcher für Südost berichtete, hatte eine Einnahme von 20 281,52 M., eine Ausgabe von 19 296,97 M., darunter sind folgende Posten: An den Parteivorstand 9500 M., an die Brandenburger Agitationskommission 1250 M., für die Kommunalwahlen 575,65 M., für die Reichstagswahlen 2359,40 M., für die Agitation im Kreise 5609,87 M. Es ist ein Bestand von 984,55 M. vorhanden. Thielke berichtete für den Osten: Die Einnahme betrug 24 231,80 M., die Ausgabe 22 538,90 M., darunter: An den Parteivorstand 8700 M., an die Agitationskommission für Brandenburg 2041 M., für die Reichstagswahlen 3007 M., für die Kommunalwahlen 789,30 M. Es bleibt ein Bestand von 1690,90 M. Auf Antrag der Revisoren wurde den Vertrauensleuten ohne Debatte Decharge ertheilt.

Nachdem Wengels einen Bericht über die Zeitungsspedition des Ostens gegeben hatte, verzichtete die Versammlung auf einen Bericht des Spediteurs von Südost und ertheilte beiden Spediteuren Decharge.

Bei dem Bericht der Lokalkommission beklagte Jensch, daß die Lokalliste von den Genossen leider nicht immer beachtet

werde. Die Schuhmacher und die Schneider hätten in einem gesperrten Lokal in der Johannisstraße Versammlungen abgehalten, und hervorragende Parteigenossen, Reichstags-Abgeordnete und Angestellte des „Vorwärts“ hätten Bier in gesperrten Lokalen getrunken. Aus der Versammlung wurde die Nennung von Namen verlangt, darauf nannte Blume die Redakteure Rob. Schmidt und Dr. Braun, sowie den Reichstags-Abgeordneten Heine als solche Personen, die gegen die Lokalsperre verstoßen haben. Ein anderer Redner fügte noch die Namen Rich. Fischer und Pfannkuch hinzu. Pötzsch bemerkte hierzu, er wolle keinen Verstoß gegen die Lokalliste entschuldigen, aber Rob. Schmidt sei nur einmal in einem gesperrten Lokal gewesen, ohne zu wissen, daß es gesperrt ist. Der Dr. Braun gemachte Vorwurf beruhe auf einem Irrthum des betreffenden Genossen. Die anderen Personen seien, als sie aus einer Versammlung kamen, im Begriff gewesen, in den Altstädter Hof zu gehen, aber, auf ihr Versehen aufmerksam gemacht, wieder umgekehrt. Nachdem Kaiser die Nichtbeachtung der Lokalliste seitens bekannter Parteigenossen scharf verurtheilt hatte, beschloß die Versammlung, über diese Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen.

Die Resultate der Wahlen der Vertrauensleute, der Lokal- und Zeitungs-Kommission, sowie der Revisoren sind bereits gestern mitgetheilt. Die Wahl der Preß-Kommission wurde auf Antrag Ad. Hoffmann's bis nach dem Bericht vom Parteitage zurückgestellt, da dieselbe, wie der Antragsteller ausführte, beeinflußt werde von der Haltung des Parteitages zu den von Berlin zum Punkt Presse gestellten Anträgen.

Den Bericht vom Parteitage erstattete Voigt. Er bemerkte unter anderem, er habe nicht, wie in einem Artikel des „Vorwärts“ gesagt wurde, gegen die Doppelstellung des „Vorwärts“ als Zentral- und Lokalorgan gesprochen. Auch er sei der Meinung, daß das Bestehen eines besonderen Lokalorgans für Berlin nicht rathsam sei, aber er habe der Meinung Ausdruck gegeben und stehe auch noch auf dem Standpunkt, daß der „Vorwärts“, wenn er in weitere Kreise eindringen wolle, dem Wunsche der kleinen Geschäftsleute nach einem Handelstheil und dem Verlangen der Parteigenossen nach Verbilligung Rechnung tragen müsse. Adolf Hoffmann führte in der Diskussion aus: Es wäre vielleicht besser gewesen, der Parteitag hätte sich über die Solinger Angelegenheit deutlicher ausgesprochen, wie es geschehen. Er (Redner) habe über den Fall Solingen viel Material, was er sich für spätere Zeit aufheben werde. In der Landtagswahlfrage sei ja der Zankapfel in sehr geschickter Weise vorläufig aus der Welt geschafft. Daß sich der Parteitag später nicht mehr mit dieser Frage beschäftigen brauche, dafür würden unsere freisinnigen Gegner sorgen. Der Redner äußerte sich mißbilligend über die Ablehnung des Antrages, welcher eine Vertretung der Preßkommission auf dem Parteitage verlangt. Die Berliner Genossen dürften es sich nicht gefallen lassen, daß der Antrag in so billiger Weise abgelehnt worden sei. Die Versammlung müsse protestiren gegen die Art der Ablehnung und gegen die Ausführungen, die Auer zu dem Antrage gemacht hat. Pötzsch trat den Ausstellungen, die sowohl auf dem Parteitag, als bei anderen Gelegenheiten am „Vorwärts“ gemacht wurden, entgegen. Ob die Preßkommission auf dem Parteitage vertreten sei oder nicht, darauf komme es wohl weniger an. Die Berliner Preßkommission sei eine Institution, die nur den Berliner Parteigenossen verantwortlich sei, nicht der Gesammtpartei. Dieser gegenüber habe der Parteivorstand Rechenschaft abzulegen. Aus diesen Erwägungen heraus sei man seiner Meinung nach wohl zur Ablehnung des Antrages gekommen. Eine Benachtheiligung Berliner Interessen könne er darin aber nicht finden. Auch der von Voigt geäußerten Anschauung, es werde den Wünschen der Berliner Parteigenossen nicht genug Rechnung getragen, müsse er entgegentreten. Der lokale Theil des „Vorwärts“ sei mindestens so reichhaltig als der anderer Berliner Blätter. Der „Lokal-Anzeiger“ habe trotz seiner 8—10 Beilagen häufig genug lange nicht so viel redaktionellen Text, als der „Vorwärts“ bei 3 oder 4 Bogen, von der Qualität des Lesestoffes ganz abgesehen. Man müsse auch endlich unterlassen, den Genossen immer wieder vorzureden, daß sie nicht genug Einfluß auf die Haltung des „Vorwärts“ haben, wie es auch Genosse Hoffmann wieder versucht habe. Thatsächlich habe die Preßkommission alle Rechte und den Wünschen der Parteigenossen werde in jeder Hinsicht Rechnung getragen. Die Sache sei nur vielfach so, daß die Mitglieder der Kommission bei Beschwerden sich überzeugen, daß die Redaktion im Recht war, und das werde dann von Einzelnen als „Schwäche“ hingestellt. Diese fortgesetzten, zum größten Theil unberechtigten Angriffe könnten natürlich auch nicht dazu beitragen, den Abonnentenstand zu heben, noch die Arbeitslust der Redakteure zu vermehren. Kaiser meinte, es müsse irgend etwas geschehen, damit der „Vorwärts“ in weitere Kreise dringen und die bürgerlichen Blätter verdrängen könne. Ferner sprach der Redner gegen die beschlossene Gehaltserhöhung des Parteikassirers und eines Sekretärs. Unter Hinweis auf die vorgerückte Zeit und den schon stark geleerten Saal beantragte Erbe, jetzt die Mitglieder der Preßkommission zu wählen. Dem Antrage wurde stattgegeben, ein Antrag Ad. Hoffmann's, die Debatte in einer anderen Versammlung fortzusetzen, abgelehnt.

In die Preßkommission wurden gewählt: Paul Hoffmann für Südost und Adolf Hoffmann für Osten mit 80 Stimmen, gegen den bisherigen Vertreter Wilh. Schulz, der mit 77 Stimmen in der Minderheit blieb. Die Debatte über den Parteitag sollte jetzt fortgesetzt werden, da aber der größte Theil der noch Anwesenden sich entfernte, so schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Versammlung im **fünften Wahlkreise**, die im Schweizer-Garten am Königsthor stattfand, war nur schwach besucht. Zunächst erstattete der Vertrauensmann Richter den Bericht über das abgelaufene Jahr. Die Gesammteinnahmen in demselben betrugen 6092,01 M., die Gesammtausgaben 5973,49 M., so daß sich ein Bestand von 118,52 Mark ergiebt. Nach Ertheilung der Decharge werden zur Vertrauenspersonen für das kommende Jahr Wehls und Lang gewählt. Als Mitglied der Preßkommission verbreitet sich sodann Liepmann über deren Thätigkeit, sowie über Zweck und Ziel der Preßkommission im allgemeinen. Die Preßkommission sei, und zwar durchaus in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstande, von dem Prinzip ausgegangen, daß sie in allen Angelegenheiten des „Vorwärts“ mit zu beschließen und mit zu bestimmen habe. Die Berliner geben dem „Vorwärts“ allein das Relief, der gesammte Abonnentenzuwachs komme aus ihren Reihen, also habe der „Vorwärts“ auch durchaus dem Einfluß der Berliner Preßkommission zu unterliegen, was mit der Zeit auch immer mehr und mehr geschehe. Redner geht sodann auf die einzelnen Beschwerden ein, mit denen sich die Preßkommission zu beschäftigen gehabt hat. Als Norm habe da gegolten, daß die Preßkommission die erste Instanz sei; erst wenn sie die Sache fallen lasse, dürfe man sich an die Oeffentlichkeit wenden. Wer aber die Instanz umgehe, der handle wider das Parteiinteresse. Es werden sodann die Genossen Roth und Friedländer in die Preßkommission gewählt. Busse giebt hierauf den Bericht der Lokalkommission, berichtet u. a., daß der Saal des Handwerker-Vereins habe gesperrt werden müssen, weil man mit dem Oekonomen wegen der Kellnerfrage in Differenzen gerathen sei. Robert Schmidt ist nicht sehr erbaut über diese Sperre. Wir brauchen gerade im fünften Wahlkreise nothwendig einen größeren Saal, der mitten im Wahlkreise liegt. Da sollte man wegen derartiger Bedingungen sich einen Versammlungssaal nicht verscherzen. Gegen diese Ausführungen wenden sich mehrere Redner mit großer Heftigkeit, theilweise, weil sie offenbar den Redner mißverstanden hatten. Busse, Wegener und Roth wenden sich gegen jedwede Durchbrechung der Kellnerfrage, sonst verhindere man das Wachsthum der Kellner-Organisation. Schmidt erklärt, daß es auch ihm lieber sei, von organisirten Kellnern bedient zu werden; er müsse aber in dieser Form einen Zwang verurtheilen. Wer nicht freiwillig in die Organisation hineingeht, den können wir auch nicht brauchen, wenn er aus Geschäfts-Interesse kommt. Die Gewerkschaften können ja die Kellnerfrage bei jeder einzelnen Festlichkeit besonders zur Bedingung erheben; dadurch erreichen sie ihren Zweck, ohne die Abhaltung von Versammlungen zu gefährden. — Es wird hierauf den Mitgliedern der Lokalkommission Decharge ertheilt; neu gewählt werden Busse und Späth. Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Berichterstattung über den Stuttgarter Parteitag. Der Delegirte Sassenbach giebt in Kürze einen Ueberblick über die hauptsächlichsten Punkte, die dort zur Verhandlung gelangten. Er äußert sich im allgemeinen sehr zurückhaltend, da er der Diskussion nicht vorgreifen will. Zu den meisten Fragen hat sich der Parteitag durchaus einmüthig gezeigt, in der Frage der Maifeier, des Koalitionsrechts, des Bergarbeiterschutzes, des Zarenerlasses, der Arbeiterverfolgungen in Italien und Ungarn. In der Frage der Landtagswahl-Betheiligung hat der Parteitag das beschlossen, was er, wie die Sache einmal gediehen war, einzig und allein beschließen konnte; die Berliner Genossen scheinen das ja auch einzusehen, denn die von ihnen erwartete Rebellion ist gänzlich ausgeblieben. Die Diskussion über die Taktik hat ergeben, daß wir keineswegs, wie dies so oft behauptet wird, das Endziel in den Glasschrank stellen; aber man kann auch nicht verlangen, daß man es immer und ewig auf jedem Flugblatt besonders betone. Redner spricht sich dann noch über die Angriffe auf den „Vorwärts“ aus, der besser sei als sein Ruf. Es scheine ihm, als ob das Uebermaß in dem Eifer zu kritisiren, oft über das Berechtigte hinausgeht. Schließlich mache sich Redner den Ausspruch Auer's zu eigen, es mit ihm gnädig zu machen. (Heiterkeit.)

In der Diskussion verlangt Maaß von Sassenbach Aufschluß über dessen Stellung zu einigen Fragen; man müsse doch wissen, wie sich der Delegirte selbst zu diesen gestellt habe. Liepmann findet den Parteitag nach keiner Richtung hin zufriedenstellend. Die Opportunisten haben dem Parteitag den Stempel ihres Geistes aufgedrückt. Ueber die Maßen traurig sei es, daß die Berliner selbst in der wichtigen Frage, ob die Berliner Preßkommission für den Parteitag einen Vertreter stellen dürfe oder nicht, nicht einig gewesen seien. Weyl tritt ihm in längeren Ausführungen entgegen. Der ganze Parteitag sei darin einig gewesen, daß wir die Aufgabe haben, die wirthschaftliche und politische Macht zu erobern; nur über das Wie sei man verschiedener Meinung gewesen.

Robert Schmidt beschränkt sich wegen der vorgerückten Zeit auf ein paar Worte über die Taktik: Ich bin ganz und gar nicht der Meinung, daß der Parteitag einer possibilistischen Richtung gefolgt sei. Gerade die schärfere Tonart, d. h. nicht die Reden der Frau Zetkin, Luxemburg und Schoenlank, wohl aber die sachlichen Ausführungen Kautsky's haben den tiefsten Eindruck gemacht. Ich habe während der Wahl auch das Endziel wenig betont; denn das hat mit den Aufgaben des kommenden Reichstags — und um diese handelt es sich — weniger zu thun. Was wir in der Wahlagitation betont haben: die Versuche zur Beschränkung des Koalitionsrechts, zur Beschneidung des Wahlrechts, all das sind Dinge von hohem politischen Werth und agitatorischer Kraft, die auf dem Wege zum Endziel sehr wichtige Faktoren sind. Wir haben auch jetzt Wichtigeres zu thun, als uns über Opportunismus und Verwandtes zu streiten. Es gilt jetzt den Kampf gegen unsere Widersacher; triumphiren diese, kommt ein neues Ausnahmegesetz zu stande und die Gewerkschaftsbewegung wird niedergedrückt, dann wird der Anarchismus die Propaganda der That, auch in Deutschland Boden gewinnen. Und das kann kein wahrer Freund der Arbeiterbewegung wünschen.

Die weitere Debatte über diesen Punkt wird auf die nächste öffentliche Versammlung des fünften Wahlkreises vertagt.

Die Versammlung im **sechsten Wahlkreise** war der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend sehr gut besucht. Die Wahlen der Vertrauensleute und der Mitglieder der Preß- und Lokalkommission, deren Ergebniß wir ja gestern schon mitgetheilt haben, vollzogen sich sehr schnell und glatt. Zu einigen Erörterungen gab nur der von den Genossen Dornbusch und Leid erstattete Bericht über die Thätigkeit der Preßkommission Anlaß. Dornbusch hatte darauf hingewiesen, daß in der Frage der Landtagswahl-Betheiligung der „Vorwärts“ nicht ganz den Willen der Majorität unter den Berliner Parteigenossen zum Ausdruck gebracht habe. Der Grund für diese Erscheinung sei in dem doppelten Charakter des „Vorwärts“ als Zentralorgan und Lokalorgan zu suchen. Die Preßkommission habe aber ihr möglichstes gethan, den Standpunkt der Berliner Genossen besser zum Ausdruck zu bringen und werde in diesen Bemühungen nicht erlahmen. Auch die Frage der Verbilligung des „Vorwärts“ sei ernstlich geprüft worden. In anbetracht des Umstandes, daß der „Vorwärts“ wie die Presse überhaupt eine Haupteinnahmequelle der Partei sei, habe die Kommission beschlossen, von einer Verbilligung des „Vorwärts“ Abstand zu nehmen.

Leid schloß sich den Ausführungen seines Kollegen Dornbusch an. Er betonte nochmals, daß die Preßkommission mit dem „Vorwärts“ in der Landtagswahl-Frage selbstverständlich nicht einverstanden war und daß sie fortwährend darauf gedrungen habe, den 48 000 Berliner Abonnenten gegenüber den 4000 auswärtigen mehr Rechnung zu tragen.

In der Diskussion fragte Swienty, weshalb den Genossen des sechsten Wahlkreises in der Versammlung der Beschluß der Preßkommission verschwiegen worden sei, wonach beim Parteitage eine Vertretung der Preßkommission beantragt werden solle. Er sei zwar gegen den Antrag, aber es hätte sich gehört, daß die Genossen davon in Kenntniß gesetzt worden wären, wie es in allen übrigen Wahlkreisen auch geschehen sei. Leid erwiderte, daß er auf die Frage bei der Berichterstattung über die Parteitags-Verhandlungen noch eingehen werde. Er sei Gegner des Antrages und habe eine Besprechung in der Versammlung nicht für nöthig gehalten. Ernst meinte, der Antrag sei so wichtig und schwerwiegend gewesen, daß er nicht geeignet war, so kurzer Hand vor eine Volksversammlung gebracht zu werden. In den übrigen Kreisen habe man die Genossen damit überrumpelt, das habe der Vertrauensmann des sechsten Kreises nicht gewollt.

Nachdem alle Wahlen vorgenommen worden waren, erstattete Leid Bericht über die Verhandlungen des Parteitags. Er könne kurz sein, weil die Genossen ja die Berichte gelesen hätten. Aus dem Kassenbericht, der eine Gesammteinnahme von 321 000 M. aufweise, gehe erfreulicherweise hervor, daß die Berliner Genossen ihre Schuldigkeit gethan haben. Sie partizipirten nicht nur am Ueberschuß des „Vorwärts“ mit 53 000 M., sondern hätten auch noch 70 000 M. extra aufgebracht. Da die übrige Parteipresse etwa 70000 M. Ueberschüsse geliefert habe, so seien im ganzen übrigen Deutschland, Hamburg mit eingeschlossen, nur 121 000 M. aufgebracht worden. Bei den von Berlin abgelieferten 70 000 M. sei der sechste Kreis mit 27 000 M. betheiligt. Die Diskussion über den Bericht der Parteileitung habe sich zu einer Diskussion über die Taktik der Partei ausgesponnen. Wenn es den Anschein gehabt habe, als neige die Taktik der Partei mehr nach rechts und lege ihr Schwergewicht auf die praktische Thätigkeit, so könne er mit Genugthuung konstatiren, daß der Parteitag gesagt habe, wir sind wohl praktische Leute, aber wir sind in erster Linie Sozialdemokraten und dürfen nie vergessen, daß wir weiter wollen zu unserem Ziele der Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus. Die Kompensations-Politik Heine's habe in Stuttgart gründliches Fiasko gemacht. Die Sozialdemokratie sei keine Reformpartei und werde niemals Peus folgen, der den ersten Theil des Programms streichen wollte. Wenn Bernstein mit seinem Satze: Die Bewegung sei ihm alles, das Ziel nichts — Recht hätte, dann könnte sich die Partei mit ihrem Programm zum Teufel scheeren. Aber auch Bernstein, der Deutschland mit englischer Brille ansehe, habe Fiasko gemacht. Sei auch keine Resolution angenommen worden, so bekundete der Parteitag doch mit den glänzenden Ausführungen Kautsky's sein Einverständniß. Eine Enttäuschung habe die Behandlung der Landtagswahl-Frage gebracht. Zu stürmischen Debatten sei es nicht gekommen, man habe eine Resolution angenommen, die möglichst wenig besagt und zu nichts verpflichtet. Da die Resolution auch den Standpunkt Berlins anerkenne, hätten auch die Berliner Delegirten dafür gestimmt, ohne natürlich ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen die Betheiligung aufzugeben. Redner ging schließlich auf einige Anträge ein.

In der Diskussion nahm zunächst Swienty das Wort. Die wichtigste Frage, die der Parteitag verhandelt, sei zweifellos die Frage der Taktik gewesen. Er könne aber der Genugthuung Leid's über das Ergebniß der Verhandlungen nur bedingt zustimmen. Die Debatte sei doch vielfach von dem falschen Gesichtspunkt geführt worden, wie fangen wir am meisten Stimmen. Nicht darum aber handelt es sich, sondern die Frage müsse lauten: Wie bringen wir die rein sozialistischen Ideen in immer größere Kreise, wie gewinnen wir möglichst viel überzeugte Sozialdemokraten? Wir dürfen uns auch nicht damit begnügen, daß schließlich Kautsky die Majorität auf seiner Seite hatte, sondern müssen dahin wirken, daß diese Ansichten auch in die Wirklichkeit übersetzt werden und da thut es gerade in Berlin am meisten noth. Unser Hauptmachtmittel ist die Presse. Man hat den „Vorwärts“ gelobt und getadelt. Ich meine, er ist gut und ist schlecht, er vergißt den sozialistischen Standpunkt immer und immer zu wiederholen. In dem letzten, unter dem Pseudonym Gr. veröffentlichten Artikel, wird die grundfalsche Ansicht ausgesprochen, daß die besser bezahlten Arbeiter mehr zu praktischer Politik, die elend bezahlten aber mehr zur radikalen Politik neigen. Von dieser Auffassung ausgehend schreibt oft der „Vorwärts“. Diese Theorie trifft aber auf die gewiß besser bezahlten Berliner Arbeiter gar nicht zu. Der „Vorwärts“ muß es sich angelegen sein lassen, die Arbeiter mehr wie bisher für die spezifisch sozialistischen Lehren zu erziehen. Augustin meint, das gerade Gegentheil von dem, was Swienty aus den Verhandlungen des Parteitages herausgehört habe, sei der Fall gewesen. Kein einziger Delegirter habe dem Stimmenfang das Wort geredet, jeder Einzelne sei dafür eingetreten, die Prinzipien der Partei scharf zur Geltung zu bringen. Kiesel ist der Meinung, daß Swienty nur bedingt recht habe. Im allgemeinen habe auch er den Eindruck gehabt, man wolle das sozialistische Grundprinzip in der Diskussion scharf hervorkehren.

Damit war die Diskussion erschöpft. Der Vorsitzende Freithaler schloß die Versammlung mit einem Appell, alle persönlichen Differenzen bei seite zu lassen und einige und feste Reihen zu schließen. Er brachte ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie aus, in das die Versammelten begeistert einstimmten.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 20. Oktober.

Die Sitzung wird vom Vorsteher Dr. Langerhans nach 5½ Uhr eröffnet.

Von der Theilnahme an den Sitzungen ist für die nächsten fünf Monate ferngehalten Stadtv. Stadthagen.

In den Ausschuß zur Vorberathung der Vorlage wegen anderweitiger Wahl eines in die Schuldeputation an stelle des nicht bestätigten Stadtv. Singer sind u. a. die Stadtvv. Singer und Vogtherr delegirt.

Es werden gewählt:

in den Petitionsausschuß Stadtv. Mommsen mit 63 Stimmen gegen Stadtv. Ullstein (37 St.);

in die Grundeigenthums-Deputation Stadtv. Baumann mit 50 Stimmen gegen Stadtvv. Rosenow (39) und Zylicz (10);

in die Deputation für Kunstzwecke Stadtv. Cremer mit 63 gegen Stadtv. Fr. Goldschmidt mit 35 Stimmen;

in das Kuratorium der Oppermann-Stiftung Stadtv. Schmeißer mit 53 gegen Stadtv. Ladewig mit 50 Stimmen.

in das Kuratorium für hypothekarische Beleihung von Grundstücken aus Stiftungsfonds Stadtv. Förster mit 62 Stimmen gegen Stadtv. Homann (39) und Stadtv. Wilke (1).

Am 5. Oktober cr. haben die Stadtvv. Perls und Genossen folgenden Antrag eingebracht:

> Den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob nunmehr genügende Miethsräume für Gemeinde-Schulzwecke im Nordosten und Osten beschafft sind, und ob auch ferner noch in diesen Stadttheilen einzelne Schulen fliegende Klassen haben werden und wie viele.

Stadtv. Perls beruft sich für die Begründung des Antrags auf lebhafte Klagen über die mangelhafte Beschaffenheit der vorhandenen Schulräume und den völligen Mangel an ausreichenden neuen Schulgebäuden in diesen Stadttheilen. Eine jener Miethsschulen, die 218., heiße im Volksmunde spöttisch allgemein die „Luglochhöhle“. Die Beschleunigung der dort geplanten Neubauten sei aus unbekannten Gründen verzögert worden; die Ausführung thue dringend noth.

Stadtschulrath Bertram sucht durch eine Reihe von Zahlen darzuthun, daß seit 1873 der Zuwachs an Schulkindern in Berlin periodenweise in stärkerer Progression zugenommen habe, als der Bevölkerungszuwachs als solche. Die Schulverwaltung könne also nie genau wissen, wieviel Schüler sie in dem folgenden Jahre unterzubringen haben werde. Für die kommenden Jahre bis 1902 werde der Zuwachs im Vergleich zum laufenden Jahre sich etwas herabmindern, von da ab wieder steigern. Diese Unbestimmtheit erschwere es für die Schulverwaltung aufs höchste, den Erfordernissen jeweilig genau zu entsprechen. Die Schwierigkeit werde noch vermehrt durch die Nothwendigkeit, die Frequenz der Klassen zu vermindern, durch die Nothwendigkeit der Errichtung von Nebenklassen für Zurückgebliebene. Jetzt sei die Noth in Moabit größer als selbst in den Stadttheilen, die der Antrag im Auge habe. Miethsschulen würden immer schwerer zu beschaffen. In der Elbinger- und Grünthalerstraße habe die Verwaltung Privateigenthümer veranlaßt, Schulhäuser zu bauen, welche dann von der Verwaltung miethsweise übernommen werden. An dem Mißstande der fliegenden Klassen lasse sich zur Zeit nichts ändern; für die Kosten des Baues von Reservekassen werde die Versammlung doch nicht zu haben sein.

Stadtv. Max Schulz: Die angeführten Zahlen können an den trüben thatsächlichen Erfahrungen im Osten und Nordosten nichts ändern. Durch die Ausführung des Radialsystems XI ist die Gegend vor dem Schönhauser bis zum Frankfurter Thor in ihren äußeren Theilen sehr rasch der Bebauung erschlossen und stark bevölkert worden, eine beispiellose Schulnoth herrscht dort und zwar in einem Grade, daß ihr auch fünf neue Schulen auf einmal nicht abhelfen würden. Man solle sich doch um diese thatsächlichen Verhältnisse am grünen Tische mehr bekümmern.

Stadtschulrath Bertram entgegnet, daß für die thatsächliche Lage in den betr. Bezirken auch am grünen Tische das Verständniß vorhanden sei.

Die Angelegenheit ist damit erledigt.

Das Offizierkorps der Feuerwehr soll mit Beginn des Etatsjahres 1899/1900 um drei Brandmeister verstärkt werden. Behufs sofortiger Annahme und Ausbildung von drei Hilfskräften beantragt der Magistrat für das laufende Jahr 3000 M. a conto des Extra-Ordinariums des Feuerwehr-Etats zu bewilligen.

Die Versammlung giebt ohne Debatte den Magistratsvorschlägen ihre Zustimmung.

Für Gemeindeschulzwecke will der Magistrat von der Terraingesellschaft an der Schlesischen Brücke eine am Görlitzer Ufer 11—13 belegene 5037 Quadratmeter große Parzelle für 62 M. pro Quadratmeter behufs Errichtung einer Gemeindedoppelschule erwerben.

Stadtv. Friederici befürwortet die Genehmigung und regt die Neudotirung des erschöpften Grundstückserwerbungsfonds an.

Kämmerer Maaß giebt eine Erklärung in diesem Sinne ab.

Die Vorlage wird angenommen.

Die von den Grundstücken Kommandantenstr. 12—14 zur Straßenverbreiterung bestimmten Flächen sollen, da die Forderungen der Eigenthümer als zu hoch erscheinen, im Wege der Enteignung erworben werden. Die Forderung des Besitzers des Grundstücks Nr. 12/13 von 85 000 M. ist inzwischen auf 60 000 M. ermäßigt worden.

Auf Antrag Rosenow geht die Vorlage an einen Ausschuß.

Ebenso wie dem Teltower Kreishause in der Viktoriastraße soll auch den Besitzern des Eckhauses der Viktoriastraße an der Königin Augustastraße aus Anlaß der Anrampungen der

Potsdamer Brücke eine Entschädigung und zwar pauschaliter 18 000 M. gewährt werden.

Die Vorlage wird auf Antrag Kalisch dem für die analoge Angelegenheit bezüglich des Kreishauses schon bestehenden Ausschusse überwiesen.

Zu der Vorlage, welche eine redaktionelle Korrektur der Besoldungsordnung für das Lehrpersonal an den städtischen Schulen hinsichtlich der Taubstummen- und der Blindenschule bezweckt, hat der niedergesetzte Ausschuß beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, den Magistrat noch um eine weitere Aenderung jener Beschlüsse dahin zu ersuchen, daß jeder Unterschied zwischen seminaristisch und akademisch gebildeten Lehrern an den höheren Mädchenschulen bezüglich der Anrechnung der Dienstzeit nach der definitiven Anstellung beseitigt wird.

Stadtv. Dr. Preuß referirt für den Ausschußantrag und empfiehlt dessen Annahme.

Stadtschulrath Fürstenau bekämpft denselben in langer Ausführung. Es handle sich übrigens nur um 26 derartige Stellen.

Stadtv. Singer: Aus diesen Ausführungen wird die Versammlung schon entnommen haben, daß der Antrag des Ausschusses in der vorliegenden Form einfach ein Schlag ins Wasser ist. Wenn der Ausschuß trotz dieser jedenfalls auch ihm vorgetragenen Darlegungen bei seiner Auffassung stehen blieb, so ist er jedenfalls von der Berechtigung der Forderung der Fachkreise überzeugt gewesen. Diese Forderung kann schon ihrer finanziellen Tragweite nach kaum eine so lebhafte und energische Bekämpfung herausfordern, wie sie vom Magistratsvertreter erfahren hat. Die Herren verlangen blos Gleichstellung, sie wollen durch die neue Ordnung keinen Schaden erleiden, das sind billige Wünsche, und die Gründe für den Ausschußantrag hat der Schulrath nicht widerlegt. Was ich aber bedauere, ist die Form des Ausschußantrages. Der Magistratsantrag soll angenommen und daneben der Magistrat um eine Vorlage im Sinne der Wünsche des Ausschusses ersucht werden. Was aus dem letzteren Ersuchen werden wird, wenn Sie so beschließen, hat Ihnen der Schulrath eben recht deutlich gesagt. Eine solche Beschlußfassung entspricht auch nicht der Stellung der Versammlung. Es ist nun einmal nicht anders, als daß die beiden städtischen Körperschaften ihre Macht gegenseitig in Anwendung bringen, um etwas als richtig Erkanntes durchzusetzen. Wollten wir uns darauf verlassen, daß in allen solchen Fragen zwischen beiden Einmüthigkeit eintritt, dann wird thatsächlich der Magistrat niemals etwas anzunehmen brauchen, was ihm nicht paßt, wenn es die Versammlung auch noch so sehr als richtig und zweckmäßig erkannt hat. Das haben wir in einer Reihe von Fällen erlebt, und die Versammlung hat es in der Hand, nach dieser Richtung einmal Schicht zu machen. Nähme die Versammlung die Vorlage an mit der Maßgabe, daß der Magistrat der Forderung des Ausschusses entspricht, stellte er dies also als Bedingung der Annahme der Vorlage auf, so hätte ja freilich der Magistrat das Recht der Ablehnung, dann bliebe aber die alte Ordnung mit dem vom Magistrat anerkannten Mangel bestehen. Wäre das ein Unglück gewesen? Wenn man die Sache wieder ins Belieben des Magistrats stellt, begiebt sich die Versammlung ohne Grund eines Rechtes. Ich würde den Antrag meinerseits so formuliren, wenn das nicht ganz aussichtslos wäre. Es soll ein „formales" Bedenken sein, einen Gemeindebeschluß einseitig aufheben zu wollen. Aber das will die Versammlung auch garnicht; die Anknüpfung dieser Forderung als Bedingung an den Magistratsantrag ist etwas ganz loyales und keine Beschränkung der Rechte des Magistrats, aber der einzige Weg, die Anschauungen der Versammlung in dieser Schulfrage zum Ausdruck zu bringen. Denn es muß immer wieder betont werden: einen sterileren Boden als in bezug auf die Ordnung dieser Gehaltsfragen habe ich in den langen Jahren meiner Zugehörigkeit zur Versammlung beim Magistrat nicht gefunden. Jetzt wird gar um 6000 M. gemarktet. Den zweiten Antrag halte ich für gegenstandslos und stimme jetzt dagegen.

Stadtv. Mommsen freut sich über die letzte Erklärung. Es handle sich nicht um die Wünsche der Fachkreise, sondern blos um fünf bis sechs Herren. Von einer sachlichen Begründung des Ausschußantrages habe man nichts vernommen. Gegen denselben müsse aber prinzipiell geltend gemacht werden, daß man nicht jetzt schon an dem System der neuen Ordnung rütteln dürfe.

Stadtv. Cassel tritt dem Vorredner und dem Stadt-Schulrath entgegen und plädirt für den materiell sehr berechtigten Beschluß des Ausschusses. Der Magistrat werde sicherlich dem Wunsche der Versammlung nachkommen (Heiterkeit und Widerspruch).

Nachdem noch der Stadtv. Mommsen und schließlich auch Stadtv. Schwalbe gegen den Ausschußantrag gesprochen, wird die Vorlage angenommen, der zweite Ausschußantrag aber abgelehnt.

Mit der Annahme der für die Ausbreitung und Ausgestaltung von Volksbibliotheken in Berlin bestimmten Zuwendung des verstorbenen Stadtv. Prof. Dr. J. A. Leo hat sich der niedergesetzte Ausschuß einstimmig einverstanden erklärt.

Die Versammlung genehmigt die Annahme der Zuwendung.

Zu den Vorschlägen des Magistrats hinsichtlich der Höhe der Beträge, welche nach Aufhebung der Kautionspflicht den Gemeindebeamten bezw. -bediensteten auf einmal anvertraut werden können, giebt die Versammlung ihre Zustimmung.

Schluß 8 Uhr.

* * *

Die Stadtverordneten Perls und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, weshalb er den Beschluß der Versammlung vom 26. Mai d. J.: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch Verhandlungen mit dem Polizeipräsidium darauf hinzuwirken, daß a) eine Reform der Bestimmungen, betreffend die Ausübung der Sittenpolizei, erfolgt, b) Vorkehrungen getroffen werden, um Mißgriffe und Ausschreitungen von Exekutivbeamten bei Verhaftungen und Festnahmen zu verhindern," bisher noch nicht ausgeführt hat.

Lokales.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

Die Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Wahlkreises werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag Abend 6½ Uhr bei Zubeil, Lindenstr. 106, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen stattfindet, in welcher Genosse Dupont einen Vortrag halten wird.

Die Wohlthätigkeits-Vereine erwachen allmälig aus ihrem Sommerschlaf und beginnen sich wieder zu regen. Der Sommer ist vorbei, der Herbst ist da, der Winter naht: nun gilt es, das Häuflein der Wohlthäter und Wohlthäterinnen, das durch das sommerliche Reisefieber nach allen Himmelsrichtungen auseinandergesprengt wurde, wieder zusammenzutrommeln zu fröhlichen Wohlthätigkeits-Bazaren, Wohlthätigkeits-Konzerten und Wohlthätigkeits-Bällen. Als erster ist diesmal der „Frauenverein der Gustav-Adolf-Stiftung" auf dem Plan erschienen, als zweiter folgt ihm auf dem Fuße der „Verein zur Speisung armer Kinder und Nothleidender". Beide kündigen ihre Bazare an, der eine für Ende Oktober, der andere für Anfang November, und bitten um Spenden und zahlreichen Besuch. Andere Vereine werden bald mit ähnlichen Veranstaltungen folgen und voraussichtlich werden auch wieder die bekannten Wohlthätigkeitsfeste, auf denen man zum besten der Armen so vortrefflich ißt und trinkt und sich so großartig amüsirt, nicht ausbleiben. Manche dieser Feste nehmen sich geradezu wie eine Verhöhnung des Elends aus. Trotzdem müssen, so lange das Proletariat unter dem härtesten wirthschaftlichen Druck seufzt und Staat und Gemeinde nicht helfend eingreifen, die Armen und Elenden schließlich noch froh darüber sein, daß die besitzende Klasse das Elend des Proletariats zum Vorwand für ihre Vergnügungen nimmt.

Es ist bekanntlich nichts zu dumm, es findet doch sein Publikum. So geht es auch mit einer Notiz, die von hiesigen Blättern mit einem gewissen Behagen ihren Lesern vorgeführt wird. Darin heißt es, daß jetzt überall über Mangel an Arbeitskräften, besonders aber von Unternehmern von Erdarbeiten, geklagt werde, daß auch die Entlassung der Reservisten diesen Arbeitermangel nicht beseitigt habe, daß bei dem städtischen Arbeitsamte in Charlottenburg die Nachfrage nach Arbeitern das Angebot von solchen weit übersteige. Im Gegensatze hierzu wird darauf hingewiesen, daß im städtischen Obdach im Monat September 12 397 Männer genächtigt hätten, und daß von diesen 58 an Heilanstalten und 267 der Polizei überwiesen worden seien, und hieraus die hämische Schlußfolgerung gezogen, daß die übrigen gesund und arbeitsfähig, aber nicht arbeitslustig seien. Nach der Meinung dieser satten Moralisten gehen die unglücklichen Obdachlosen aus reinem Vergnügen ins Obdach! Wie wenig zutreffend dies ist, bedarf hier keiner besonderen Ausführung. Weshalb es geschieht, liegt weniger daran, daß sie nicht arbeiten wollen, sondern nicht arbeiten können. Denn erstens sind die Obdachlosen naturgemäß entkräftet, daher nicht gesund und zu schwerer Arbeit, wie Erdarbeit untauglich. Zweitens befinden sie sich ebenso naturgemäß zumeist in einem solchen äußeren Zustande, daß sie überhaupt kein Mensch in Arbeit nimmt. Dabei ist nicht zu übersehen, daß unter den Besuchern des Asyls sich genug Personen befinden, die tagsüber ihrem Erwerbe nachgehen als Klamottenkutscher, Drahtbinder, Schirmreparateure 2c., dabei aber ständig obdachlos sind, weil sie nicht so viel verdienen, sich eine feste Wohnstätte zu schaffen. Fast jede nächtliche polizeiliche Streife erbringt offenkundige Beweise dafür. Die Absicht, die mit dieser albernen Notiz verbunden ist, ist zwar außerordentlich dumm, aber — sie findet, wie gesagt, doch ihr Publikum, allerdings nur in Gesellschaftskreisen, die des Lebens Noth nicht kennen.

Das erste Glatteis in diesem Winter hat sich gestern früh in Berlin und Umgegend unangenehm bemerkbar gemacht. Stundenlang anhaltender Hagelfall, untermengt mit leichten Regenschauern, machte in den ersten Morgenstunden die Straßen fast unpassirbar. Die Hagelkörner froren auf dem Straßenpflaster zusammen und überzogen Bürgersteig und Fahrdamm mit einer Eisschicht. Straßenbahn- und Fußgängerverkehr konnten in der achten Morgenstunde nur mit Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden. Ganz besonders im Pferdebahnverkehr entstanden fortgesetzte Störungen, die für die nach den Geschäften und Bureaus eilenden Leute Verspätungen zur Folge hatten.

Mit vier Zusammenstößen und etwa 50 Minuten Verspätung im Gesammtbetrieb endete am Mittwoch das elektrische Debut auf der Ringbahn. Gleich der erste Wagen, der in den Verkehr eingestellt wurde, hatte einen Zusammenstoß mit einem Lastwagen. Im ganzen kamen bei den vier Karambolagen ein Motorwagen, ein Möbelwagen und ein mit Rutzholz beladenes Fuhrwerk leicht zu Schaden. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Die Verspätungen wurden theils durch die Unsicherheit der Wagenführer, theils dadurch, daß die Akkumulatorenwagen noch nicht ordnungsgemäß ausgerüstet sind, herbeigeführt.

Die Fahrzeit der ganzen Strecke der Ringbahnlinie ist von 90 resp. 84 Minuten in den Vor- und Nachmittagsstunden auf 72 Minuten herabgesetzt worden. Der Verkehr auf dem Gesammtring wird durch acht Akkumulatorenwagen nach jeder Richtung, der Verkehr auf dem östlichen Ring durch 22 Motorwagen nach beiden Richtungen aufrecht erhalten. Der Betrieb mit Anhängewagen ist für die Ringbahn bisher nicht freigegeben.

Der Raubmörder Wegener ist, wie aus Papenburg berichtet wird, in Salzbergen von der Polizei ergriffen worden, als er nach Holland reisen wollte. Nähere Meldungen fehlen noch.

Miltzrey, der Zuchthausgenosse des Raubmörders Wegener, bei dem Uhr und Kette der ermordeten Kaiser aufgefunden wurden, und bei dem Wegener kurz vor und nach dem Morde sich aufhielt, wird zur Aburtheilung nach Berlin gebracht werden. Zunächst wird die Voruntersuchung wegen Hehlerei gegen ihn eröffnet werden, da er bei seiner Kenntniß der Wegener'schen Vergangenheit wissen mußte, daß jene Gegenstände auf unredliche Weise erworben seien. Ob er mit dem Morde in Zusammenhang gebracht werden kann, muß die Untersuchung erst ergeben. Thatsache ist aber, daß er versucht hat, die ihm von Wegener übergebenen Gegenstände zu verkaufen.

Straßensperrung. Die Nikolai-Kirchgasse, welche demnächst dauernd dem Verkehr entzogen werden soll, wird bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Behufs Umpflasterung tritt vom 20. d. M. ab eine gleiche Sperrung für die Spitzerstraße vom Norduser bis zur Seestraße ein.

Ueber die eigentlichen Motive zum Selbstmorde des Oberfaktors Grünenthal gehen uns von dem Verstorbenen nahestehender Seite folgende Mittheilungen zu: Grünenthal hatte sich der Hoffnung hingegeben, daß er nach der ersten Anklage der Staatsanwaltschaft mit einer Strafe von höchstens 5 Jahren Gefängniß davonkommen werde und daß, da nach seiner Auffassung die Zivilklage der Reichsbank auf 240 000 M. beschränkt bleiben müsse, er nach Verbüßung seiner Strafe noch immer ein ganz ansehnliches Vermögen besitzen werde. Da wurde plötzlich von der Reichsbank ein gefälschter Schein angehalten, der nach Auffassung der Behörden ebenfalls Grünenthal'sches Machwerk war. Der bereits festgesetzte Verhandlungstermin wurde aufgehoben und eine Nachtragsanklage der Untersuchungsbehörde eingereicht. Danach vergrößerte die Reichsbank die Summe ihres muthmaßlich entstandenen Verlustes auf 494 000 M. und Grünenthal wurde nunmehr angeklagt, die Scheine in dieser Höhe entwendet und gefälscht zu haben. Als G. die neue Klage mitgetheilt wurde, gerieth er in große Aufregung, umsomehr, als er sich sagte, daß seine Behauptungen bezüglich der Höhe des gestohlenen Betrages bei Gericht nicht Glauben finden würden und daß das Strafmaß nach der Nachtragsklage sich wesentlich verschärfen würde. Diesbezügliche Angaben machte er auch seiner Umgebung, welcher er die Befürchtung aussprach, daß er dereinst völlig gebrochen und arbeitsunfähig als Bettler aus dem Zuchthause entlassen werden würde, wenn sein Tod nicht vorher eintraf.

Der Oberfaktor Grünenthal ist gestern Nachmittag um 2 Uhr von dem Untersuchungsgefängniß aus beerdigt worden, aber nicht, wie seine Gattin beabsichtigt hatte, auf dem Werder'schen Friedhofe an der Bergmannstraße, sondern auf dem Friedhofe des Untersuchungsgefängnisses in Plötzensee.

In der Gastwirthschaft „Zum groben Gottlieb", Grenadierstraße 6, hat der Wirth Janschkow am Eingange zum zweiten Zimmer folgenden Anschlag gemacht: „Alle polizeilich verbotenen Hazard- und Glücksspiele sind in meinem Lokale streng untersagt." Die Polizei aber schien dennoch dem Lokal nicht recht zu trauen. Am Mittwoch Nachmittag stattete ihm Lieutenant Schmidt vom 16. Revier mit 8 Schutzmännern und 2 Kriminalbeamten einen Besuch ab und nahm 17 Gäste wegen Spielens mit auf die Wache.

Ein Einbruch wurde in der gestrigen Nacht in dem in der Niederwallstraße belegenen Lokale der Berliner Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft verübt. Es ist bei der Gesellschaft Brauch, daß deren Oberinspektor jeden Abend die in der Stadt zerstreut liegenden Filialen der Gesellschaft aufsucht, um die Tageslosungen einzuziehen. Da dies zwei Abende hintereinander unterlassen worden war, so machten sich Einbrecher diese günstige Gelegenheit zu Nutze, drangen durch die nicht verschlossene Ladenthür in das Geschäft ein, erbrachen die Kasse und raubten deren etwa 700 M. betragenden Inhalt. Da der Hausdiener des Lokals, in dessen Händen sich die Geschäftsschlüssel befanden, es unterlassen hatte, die Ladenthür abzuschließen, so wurde er, als der Mitthäterschaft verdächtig, in Haft genommen. Er giebt zu seiner Entlastung an, daß er sinnlos betrunken gewesen sei und deshalb vergessen habe, die Thür zu schließen. Als muthmaßlichen Komplicen des Hausdieners verfolgt man einen in Verbrecherkreisen unter dem Namen „Bäcker-Erwin" bekannten Mundholz, der auch schon früherer Strafthaten wegen von der Polizei gesucht wird. Er gründete vor längerer Zeit in Gemeinschaft mit seinem Bruder in der Reichenbergerstraße ein Tuchgeschäft, wobei das Paar verschiedene Betrügereien verübte. Während es dann dem Bruder gelang, nach Amerika zu entkommen, wußte sich Erwin in Berlin unfindbar zu machen.

Auf der Straße tödtlich verunglückt ist Mittwoch Abend gegen 9 Uhr unter eigenartigen Umständen der 12jährige Knabe Richard Dorn, dessen Eltern in der Pappel-Allee wohnen. Der Kleine, der in einem Tabaks-Engrosgeschäft in der Neuen Schönhauserstr. 14 als Wagenbegleiter angestellt war, verließ zur genannten Zeit den Hof des betreffenden Grundstücks, lief auf den Straßendamm und blieb direkt vor einem herankommenden Pferdebahnwagen der Linie Rixdorf—Pappel-Allee stehen. Wiewohl der Kutscher den Tramway sofort bremste, konnte er doch nicht verhindern, daß der Kleine von den Pferden des schon langsam fahrenden Wagens zu Boden gerissen wurde. In diesem Augenblick jedoch scheuten die Pferde, sie rasten mit dem gebremsten Waggon vorwärts und der Knabe gerieth unter das linke Vorderrad des Tramway, welches ihm über den Brustkasten hinwegging und diesen buchstäblich zermalmte. Der Tod des kleinen D. trat auf der Stelle ein.

Durch das Glatteis verunglückt ist gestern Vormittag um 9 Uhr der 27 Jahre alte Arbeiter Bachmeyer aus der Emdenerstraße 43. Auf dem Neubau Emdenerstr. 32 glitt er auf dem glatt gewordenen Gerüst aus, stürzte aus der Höhe des zweiten Stockwerks hinab und zog sich einen Bruch des rechten Armes und eine schwere Verletzung des rechten Auges zu. Der Verunglückte wurde mit einem Kopp'schen Rettungswagen nach dem Moabiter Krankenhause gebracht.

Ein sinkender Kahn verursachte der Feuerwehr in der Nacht zum Donnerstag schwere Arbeit. Am Schleswiger Ufer war ein mit Preßkohlen beladener Kahn leck geworden, und das Wasser drang unaufhaltsam ein. Trotzdem eine Dampfspritze 3 Stunden unausgesetzt pumpte, gelang es nicht, den Kahn über Wasser zu halten. Er brach schließlich mitten durch und sank. Personen sind nicht verunglückt, auch gelang es, die Habseligkeiten des Schiffers in Sicherheit zu bringen.

Einer Kochgas-Vergiftung zum Opfer gefallen ist in der vergangenen Nacht die Wirthschafterin Wilhelmine Emmerborn, die bei dem Kaufmann Mebus in der Rathenowerstraße 8 in Stellung war. Die Wirthschafterin kochte bisher mit Gas, wollte aber für den Winter zur Kohlenfeuerung zurückkehren, weil ohne diese die Küche zu kalt ist. Der große Gaskoch-Apparat war von der Maschine bereits herabgenommen. Für den kleinen Bedarf aber hatte man einen anderen aufgestellt, der neben der Kohlenmaschine benutzt werden sollte. Für diesen Apparat war nun der alte Schlauch nicht groß genug. Man zwängte ihn aber trotzdem vorläufig auf die Schraube, um ihn später durch einen anderen zu ersetzen. Die Wirthschafterin ließ nun vorgestern Abend den Haupthahn der Gasleitung und den Hahn ihres Messers auf und verschloß nur den Hahn an dem kleinen Apparat auf der Maschine. Während der Nacht platzte der Gummischlauch auf der Schraube und fiel hinab. Das Gas entströmte der Leitung in großer Menge und füllte bald die Küche und die anstoßenden Räume. Als Herr Mebus gestern Morgen erwachte, fühlte er sich sehr unwohl, fand dafür aber zunächst keine Erklärung. Er wollte die Wirthschafterin wecken, die in einem Zimmer neben der Küche schlief, bekam jedoch keine Antwort. Die Thür war verschlossen. Nachdem man sie hatte öffnen lassen, fand man in der gasgefüllten Kammer die Wirthschafterin todt in ihrem Bette liegen. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg.

Abgeschnittene Menschenhände! Der amtliche Polizeibericht meldet: Der Schankwirth Karl Eiffert aus der Joachimstraße überbrachte gestern seinem Polizeirevier ein Packet, in welchem sich außer einem Paar grauwollener Handschuhe zwei abgeschnittene Menschenhände befanden. Das Packet war ihm durch die Post zugegangen. Der auf dem Postabschnitt als Absender bezeichnete „P. Petzolt, Neue Schönhauserstr. 6" ist dort nicht wohnhaft. Ob es sich hier um einen allerdings höchst verwerflichen Scherz oder um ein Verbrechen handelt, ist noch nicht ermittelt worden.

Feuerbericht. Ein Dachstuhlbrand brach Donnerstag Nachmittag Elsasserstraße 15 aus. Da er noch im Entstehen war, als die Feuerwehr eintraf, konnte er mit zwei Rohren bald gelöscht werden. Rüdersdorferstraße 65 brannte der Fußboden und die Balkenlage.

Aus den Nachbarorten.

Das Kuratorium der Fortbildungsschule zu Rixdorf hat einen recht beachtenswerthen Beschluß gefaßt. Es soll nämlich neben der Fachzeichenklasse für Tischler und verwandte Gewerbe eine Vorbereitungs-Abtheilung eingerichtet werden, in welcher die Lehrlinge, sofern sie die zum Eintritt in die Fachzeichenklasse erforderlichen Vorkenntnisse und Fähigkeiten noch nicht besitzen, im engsten Anschluß an die fachgewerblichen Bedürfnisse und in möglichst kurzer Zeit für den eigentlichen Fachzeichnen-Unterricht vorgebildet werden sollen. Die gleiche Einrichtung soll sodann zu Ostern 1899 auch auf die übrigen Gruppen des gewerblichen Zeichenunterrichts ausgedehnt werden. Man will dadurch nicht nur eine praktischere und zweckmäßigere Vorbildung der Lehrlinge im fachgewerblichen Zeichnen, sondern auch eine wesentliche Abkürzung der bisherigen Vorbereitungszeit erreichen. Die Anstellung von geeigneten Fach-Lehrkräften ist ebenfalls beschlossen worden. Bis dahin wird der Unterricht von ordentlichen Lehrern ertheilt.

Eine „Räubergeschichte", die noch weit über die in der Koblankstraße geht, wird aus Groß-Lichterfelde gemeldet. Der Bäckergeselle Ch. erschien um Mitternacht bei der Polizei und meldete, daß soeben ein Raubmordversuch gegen ihn gemacht worden sei. Abends um 11 Uhr sei er auf der Rückkehr von Berlin auf der Chaussee in Groß-Lichterfelde überfallen, durch einen Schuß in den Kopf zu Boden gestreckt und dann seines ganzen Vermögens im Betrage von 3700 Mark beraubt worden. Der junge Mann hatte in der That eine Schußwunde im Hinterkopf und war über und über mit Straßenschmutz bedeckt. Trotz all dieser Anzeichen hat sich der räuberische Ueberfall aber als fingirt erwiesen; der junge Mann hat sich selbst einen Streifschuß beigebracht und die ganze Geschichte in Szene gesetzt, um seine Mittellosigkeit zu cachiren. Er war mit der Tochter eines ehrsamen Handwerkers verlobt, dem er vorgeschwindelt hatte, daß er 4000 Mark besitze. Er nannte aber nicht so viele Pfennige sein eigen und erfand die Räubergeschichte, um sich aus Verlegenheit zu bringen, da sein „Schwiegervater" auf den endlichen Ankauf einer Bäckerei bestand.

Gerichts-Zeitung.

Eine Anklage wegen Mordes wurde gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Felisch verhandelt. Aus der Untersuchungshaft wurde die 25jährige unverehelichte Dienstmagd Pauline Kuhnert aus Beuthen vorgeführt, welche das schwere Verbrechen, dessen sie beschuldigt war, ohne sichtbare Zeichen irgend welcher Gemüthsbewegung einräumte und folgendes Geständniß ablegte: Die Angeklagte, die häufig ihren Dienst wechselte, hat bereits im Jahre 1896 einem Kinde das Leben gegeben, das sie einer in Weißensee wohnenden Frau in Pflege gab. Es ist nach 9 Monaten an Abzehrung verstorben. Am 14. November 1897 gebar sie wieder einen Knaben, den sie zu einer Frau Gützlaff in der Bandelstraße in Pflege gab. Die Angeklagte nahm einen Dienst als Amme an, bezog einen monatlichen Lohn von 30 M. und zahlte hiervon monatlich 18 M. an die Pflegerin ihres Kindes. Im März dieses Jahres mußte sie ihre Stellung als Amme aufgeben, sie nahm einen Dienst bei einem Restaurateur in der Nähe des Zoologischen Gartens an. Da sie jetzt nur einen Lohn von monatlich 18 M. bezog, war Frau Gützlaff damit einverstanden, daß das Pflegegeld auf 12 M. monatlich ermäßigt wurde. Nach einigen Wochen theilte Frau Gützlaff der Angeklagten indessen mit, daß sie das Kind nicht länger behalten könne, die Angeklagte möge sich nach einer anderen Pflege umsehen. Der Angeklagten war das Kind lästig geworden.

Sie hielt die Frau Gützlaff noch einige Monate hin und erließ dann anfangs August im „Lokal-Anzeiger“ eine Annonce des Inhalts, daß sie einen bildschönen Knaben verschenken wolle. Es meldete sich niemand. Die Angeklagte faßte nun den Plan, sich des Kindes zu entledigen. Am Abende des 8. August begab sie sich zur Frau Gützlaff und bat um Aushändigung ihres Kindes. Eine vornehme schwarzgekleidete Dame, die ihren Namen nicht nennen wolle, wolle den Knaben an stelle eines verstorbenen Kindes annehmen, die Angeklagte werde von der Dame um 9 Uhr am Bahnhof Thiergarten erwartet. Frau Gützlaff schöpfte keinen Verdacht, sie händigte der Angeklagten das wirklich bildhübsche Kind aus. Die Kuhnert begab sich nach dem Bahnhofe Bellevue. Sie will die Absicht gehabt haben, nach der Wilhelmstraße zu fahren, da man ihr erzählt habe, es befände sich dort eine Art Findelhaus. Auf dem Bahnhofe Bellevue sei sie aber anderen Sinnes geworden und habe nun den Entschluß gefaßt, mit ihrem Kinde den Tod im Wasser zu suchen. Die Gegend an der Spree sei aber noch zu belebt gewesen, um diesen Vorsatz auszuführen. Sie sei deshalb nach dem Thiergarten gegangen. Nun erst sei sie zu dem Entschluß gekommen, das Kind allein umzubringen. Sie habe lange suchen müssen, bis sie einen geeigneten, menschenleeren Ort gefunden habe. Endlich sei sie an einen Kanal in der Gegend der Lichtenstein-Brücke gekommen. Es sei ringsum still und menschenleer gewesen, das Ufer des Kanals war mit dichtem Gebüsch bestanden. Nun sei sie zur That geschritten. Sie hatte mehrere Stücke Papier vom Erdboden aufgelesen. Diese habe sie ihrem Kinde fest in den Mund gestopft, um es am Schreien zu verhindern. Dann habe sie das Kind an den Beinen gepackt und es langsam, mit dem Kopf zuerst, unter die Oberfläche des Wassers geschoben. Das Kind sei lautlos untergegangen. Nun habe sie das Umschlagetuch, worin das Kind eingewickelt gewesen, zusammengelegt und sei nach Hause gegangen. Wie die Zeugen bekundeten, hat die Angeklagte an dem Abende der That, wie am folgenden Tage ruhig ihre Arbeit gethan, niemand hat geahnt, mit welchem schweren Verbrechen sie ihre Seele belastet hatte. Die Leiche ist schon am folgenden Tage gefunden worden, die unnatürliche Mutter wurde leicht entdeckt und schon bei ihrer ersten Vernehmung zu einem Geständniß gebracht.

Aus der Zeugenvernehmung ist hervorzuheben, daß die Angeklagte in den letzten Monaten vor der That wiederholt Tanzvergnügungen besuchte. Die Zeugin Gützlaff bekundete, daß sie die Angeklagte, die ihr nur 8 M. rückständiges Pflegegeld schuldig war, keineswegs zur Abnahme des Kindes gedrängt habe.

Der Spruch der Geschworenen lautete auf Schuldig, sowohl des versuchten Mordes wie der fahrlässigen Tödtung mit Ausschluß von mildernden Umständen. Die Geschworenen haben angenommen, daß das Kind durch das fahrlässige Einführen des Papierpfropfens schon getödtet worden war, noch ehe die Angeklagte den Versuch machte, es durch Hineinschieben in das Wasser zu morden.

Das Urtheil lautete auf 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Die berühmte Adlershofer Illuminations-Affäre vom 18. März d. J., die bisher schon für die Partei von so ausgezeichneter agitatorischer Wirkung war, wird in nächster Zeit endlich das Berufungsgericht beschäftigen. Bekanntlich war der Gerichtstermin vom 17. August in letzter Stunde vertagt worden; nunmehr hat man aber die Verhandlung, die vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II stattfindet, auf den 9. November, vormittags 11 Uhr, angesetzt. Wie erinnerlich sein wird, hatte das Schöffengericht zu Köpenick den auf 15 M. lautenden Strafbefehl des Sozialistenfeindes von Oppen bestätigt, worauf sämmtliche 122 Angeklagte, die nicht einsehen konnten, wie eine pietätvolle Feier des höchsten deutschen Ruhmestages groben Unfug bedeuten sollte, gegen das Urtheil Berufung einlegten.

Herr Karl Schneidt legt Werth darauf, daß wir zu dem am Mittwoch veröffentlichten Gerichtsbericht über seine Prügelaffäre eine „Berichtigung“ bringen. Herr Schneidt bestreitet in der an uns gerichteten Zuschrift, daß ihm in der „Kritik“ der Vorwurf der Unterschlagung gemacht worden sei. Die betreffende Veröffentlichung in der „Kritik“ habe nur eine Insinuation in diesem Sinne enthalten, welche jedoch so vorsichtig formulirt gewesen sei, daß sie strafrechtlich nicht gefaßt werden konnte. Auch sei es unwahr, daß er eine Unterschlagung begangen habe. Er habe seinerzeit der Deutschen Schriftsteller-Genossenschaft, deren Mitglied er sei, zum Zwecke persönlicher Rechtfertigung einen Brief des an der Sache betheiligten Verlagsbuchhändlers Hugo Storm eingesandt, in dem wörtlich der Passus vorkam: „Von einer Unterschlagung kann natürlich nicht die Rede sein.“

Witterungsübersicht vom 20. Oktober 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5°C = 4°R.
Swinemde.	763	O	5	bedeckt	−1	Haparanda	772	SW	2	heiter	−1
Hamburg	761	ONO	4	bedeckt	0	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	760	O	4	Regen	−0	Cork	761	SSO	5	Regen	13
Wiesbaden	758	W	1	bedeckt	7	Aberdeen	756	SO	5	bedeckt	9
München	757	W	3	Regen	5	Paris	760	S	2	heiter	3
Wien	753	Still	—	Regen	6						

Wetter-Prognose für Freitag, den 21. Oktober 1898.
Kalt und vorwiegend trübe mit Niederschlägen und mäßigen nordöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Heute, Freitag, abends 8¼ Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20–21:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 24. Oktober 1898, abends 8 Uhr:
Branchen-Versammlung der Sitzmöbel-Arbeiter Berlins
in Behrend's Festsälen, Manteuffelstraße Nr. 95.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **A. Mohs** über: „Der Kampf ums Dasein.“ 2. Diskussion. 3. Die gegenwärtige Lage der Sitzmöbel-Branche.
Kollegen! Da der 3. Punkt der Tagesordnung uns Aufklärung über die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse bringen muß, so ist es Pflicht eines jeden in der Branche beschäftigten Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. 108/9

Sonntag, den 23. Oktober 1898, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher
im Lokal des Herrn Schiller, Rosenthalerstraße 57. pt.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Fragekasten und Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Nichtmitglieder haben Zutritt.

Bekanntmachung
der
Orts-Krankenkasse der Sattler
und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Den Betheiligten zur Kenntniß, daß das in den General-Versammlungen vom 20. Februar, 12. Juni, 27. November, 2. Dezember 1897 und in den Sitzungen der Statutenberathungskommission vom 30. März, 17. Juni und 5. August 1898 revidirte Statut, sowie der Anhang desselben, ersteres durch Beschluß des Bezirksausschusses am 5. Oktober 1898, letzterer durch den Herrn Magistratskommissar für die Orts- und Betriebs-Krankenkassen am 27. August 1898 die Genehmigung erhalten hat.
Dasselbe tritt am Montag nach der Genehmigung durch den Bezirksausschuß an die Stelle des bisherigen Kassenstatuts.

Zugleich bringen wir hiermit die wichtigsten Umänderungen resp. Bestimmungen desselben zur Kenntniß.
Der ortsübliche Tagelohn ist durch Erlaß des Herrn Ober-Präsidenten vom 10. März 1898 wie folgt festgesetzt worden:
I. für Gehilfen (Gesellen) und großjährige männliche Hilfsarbeiter auf . . . 3,— M.
II. für minderjährige männliche Hilfsarbeiter über 16 Jahren auf . . . 2,40 M.
III. für weibliche Kassenmitglieder über 16 Jahren auf . . . 1,80 M.
IV. für männliche Hilfsarbeiter unter 16 Jahren und für Lehrlinge auf . . . 1,30 M.
V. für weibliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren auf . . . 1,— M.

Die **wöchentlichen Kassenbeiträge** betragen für I. 0,51 M., II. 0,42 M., III. 0,33 M., IV. 0,24 M., V. 0,18 M.

Als Krankenunterstützung wird gewährt, nach näherer Bestimmung des Statuts, vom 3. Tage nach der Erkrankung für jeden Kalendertag, einschließlich der Sonn- und Feiertage, aber nicht über 52 Wochen, die Hälfte des festgesetzten Tagelohnes und ein Sterbegeld im 30fachen Betrage desselben.
Ferner gewährt die Kasse auf ärztliche Verordnung nach einer ununterbrochenen Mitgliedschaft von 13 Wochen: Stelzfüße, Beinschienen, Geradehalter, Leibbinden, Gummistrümpfe und Ersatzstücke von Zähnen.

Die Vorschriften über das Mahnverfahren lauten wie folgt:
Arbeitgeber, welche die fälligen Beiträge an den Kassirer gegen vorgelegte Rechnung nicht begleichen, erhalten nach 8 Tagen eine Mahnung; für diese Mahnung haben die Arbeitgeber folgende Gebühren zu zahlen:
1. Für Beträge bis 3 M. einschließlich . . . . . 0,10 M.
2. Für Beträge von 3 bis 15 M. einschließlich . . 0,20 M.
3. Für Beträge von 15 bis 150 M. einschließlich . 0,40 M.
4. Für Beträge darüber hinaus . . . . 0,75 M.
exklusive ausgelegtes Porto.

Alle die Kasse betreffenden Bekanntmachungen werden bis zur anderweiten Beschlußnahme der Generalversammlung im Berliner Volksblatt „Vorwärts“ und durch Säulenanschlag erlassen, welches hiermit geschieht. Ein Exemplar dieses Statuts wird demnächst jedem Mitgliede zugestellt werden.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin.
J. A.: 157/2
Herm. Huhnfleisch, Vorsitzender. NO. Barnimstr. 2. **A. Lippert**, Schriftführer. W. Kirchbachstr. 20.

Achtung! Stellmacher. Achtung!
Am Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 1½ Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße Nr. 20–21:
Große öffentliche Versammlung
der Stellmacher Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Streiflichter über Niedergang des Handwerks“. Referent Genosse **Schlegel**. 2. Diskussion. 3. Schlußabrechnung der Agitationskommission. 4. Verschiedenes. 108/10
Pflicht eines jeden Stellmachers ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter
und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
Am Montag, den 24. Oktober cr., abends 8½ Uhr, in den Oranienhallen, Oranienstr. 51:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Bernstein** über: „Die erste Hilfe bei Unglücksfällen“. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Bericht der Agitationskommission. 4. Verschiedenes. **Der Vorstand.**
☞ Die Mitglieder werden ersucht, so schnell wie möglich mit den **Stiftungsfest-Billets** abzurechnen. 143/12

Achtung! Maurer. Achtung!
Sonntag, den 23. Oktober 1898, vormittags pünktlich 10 Uhr:
General-Versammlung
des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend in der „Tonhalle“, Friedrichstraße Nr. 112.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Abrechnung des Kassirers vom 3. Quartal und Revisionsbericht. 3. Bericht des Ausschusses. 4. Neuwahl des gesammten Vorstandes, Ersatzwahl eines Revisors und Ergänzungswahl des Ausschusses. 5. Vereinsangelegenheit. — Mitgliedsbuch legitimirt. 120/19
☞ **Zur Beachtung der Charlottenburger Kollegen!** Der Kassirer **W. Albrecht** ist jeden Sonntag Vormittag in der Zahlstelle bei **Hohmuth, Krummestr. 41.** anwesend.
Der Vorstand.

☞ Buchdrucker! ☜
Sonntag, den 23. Oktober, mittags 12 Uhr:
Oeffentliche Buchdrucker-Versammlung
im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. „Die Beschneidung des Koalitionsrechts und die deutschen Buchdrucker-Organisationen“. Referent: Kollege **Pollender-Leipzig**. 2. Diskussion. 35/12
Der **Ausschuss** und die **Mitglieder der Berliner Gewerkschafts-Kommission** sind freundlichst eingeladen. — Die **Kollegen** werden gebeten, dieses Inserat **auszuschneiden** und in den Druckereien **zirkuliren** zu lassen. Der Einberufer: Rich. Schulze, Oranienstr. 27, IV.

Verband der Vergolder (Filiale Berlin).
Sonntag, den 23. Oktober, mittags 12 Uhr, in Louis Keller's Festsälen, Koppenstraße 29:
Grosse Matinee
von Hoffmann's Quartett u. Humoristen aus d. Konzerthaus, Leipzigerstr. 48 zum Besten hilfsbedürftiger Kollegen.
In anbetracht des guten Zwecks werden alle Freunde und Kollegen hiermit ergebenst eingeladen.
Programme à 30 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen und bei den Vertrauensmännern zu haben; an der Kasse 50 Pf. 225/16
Kassenöffnung 10½ Uhr. **Anfang präzise 12 Uhr.** **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Sattler
und verwandter Gewerbe zu Berlin.
Sonnabend, den 29. Oktober 1898, abends 8½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidatenliste zur Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder für 1898—1900. 2. Verschiedenes.
NB. Wahlberechtigt und wählbar sind nach § 48 des Statuts nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder findet am 12. November in demselben Lokale statt.

☞ **Montag, den 31. Oktober 1898, abends 8½ Uhr:** ☜
Versammlung der Arbeitgeber
in den Arminhallen, Kommandantenstrasse No. 20.
Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidatenliste zur Wahl der Vertreter der Arbeitgeber für 1898—1900. 2. Verschiedenes.
NB. Wahlberechtigt und wählbar sind die Arbeitgeber, welche für die bei ihnen beschäftigten Personen Beiträge aus eigenen Mitteln zur obengenannten Kasse zahlen. Wir machen darauf aufmerksam, daß zu Vertretern auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte gewählt werden können. Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber findet am Montag, den 14. November in demselben Lokale statt. 157/3
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Sattler und verw. Gewerbe zu Berlin.
J. A.:
Herm. Huhnfleisch, Vorsitzender. NO. Barnimstr. 2. **A. Lippert**, Schriftführer, W. Kirchbachstr. 20.

Verband der Sattler und Tapezirer.
Sonnabend, den 22. Oktober, abends 9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: 157/2
☞ Versammlung. ☜
Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin **Klara Haase** über: Die wirthschaftliche Lage der Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
157/2 **Die Ortsverwaltung.**

Pelzwaaren aller Art sehr billig.

Oscar Arnold, Hut-Engroslager
Dresdenerstr. 116.
am Oranienplatz (kein Laden)
Einzelverkauf reeller Waaren zu folgenden Preisen (Partiewaaren führe nicht).
Herrenhüte, weich à 1,25 1,50 2,— 2,50 3,— 3,50 u. 4,—
do. steif . . . . . . à 2,— 2,50 3,— u. 3,50
do. f. Haarfilz . . à 4,50 5,— 6,— u. 7,—
Cylinderhüte . . . . . . à 4,— 6,— 7,50 9,— u. 11,—
Herren-Mützen . . à 0,35 0,40 0,50 0,60 0,75 bis 2,50
Kinder-Mützen . . . . . à 0,50 0,60 0,75 bis 2,50
Kinder u. Confirmandenh. à 0,75 1,— 1,25, 1,50 2,— u. 2,50
Weiche Damenhüte, leichte Reisehüte, Lodenhüte, —— Chapeaux claques, Turnerhüte, Jagdhüte, etc. ——
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
☞ Bitte genau auf die Adresse zu achten, da ich keine Filialen habe. ☜

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau am Dienstag Abend nach langen schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. d. M., vom neuen Schöneberger Kirchhofe (Maxstraße) aus statt. Um stilles Beileid bittet
Otto Schilling.
Kyffhäuserstraße 16.

Zentral-Kranken-Kasse der Buchbinder.
Verwaltungsstelle Berlin.
Hauptversammlung
am Sonnabend, 22. d. M., abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20 (Gartensaal rechts).
Tages-Ordnung: 1. Kassen- und Kontrollbericht. 2. Bericht über die Rekonvaleszenten-Heime. 3. Verschiedenes. 25/14
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. s. w.
Filiale D. Moabit.
Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Moabiter Klubhaus, Beusselstr. 9
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal. — 2. Kassenangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
182/14 **Die Ortsverwaltung.**

Ernst Thomen, bitte nach Lehrterstraße zu kommen. 1661b

☞ Achtung, Moabit! ☜
Sonnabend, den 22. Oktober 1898, in der „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit Nr. 47–49:
VII. Stiftungs-Fest
des Gesangvereins „Vereinte Sangesbrüder Moabit“ (Mitgl. d. A.-S.-B.),
wozu ergebenst einladet 66/6 **Das Komitee.**
☞ Anfang 8½ Uhr. ☜

Die Einsetzer Berlins und Umgegend
veranstalten am **Sonntag, den 23. Oktober 1898,**
im Lokale des Herrn G. Lindenhayn, Grünau,
ein **Kaffeekochen und Familienkränzchen.**
Freunde und Bekannte sind hierzu eingeladen.

Armin-Hallen, Kommandantenstrasse 20.
Sonnabend, den 22. Oktober, abends 9 Uhr:
☞ **Grosses Zither-Konzert** ☜
ausgeführt von den Zither-Vereinen „Einigkeit“ und „Frohsinn“.
Dirigent: Herr **W. Conrad.**
Billets sind bei den Mitgliedern zu haben. 1667b

Georg Borstorff Nachfl.
Prinzen-Strasse No. 53
empfiehlt seine Spezialitäten:
Echt. Nordhäuser 0,55—2,50
Schles. Korn . . . 0,60—1,50
Rum . . . . 1,10—5,00

Carl Becker
Cigarren, Cigarretten, Tabake
Gerichtstr. 28, Bahneingang part.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretzschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowitzbrücke), haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
108 **Die Ortsverwaltung.**

Als **Werkmeister** nach Helsingfors (Finland) wird ein tücht. **Galvanoplastiker** gesucht, der außer Clicheefabrikation auch Vergoldung, Versilberung, Vernickelung 2c. gründlich versteht. Anträge, m. Gehaltsansprüchen u. Zeugnißabschr. versehen, sub **T. 6** an d. Exped. d. Blattes erbet.

Karton-Arbeiterinnen in und außer dem Hause verlangt
Kommandantenstr. 15, 4 Tr.

Hand-Knopflochnäherinnen werden gegen hohe Löhne in und außer dem Hause verlangt von 1450b*
Wolff u. Lachmann, Wäschefabrik, Brunnenstr. 192.

Wendefrauen f. Filzschuh-Fabrik Landsbergerstr. 92.

Perfekte Taillen- und Aermelarbeiterinnen gesucht. 81/2*
Seidenkonfektion Wendel, Leipzigerstr. 26, 1 Tr.

Farbigmacher (Vergolder) verlangt **Mathieustr. 14.** 1660b

Jugendliche Arbeiterinnen verl. Gebr. Siemens & Co., Charlottenbg.

Vergolderin verlangt
1670b **Barnimstr. 2.**

Geübt. Packer u. Goldleisten verl. **C. Barthels**, Gr. Frankfurterstr. 84.

Marmorschleifer verl. **Günther,** Müllerstr. 87. 1663b

Farbigmacher verl. Oranienstr. 119.

Spezial-Agenten gegen hohe Provision sucht in Berlin und außerhalb [illegible] „Hülfe“, Halleschestr. 9 I. [illegible] 104 11

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Am 17. d. M. tagte bei Behrend, Manteuffelstr. 95, eine gut besuchte Branchenversammlung der Galanterie- und Luxusmöbelarbeiter. Zu dem Thema: „Wie können wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen?" führte der Referent Mohs aus, daß die Galanterie- und Luxusmöbelarbeiter unter den Berliner Holzarbeitern am schlechtesten gestellt sind. Anstatt der 1896 im Streik errungenen 52 Stunden Arbeitszeit und 21 M. Mindestverdienst, arbeitet man in dieser Branche 60 Stunden und darüber bei einem Verdienst von 12 bis 15 Mark. Diese traurige Lage wäre nicht möglich, wenn die Kollegen nicht zum großen Theil der Organisation indifferent gegenüberständen. Wären die Kollegen organisirt, so würden sich die Unternehmer wohl hüten, mit Lohnabzügen und Ueberstunden an die Arbeiter heranzutreten. In der Diskussion stimmte man dem Referenten zu und ergänzte die Ausführungen desselben, indem eine Reihe von Werkstellen bekannt gemacht wurde, in denen bei geringem Verdienst eine übermäßig lange Arbeitszeit herrscht und Ueberstunden an der Tagesordnung sind. So die Werkstatt von Schwarz, Pücklerstraße 60; Schoy, Mariannenstr. 32; Rosenow, Ritterstr. 87; Jakob, Ritterstr. 86, und Bold, Eldenaerstr. 8. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß die tieftraurigen Verhältnisse, die zur Zeit in der Luxusmöbel-Branche herrschen, nur durch eine starke Organisation beseitigt werden können, beschließen die in der Versammlung anwesenden Kollegen, dahin zu wirken, daß sich alle in der Branche Beschäftigten dem deutschen Holzarbeiter-Verbande anschließen.

Die Kammmacher hatten am 17. Oktober eine Versammlung anberaumt, die sich eines sehr regen Besuches erfreute. Nach einem Referat des Genossen Güth, das recht sympathische Aufnahme fand, wurden Vereinsangelegenheiten erledigt, sowie die Ersatzwahl für die Werkstatt-Kontrollkommission vollzogen.

Die Vergolder erörterten in ihrer Filial-Versammlung vom 17. d. Mts. den Verlauf des Versilberer-Streiks, sowie die Aussperrung der Vergolder und Farbigmacher. Nachdem die Firmen den Versilberern 20 pCt. Zuschlag bewilligt hatten, stand nur noch eine Firma zurück, die nun nachträglich auch die Differenzen beigelegt hat. Unter Verschiedenem wurde Klage geführt über die bei der Firma „Freie Vereinigung der Kunstfreunde" beschäftigten Arbeiter, welche recht viel Ueberstunden leisten sollen. In einer längeren Debatte wurde dies scharf kritisirt.

Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker hielt am 18. Oktober eine Versammlung ab. Es entstand zunächst eine sehr lange Debatte über den Aufruf des Mitgliedes Hoch. Auf Zureden erklärte sich Korn bereit, den Posten des Vorsitzenden weiter zu verwalten, worauf der Kassirer und der Arbeitsnachweis-Vorsteher den Kassen- resp. Geschäftsbericht für das 3. Quartal unterbreiteten.

Die Buchbinder und Berufsgenossen hielten am Dienstag bei Keller in der Koppenstraße eine ganz außerordentlich gutbesuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil unter großem Beifall über den „Ansturm der herrschenden Klasse auf die höchsten Rechte des arbeitenden Volkes" referirte. — Hierauf folgten die Ausführungen Bitomsky's über die Stellungnahme der Berliner Kollegenschaft zur Einführung des Leipziger Minimaltarifs. Aus der am vorigen Donnerstag stattgehabten Werkstuben-Versammlung ergiebt sich, daß fast überall bedeutend billiger, als in Leipzig gearbeitet werde; es wurde daher in dieser Versammlung beschlossen, den Leipziger Tarif auch für die hiesige Kollegenschaft einzuführen. Diesbezügliche Zirkulare seien bereits einzelnen Prinzipalen behufs Stellungnahme dazu eingesandt worden; geantwortet hätten bis jetzt fünf. Im großen und ganzen machen die Schreiben den Eindruck, als ob man die ganze Sache möglichst auf die lange Bank ziehen wollte; davon könne aber in keinem Falle Rede sein, denn wolle man etwas erreichen, dann heißt es rasch und energisch handeln. — An der Diskussion betheiligen sich Ebermann, Konrad, Lorenz, Bergmann, Hornig und Bitowsky. Ebermann möchte den Tarif gern in gewissen Punkten revidirt wissen, eine Anforderung, die Konrad und Lorenz in jeder Hinsicht widerlegen. Sämmtliche Redner ersuchen die Kollegen, durch Festigung und Stärkung der einzelnen Organisationen sich tüchtig für einen eventuellen Kampf zu rüsten. Schließlich gelangt folgende von Bitomsky eingebrachte Resolution einstimmig zur Annahme: In anbetracht, daß die Akkordarbeiten für männliche Arbeiter in Berlin ungleichmäßig und unter den Leipziger Preisen bezahlt werden, wird die hiesige Ortsverwaltung des Verbandes der in Buchbindereien 2c. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beauftragt, folgende Forderungen mit allen gesetzlichen Mitteln in den hiesigen Buchbindereien zur Durchführung zu bringen: 1. Mindestens strikte Bezahlung der männlichen Akkordarbeiter nach dem Leipziger Minimaltarif. 2. Innehaltung des prozentualen Zuschlages für sämmtliche Akkordarbeiten nach Feierabend. 3. Der Berliner Tarif für Arbeiterinnen bleibt in allen Punkten unbedingt bestehen. — Ueber den Streik der Wiener Kollegen und Kolleginnen berichtet nun Brückner. Aus den Ausführungen des Redners werden nicht nur die Forderungen der österreichischen Kollegenschaft, sondern auch das ganze Elend ihrer Lage sichtbar. Jedenfalls hatten die Wiener Buchbinder den einen Erfolg zu verzeichnen, daß der Widerstand der Unternehmer ganze Schaaren von Indifferenten in die Reihen der Organisation getrieben hatte. — Eine vom Redner eingebrachte Resolution, welche den Wiener Kollegen ihre vollste Sympathie ausdrückt und die Verpflichtung übernimmt, die im Lohnkampf Befindlichen moralisch und finanziell zu unterstützen, gelangt einstimmig zur Annahme.

Die Töpfer hatten sich am Dienstag im „Englischen Garten" versammelt, um über die Lohn- und Fensterfrage zu verhandeln. Nach dem Referat entspann sich eine lebhafte Diskussion, in der geklagt wurde, daß in jedem Herbst mit den Meistern um verglaste Fenster gestritten werden müsse. Daran sei die Indifferenz und Streitsucht der Kollegen schuld. Nach mancherlei persönlichen Repliken zwischen den Lokal- und Zentralorganisirten, in denen von den letzteren nachgewiesen wurde, daß die Bewegungen in der Fensterfrage durch die Uneinigkeit meistens resultatlos verlaufen sind, wurde folgende Resolution gegen sieben Stimmen angenommen: „Die Versammlung beschließt, da die Verhältnisse am Orte sich so zugespitzt haben, daß ein geschlossenes Vorgehen in der Fensterfrage und des Lohntarifs zur Zeit nicht angebracht ist, und weil die Kollegen am Orte der Organisation vollständig interesselos gegenüber stehen, in einen Streik erst dann einzutreten, wenn die Töpfer Berlins sich allgemein der Organisation anschließen. Ferner beschließt die Versammlung, die Fensterfrage als Prinzipienfrage zu behandeln und überall, wo es sich durch den Zusammenhalt der Kollegen ermöglichen läßt, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Fenster verglast sind. Auch verpflichten sich die Kollegen, der Organisation beizutreten, da es nur durch eine feste Organisation möglich ist, dem Unternehmerthum etwas abzufordern." Die Abstimmung über einen Antrag auf Einsetzung einer fünfgliedrigen Kommission wurde durch die Annahme der Resolution überflüssig. Der Vertrauensmann David forderte alle, die wegen der Fenster die Arbeit niederlegen, auf, das sofort im Bureau, Rosenthalerstr. 57, zu melden.

Die Konditoren hielten am 13. Oktober eine gut besuchte Versammlung ab. In einem trefflichen Referat bot Genosse Räther eine Kritik der heutigen Produktionsverhältnisse sowie der gegenwärtigen politischen Situation. Sein Appell an die Versammlung, der Organisation beizutreten, fand lebhafte Zustimmung. Sodann wurde Pigusch zum Vertrauensmann und Weißenstein und Haase zu Revisoren gewählt.

Grünau. Am Sonntag fand hier im Lokale von Lindenhahn eine Volksversammlung statt, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil referirte über den Stuttgarter Parteitag. Der Redner schilderte in kurzen Zügen den Verlauf und die Verhandlungen des Parteitages und besprach die aus dem Kreise gestellten Anträge. Reicher Beifall belohnte den Redner am Schlusse seines interessanten Vortrages. Zum Vertrauensmann wurde Engel für das laufende Jahr gewählt. Eine kleine Debatte entspann sich bei dem Bericht der Lokalkommission, der Gelegenheit gab, nochmals auf die Drangsalirungen, die gegen den Gastwirth Lindenhahn ausgeübt werden, hinzuweisen. Die Genossen wurden ermahnt, denselben nach Kräften zu unterstützen. Hierauf wurden Hoffmann, Wustrow und Engel in die Lokalkommission gewählt.

Niederschöneweide-Johannisthal. In der öffentlichen Parteiversammlung, welche am Sonntag Abend hier tagte, gab der Vertrauensmann Otto John Bericht über seine Thätigkeit. Nach einem warmen Appell an die Anwesenden, sich der hiesigen Organisation mehr anzuschließen, sowie auch dafür Sorge zu tragen, daß die Lokalliste, speziell in Niederschöneweide, strikte beachtet wird, erstattete Redner den Kassenbericht. Derselbe ergab trotz der diesjährigen großen Ausgaben für Gemeinde- und Reichstagswahlen einen Bestand von 60 Mark. Der Ort Oberschöneweide, der bis jetzt vom hiesigen Agitationsbezirk mit verwaltet wurde, soll künftig selbständig die Agitation betreiben. Auf Antrag Krone wurde beschlossen, vom Bestand der Ortskasse 20 M. an Oberschöneweide zu überweisen. Zum Vertrauensmann für Niederschöneweide-Johannisthal wurde hierauf Genosse Mann einstimmig ernannt. Die weiteren Wahlen hatten folgendes Resultat: Revisoren: Krone, Krüger, Cordes; Lokalkommission: Weber, Mann; Delegirte zur Kreiskonferenz: Weber, John, Mann. Hierauf erstattete Köster Bericht vom Stuttgarter Parteitag. An der Diskussion, die sich sehr rege gestaltete, nahmen Recke, John, Reichert und Köster theil.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag: Nationalökonomie (Grundzüge der Wirthschafts- und Finanzpolitik, Gewerbe-Ordnung, Handelspolitik, Steuerfragen); Vortragender: Schriftsteller Max Schippel. Beginn der Vorlesungen pünktlich um 9 Uhr abends.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbniß-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1892. Jeden Freitag, abends 7 Uhr, Zahlabend bei Mehrwald, Alte Jakobstr. 54/55. — Neue Mitglieder werden daselbst aufgenommen.

Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute, abends 8½ Uhr, Bülowstr. 39: Vortrag des prakt. Naturheilkundigen Grundmann über: „Gehirn- und Nervenkrankheiten". Demonstrirt an farbigen Lichtbildern. Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

Arbeiter-Turnverein Weißensee. Turnstunden Dienstags und Freitags abends 8—10 Uhr, Albrechtshof, Parkstraße.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Diez' Verlag) ist soeben das 4. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Stuttgarter Parteitag. — Landwirthschaftlicher Arbeitermangel in der Schweiz. Von Rusticus. — Die Lage der städtischen Arbeiter in Karlsruhe. Ein Beitrag zur städtischen Arbeiterpolitik. Von Dr. C. Hugo. — Die sogenannte Naturheilkunde. Von Dr. H. B. Adams Lehmann. — Einige Bemerkungen zu den letzten Wahlen in Oberschlesien. Von Leon Blochock. — Notizen: Aus den Ergebnissen der landwirthschaftlichen Betriebsstatistik in Bayern. — Feuilleton: Eine Unzollisirte. Erzählt aus dem kleinrussischen Leben von Olga Kobylanska. (Fortsetzung.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 21. Oktober.

Opernhaus. Lohengrin. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Fregoli-Gastspiel. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Zaza. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Grohmama. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Der Herr Sekretär. Vorher: Frühlingswende. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Wallenstein's Lager. Die Piccolomini. Anfang 8 Uhr.
Westen. Martha, oder der Markt zu Richmond. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Jocko's Streiche. Vorher: Der dritte Kopf. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Minna von Barnhelm. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Das Käthchen von Heilbronn. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi-Monde. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Opernfernsprecher.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag:
Wallenstein's Lager.
Die Piccolomini.
Sonnabend:
Wallenstein's Tod.
Sonntag:
Nachmittags: **Die Haubenlerche.**
Abends: **Mauerblümchen.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Unser lustiges Berlin.
Große Gesangsposse in 4 Bildern von E. Sondermann u. Ch. Bischoff. Couplets von Alfred Bender. Musik von Curt Goldmann.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und die folgenden Tage: **Die Geisha.**
Sonntag Nachmittag: **Die Glocken von Corneville.** Operette in 3 Akten von R. Planquette.
Donnerstag, den 27. Oktober: Zum **200.** Male: **Die Geisha.**

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Gastspiel des Herrn Cäsar Beck.
Das Käthchen von Heilbronn.
Schauspiel in 5 Akten v. Heinr. v. Kleist. (Original-Ausgabe.)
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.
Sonnabend: **Robert und Bertram.**
Sonntag Nachmittag: Kleine Preise: **Der Hüttenbesitzer.** Abends 7½ Uhr: **Käthchen von Heilbronn.**

CIRCUS BUSCH
Freitag, den 21. Oktober 1898,
Abends 7½ Uhr:
Humoristische Vorstellung.
Zum ersten Male: Auftreten des ausgezeichn. Clowns **Oskar Lee. Zum ersten Male:** Gigerl-Clown **Alfred Daniels** als Musikdirektor. **Zum ersten Male:** Clown **Boganowski** als Mimiker. Außerdem: **The Forleys,** die lustigen Chinesen. **Shadow Brothers,** moderne Gladiatoren. Auftreten des Herrn **Franz Gebhardt,** Ritter pp., bisheriger Chef der k. k. spanischen Hofreitschule in Wien. Aufzug sämmtlicher Reitertypen in prunkhaftester Ausstattung. Zusammenkunft der Blumen, großes Ballet-Divertissement. Die neuen Freiheitsdressuren des Direktors Busch.
Morgen, Sonnabend: **Parade-Gala-Vorstellung.**
Sonntag, d. 23. Okt., **nachmittags 4 Uhr** (1 Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder zahlen auf allen Plätzen halbe Preise): Gala-Vorstellung. Auf allgem. Wunsch: **Aufzug sämmtl. Reitertypen in prunkhaftester Ausstattung.**

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Zum 23. Male:
Jocko's Streiche
Burleske in 3 Akten nach dem Englischen des James Carlisle, deutsch von W. Sellig.
Jocko: Paul Herbig a. G.
Mit sensationellem Lacherfolge aufgeführt im Volks-Theater in München und im Apollo-Theater in Nürnberg.
Vorher:
Der dritte Kopf.
Posse in 1 Akt von Franz Wallner.
Sonnabend: **Jocko's Streiche** u. **Der dritte Kopf.**
Sonntag Nachmittag 3 Uhr: Zu kleinen Preisen: **Wilhelm Tell.**
Jeden Mittwoch Nachm.: Schüler-Vorstellung.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.
Entree 50 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 M., Orch.-Log. 1,50 M., Fremden-Loge 2 M. Tageskasse 11—1 Uhr.
Zum Schluß:
Vor 25 Jahren.
Ensemble von Meysel.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
2 sensationelle Novitäten:
!! Adele's Geburtstag !!
Posse mit Gesang von F. Waldau.
Das
Geheimniß der jungen Mamsell.
Schwank mit Gesang von O. Mylius.
Neu! Paul Rochelly. Neu!
Der Champignon aller Bauchredner.
Neu! Max Hildebrandt. Neu!
Der lustige Stadtrompeter zu Pferde.
Bons haben an allen Wochentagen Giltigkeit. — Direktion: **A. Kolig.**
Artistischer Leiter: **A. Runge.**

Urania
Taubenstr. 48/49.
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Kunst-Schaubühne
Urania, Invalidenstrasse 57.
Sonntag, d. 23., 5 Uhr:
Im Wunderlande der Pyramiden.
Kleine Preise: Parkett 0,50.

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.

Nur noch wenige Tage:
Der berühmte k. k. Fechtmeister
Mr. Sulivan
und
seine Schülerin
Petö Aranka.
Von 6 Uhr ab:
Théâtre-Variété ohne Extra-Entrée.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Apollo-Theater.
Direktion: **E. Waldmann.**
Consuela Tortajada.
Familie Agoust.
Prinzessin Pocahuntas.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Olympia-Theater
(Circus Renz) Karlstrasse.
Täglich 8 Uhr abends:
Berliner Ausstattungsstück
mit
Couplets,
MENE TEKEL
Aufzügen
und
Kolossal-Ballets
in 3 Alten (10 Bildern).
Parquet 2,10 Mk.

Den **größten Lach-Erfolg** erzielt das gegenwärtige Programm im
Circus Renz' 6268L
Riesen-Tunnel.
Wahre Beifallsstürme durchdröhnen den Saal beim Auftreten der Komiker
Gustav Kluck und Fritz Fehrmann.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 18
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble
Freitag: Zum Schluß:
1733 Thaler 22½ Sgr.
Sonnabend: Zum Schluß:
Der liebe Onkel.
Avis! Um den überaus zahlreichen Wünschen nachzukommen, werden für die Wochentage **Vereinsbillets** mit erheblicher Preisermäßigung ausgegeben. Die geschätzten Vereine, welche auf solche Billets reflektiren, können dieselben durch ihre Vorstände kostenlos im Bureau des Konzerthauses entgegennehmen.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute, Freitag, den 21. Oktober:
Ein Berliner Wucherer
oder:
Der Droschkenkutscher und sein Kind.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Ernst Clefeld.
Morgen, Sonnabend, wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Neu! Neu! Neu!
Die Wenzel.
Schwank in 1 Akt von Petsch.
Täglich mit großem Lacherfolg:
Die Stadtrathswahl.
Posse mit Gesang von A. Bender u. L. Hermann. Musik v. Mohr. In Szene gesetzt v. Otto Wendt.
Gesammtauftreten des neuengagirten **Künstler- und Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 50 Pf. Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: **Winkler und Fröbel.**
Allabendlich um 8½ Uhr
Rich. Winkler u. Wilh. Fröbel
in der mit großem Jubel und stürmischem Beifall aufgenommenen Ausstattungs-Gesangs-Posse
Berlin, wie es liebt und radelt!
Neu! **Ein Morgen in Afrika,** amerikanische Pantomime.
Neu! **Amanda Harold,** sensationell dressirte Möpse.
Steffen-Trio, Kunstradfahrer.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Kassenöffnung eine Stunde vor Anfang.
Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Mähr's Theater
Oranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Don Juan auf Kuba
Posse mit Gesang.
The tree Brothers Wells,
Akrobaten an den hängenden Ketten.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

Adlershof.
Den geehrten Vereinen zur gefl. Kenntniß, daß ihnen mein **Tanzsaal** jeden Sonntag zur Verfügung steht, da mir seitens des Amtsvorstehers zu Adlershof, v. Oppen, jede öffentliche Tanzlustbarkeit abgeschnitten ist.
Hochachtungsvoll [6015Q*
Paul Schmauser, Bismarckstr. 16.

Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 3, Eckhaus Linienstrasse.

Herren- und Knaben-Garderobe!

Verkauf zu streng festen Preisen.

Eröffnung:

Sonnabend, den 22. Oktober cr., nachmittags 5 Uhr.

Institut für Zahnleidende.

Rein-Aluminium-Zahnersatz — Reichspatent. — Amtl. geschützt.

Dr. chir. dent. **Herm. Heród**, american. Dentist,
Elsasserstrasse 92, 1 Tr. (Rosenth. Thor)
Behandlung aller Mund- und Zahnkrankheiten.
Neu! **Schmerzlose** Zahnoperationen, Plomben.
Patentamtl. geschützte **Aluminium-Gebisse!**

Zahn-Ersatz ohne Gaumenplatte. Deutsches Reichspatent No. 93522.

Bestes System der Gegenwart. Federleicht und dünn. Unzerbrechlichkeit der Platte garantirt.
Gebisse ohne Gaumenplatte! Deutsches Reichspatent No. 93 522.
Bitte zur Notiznahme, dass **ausser mir** Niemand diese patentirten Gebisse weder in Berlin noch Umgegend anfertigt noch anfertigen darf.
Institutspreise! Sprechstunden: 9—12, 3—5, Sonntags 9—11 Uhr. **Telephon Amt III. 3014.**

---

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt.
Knabenfilzhüte v. 0,75 M. an
Herrenfilzhüte „ 1,25 „ „
Cylinderhüte „ 4,— „ „
Einsegnungshüte 1,— „ „
Plüschhüte „ 6,— „ „
Chapeaux claques zu 8,—, 9,— u. 10,— M.
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert
Hut-Engros-Geschäft
Waldemarstr. 44, pt.
Kein Laden.

Brauerei zur Hopfenblüthe

Wiesenstraße 43 **Berlin N.** Wiesenstraße 43
empfiehlt ihr aus bestem Malz und Hopfen hergestelltes
Berliner Weißbier u. Breslauer Weizenbier
in Fässern von 5 Ltr. **0,55 M.** oder 10 Ltr. **1.10 M.** frei ins Haus.
Täglich Jungbier-Verkauf von morgens bis abends à Liter 10 Pf. nur in der Brauerei.
6244Q* **Rudolf Frömchen, Brauereibesitzer.**

Soeben erschienen: Das neue

Fraktionsbild

der

sozialdemokratischen Partei

von 1898

in künstlerischer lithographirter Ausführung.
Größe wie sonst (60 × 53).
Preis 75 Pf. **Wiederverkäufern Rabatt.**
Zu haben bei allen bekannten Kolporteuren und Buchhändlern.

Jean Holze, Hamburg,
Grosse Drehbahn 45.

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: **Hermann Scholze** 6322Q*
empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Westend, Charlottenburg, Parkrestaurant, Kastanien-Allee 1, Ecke Spandauer Berg, sind Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten zu vergeben sowie zwei verdeckte Kegelbahnen. [6061L*] **F. Karl** und **H. Heinrich.**

Charlottenburg Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. Jeden Sonntag: Familienkränzchen wozu ergebenst einladet 6324Q* **H. Wernicke.**

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. **G. Markus & Co.**, Ges. m. beschr. H.

Erfurt—Ilversgehofen

Renommirtes **Fabrikat.** — Beste **Zuthaten.**

EINIGKEIT MACHT STARK · DEUTSCHE SCHUHFABRIK ERFURT · GESETZL. GESCH.

Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalkt, Spezialität. . . . **7** M.
„ „ „ ohne Naht, Spiegel **8,50** M.
„ „ Besatz u. Knopfverzierung **3.90, 4.50, 5.50, 6,50, 7,50** bis **15** M.
„ **Agraffenstiefel**, Besatz, **6,50, 7,50, 8,50** bis **18** M.
„ **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig, **4,50** bis **6,50** M.
Schaftstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis **14** M.
„ **Knopf- u. Schnürstiefel**, elegant, mit Besatz u. Kappe, von **5,50** M. an.
„ **Schnürschuhe** . . . . . von **3,50** M. an.
„ **Hausschuhe** . . . . . von **3,00** M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet,

zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von **2,50** M. an.
Größte Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen**, sowie **Pantoffeln** in allen Preislagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervortheilung ausgeschlossen. [5856Q*

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle-Alliancestraße 102.
„ W., Schillstraße 12.
Stettin, Reifschlägerstraße 14.
Hannover, Klagesmarkt 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
„ Margarethenstr. 5.
Bremen, Faulenstraße 75.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.
„ Zeil 67.
München, Sendlingerstraße 10.
„ Dachauerstraße 83.
„ Landsbergerstraße 7.
„ Humboldtstr. 22.
„ Amalienstr. 28.

Guckel's Zahnateliers

Lausitzer Platz 2, Steglitzerstrasse 71. Bestrenommirt und wohlbekannt.
Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)
Ausschneiden!

Dieser Koupon wird mit 1 M. angerechnet.

Karol Weil's Seifenextrakt

reinigt die Wäsche schnell und gründlich.

„Hülfe!" „Hülfe!"

Ohne ärztliche Untersuchung

kann jede männliche sowie auch **jede weibliche Person** im Alter vom 14. bis 60. Jahre der Krankenkasse **„Hülfe"** für äußerst billige Monatsbeiträge beitreten. **Aufnahme kostenlos** im Bureau der **„Hülfe"**, Berlin SO, **Skalitzerstr. 82, I** (am Schlesischen Thor).

Zahlstellen und Agenten allerorts gesucht! [6190Q*

Wohl fühlt sich

bei jetziger Witterung, wer **Brunnenstrasse 110** (neben dem Pferdebahn-Depot) bei **Ignatz Sello** bezieht anerkannt gut. **Rum.** 1/1 Fl. (3/4 Ltr.) inkl. von **90** Pf. an, vorzügl. **Glühwein-Extr.** 1/1 Fl. (3/4 Ltr.) inkl. Fl. v. **1.10** Mk. an, **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (3/4 Ltr.) **80** Pf., **Halb und Halb**, feinste Liqueurmischung, per 1/1 Champagner-Flasche inkl. **90** Pf., **alten Nordhäuser** per Liter **50** Pf., **süßer Ungarwein**, Orig.-Fl. (1/2 Ltr.) inkl. von **90** Pf. an, sowie sämmtl. **Weine, Cognac** u. **Liqueure** i. Einzelverkauf, auch eingemessen, nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle.
Bitte genau auf **Nr. 110, Brunnenstr. Nr. 110** zu achten. *

Den Genossen, Freunden und Bekannten theile ich hierdurch mit, daß ich **Sickingenstr. 6** eine

Restauration

eröffnet habe. Vereinszimmer mit Piano zu vergeben. 1644b
F. Teschner.

Neu eröffnet! Speisehaus Neu eröffnet!
Rungestraße 19, parterre.
Kräftiger Mittagstisch mit Bier 0,50. Reichhaltige Abendkarte zu kleinen Preisen. — Jeden Dienstag eigengemachte frische Blut- und Leberwurst.

Flora-Säle

Bernh. Nieft, 17. Weberstr. 17.
1000 Pers. fassend. Vollst. neu einger.
Sonnabende, 26. Nov., 17. Dez., 1. u. 2. Weihn.-Feiert.: Vorm. Matinée frei!

Cylinder-Hüte

kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.

Chapeaux claques,

weiche und steife Filzhüte zu billigsten Preisen bei

Max Radtke, Blumenstr. 39,
Ecke Andreasstraße (kein Laden).
6215Q*

Uhren! Goldwaaren!

Elegante Neuheiten in jeder Preislage.
Optische Artikel, Brillen auch nach ärztl. Vorschrift.
Einkauf für 2 eigene Geschäfte. Reparatur-Werkstatt im Hause.
Uhrmacher. **Konrad Friese.** Juwelier.
1. Geschäft: **Müllerstr. 4.** direkt am Weddingplatz. 2. Geschäft: **Fennstr. 61.**
Mein Lager in **Musikwerken** befindet sich **Müllerstr. 4.** **Symphonion-Spieldosen** von 7 M. an. **Herophons** werden billig verliehen.

Buchenholz u. Eichen-Abfallholz

ist als Ofenheizung besser wie Kohlen. Zu den billigsten Preisen liefert
W. Jonentz, Bärwaldstr. 64.

Restaurant 16356
Anhaltische Ressource,
Möckernstrasse 114,
empfiehlt ihre schönen **Säle** zu Kränzchen, Hochzeiten und allen Festlichkeiten zu kulanten Bedingungen.
Der letzte Sonnabend und Sonntag im November sind frei geworden und sind zu vergeben.
Vereinszimmer u. Kegelbahn sind noch einige Tage frei.

Für 3 Mark

Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviot- auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste, so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
14. Krausenstr. 14, 1 Tr.,
Kein Laden. [6264L*

Arbeitsanzüge W. Pahr Brunnenstr. 112.

Sophastoffe

auch **Reste** in **Nips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!** [6103Q*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Für 3 Mark

bis **6,50 Prima Kammgarne, Winter-Paletotstoffe, Cheviots.** 16485
Große Reste spottbillig.
Berlin C. Tuchlager. **Hoher Steinweg 4.**
(Kein Laden). Carl Engel.

Fahrräder.

Stets großes Lager **erstklass. Fabrikate** auf 6105Q*
Theilzahlung
ohne Preiserhöhung zu den kulantesten Zahlungsbedingungen.
Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garant. neue **Bettfedern** d. Pfd. 55 Pf., **Hinesische Halbdaunen** d. Pfd. M. 1.25, **bessere Halbdaunen** d. Pfd. M. 1.75, **herzügliche Daunen** d. Pfd. M. 2.85. — Von diesen Daunen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Für 36 Mark

fertige feine Winter-Paletots nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß, für 8—12 Mark feine Hosen nach Maß. [6265Q*
Riesenstofflager
Krausenstr. 14. I (kein Laden).
Betten, Steppdeck., Gardin., Portièr., Stores, Wäsche, Waffeldecken, **Winterpaletots,** Anzüge, Hosen, Regulatoren, Remontoiruhren, Opernglä. verk. spottbill.
Pfandleihe, Neanderstr. 6. *

Festsäle Luisenhof,
Buckowerstr. 9,
2 Säle, je 160—200 Personen fassend, sind noch einige **Sonnabende** und **Sonntage an Vereine** zu vergeben, auch **1.** und **3. Weihnachtsfeiertag.** [6284Q*

Luisenstädt. Clubhaus

Annenstrasse 16.
Säle u. Vereinszimmer. Vollständig neu renovirt. 1554b
Sonnabende 19. u. 26. Nov., 3., 10. u. 17. Dez., 7., 14. u. 28. Jan., 4. Febr. noch frei.

Für die Abonnenten des Norden und der nördlichen Vororte liegt ein Prospekt des Kaufhauses Gebr. Joseph, Badstr. 32, bei.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.